

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Stiftungsamt Berlin 10667

PERSPEKTIVEN  
aus den  
Exiljahren



A 01 - 00706



BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

#### HERAUSGEBER

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Der Vorstand  
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Dieter Dowe  
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

#### REDAKTION

Dr. Wolfram Hoppenstedt, Dr. Bernd Rother,  
Carsten Tessmer

© 2000 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Im Rathaus Schöneberg  
John-F.-Kennedy-Platz  
D-10825 Berlin  
Telefon 030/78 77 07-0  
Telefax 030/78 77 07-50  
E-Mail: [info@willy-brandt.org](mailto:info@willy-brandt.org)  
Internet: <http://www.willy-brandt.org>

#### GESTALTUNG

Löning Werbeagentur, Berlin

#### REALISATION UND DRUCK

Wennig Druck GmbH, Dinkelsbüh

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2000  
ISSN 1434-6176  
ISBN 3-933090-06-7

Einhart Lorenz (Hrsg.)

## Perspektiven aus den Exiljahren

Wissenschaftlicher Workshop  
in Zusammenarbeit mit dem  
Nordeuropa-Institut der  
Humboldt-Universität zu Berlin  
am 9. Februar 2000

A 01 - 00706



Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Heft 7

## ■ I N H A L T

<b>Willy Brandt –</b> <i>Stationen seines Lebens</i>	Seite 7	<b>Helga Grebing</b> <i>Entscheidung für die SPD – und was dann? Bemerkungen zu den politischen Aktivitäten der Linksozialisten aus der SAP in den ersten Jahren „nach Hitler“</i>	Seite 71
<b>Gerhard Gross</b> <i>Grusswort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung</i>	Seite 9	<b>Peter Brandt</b> <i>Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre – Anmerkungen eines Historikers und Zeitzeugen</i>	Seite 79
<b>Einhart Lorenz</b> <i>Einführung</i>	Seite 13		
<b>Knut Kjeldstadli</b> <i>Die Norwegische Arbeiterbewegung in Willy Brandts norwegischen Jahren</i>	Seite 19		
<b>Einhart Lorenz</b> <i>Der junge Willy Brandt, die Judenverfolgung und die Frage einer jüdischen Heimstätte in Palästina</i>	Seite 33		
<b>Klaus Misgeld</b> <i>Willy Brandt und Schweden – Schweden und Willy Brandt</i>	Seite 49		



BPK

*„Ich scheue mich nicht, hier noch einmal zu sagen: Die Jahre in Norwegen und im übrigen Norden haben für mich viel bedeutet. Hier habe ich gelernt, was gute Nachbarschaft bedeutet, im Innern und nach Außen. Hier habe ich gelernt, die Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität vom Podest der Lehrbücher herunterzuholen, sie auch aus der Enge einer Gesinnungsgemeinschaft zu lösen und sie – im Wissen um die Unzulänglichkeiten, die allem Menschenwerk anhaften – auf allgemein gesellschaftliche und internationale Zusammenhänge zu übertragen.“*

*Willy Brandt, Dankesrede  
anlässlich der Nobelpreisfeier in Oslo  
am 10. Dezember 1971*

*(zitiert aus: Les prix Nobel en 1971, Stockholm 1972, S. 87)*

## ■ WILLY BRANDT

### *Stationen seines Lebens*

- 1913 Am 18. Dezember in Lübeck geboren
- 1930 Eintritt in die SPD
- 1933-1945 Exil in Norwegen und Schweden  
Widerstand gegen das NS-Regime
- 1936 Illegaler Aufenthalt in Berlin
- 1945-1947 Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent  
für skandinavische Zeitungen
- 1947 Presseattaché an der Norwegischen Militärmission  
beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
- 1948 Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
- 1949-1957, 1961 Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
- 1950-1969 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
- 1955-1957 Präsident des Abgeordnetenhauses
- 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin
- 1964-1987 Vorsitzender der SPD
- 1966-1969 Bundesaußenminister und Vizekanzler
- 1969-1992 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1969-1974 Bundeskanzler
- 1971 Verleihung des Friedensnobelpreises
- 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale
- 1977-1983 Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
- 1979-1983 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1987-1992 Ehrenvorsitzender der SPD
- 1992 Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

■ GERHARD GROSS

*Grußwort des Vorstandsvorsitzenden der  
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Exzellenz,  
sehr verehrte Frau Hellström,  
liebe Frau Brandt,  
sehr geehrter Herr Professor Brandt,  
sehr geehrter Herr Professor Lorenz,  
lieber Herr Ministerialdirektor Rosen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zugleich im Namen meiner Kollegen im Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie recht herzlich zu unserem wissenschaftlichen Workshop begrüßen. Ich freue mich sehr, dass unsere Veranstaltung, die wir in Zusammenarbeit mit Herrn Professor Einhart Lorenz vom Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität durchführen, so großes Interesse gefunden hat.

Eine große Ehre ist es mir, auch Sie, sehr geehrter Herr Botschafter des Königreichs Norwegen in der Bundesrepublik Deutschland, und Sie, verehrte Frau Hellström, die Sie in Vertretung Ihres Mannes, des schwedischen Botschafters, zu uns gekommen sind, als Gäste unserer Tagung willkommen heißen zu dürfen. Durch Ihre Anwesenheit werden die hervorragenden freundschaftlichen Beziehungen Ihrer Länder zu unserem Land, die aufs Engste mit dem Name Willy Brandt verbunden sind, in besonderer Weise gewürdigt.

Mein Dank gilt den Vertretern der Medien, die durch ihre Berichterstattung sicherstellen, dass die Ergebnisse unserer Tagung auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bundespräsident Roman Herzog hat bei seinem letzten Staatsbesuch in Norwegen sicherlich ganz im Sinne Willy Brandts vorgeschlagen, am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin einen Lehrstuhl einzurichten, der sich speziell dem Ausbau und der Pflege der deutsch-norwegischen Beziehungen widmen soll. Im vergangenen Jahr wurde der Vorschlag in die Tat umgesetzt und der Heinrich-Steffens-Lehrstuhl geschaffen. Der Vorstand unserer Stiftung ist sehr davon angetan, dass gerade Herrn Professor Einhart Lorenz aus Oslo die anspruchsvolle Aufgabe anver-

traut worden ist, als erster Wissenschaftler diese Gastprofessur auszufüllen.

Als Deutsch-Norweger sind Sie, lieber Herr Lorenz, in besonderer Weise dazu befähigt, zu dem Thema unseres heutigen Workshops Stellung zu nehmen. Seit dem vergangenen Sommer sind Sie nunmehr noch sehr viel stärker als zuvor in Deutschland und in Norwegen zu Hause, wenngleich Ihnen und Ihrer Familie, wie wir wissen, das häufige Hin- und Herpendeln zwischen Oslo und Berlin auch einige Unbequemlichkeiten bereitet. Sie haben sich um die Erforschung der Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung und im Besonderen um die Erforschung der Geschichte des politischen Exils in Skandinavien außerordentlich verdient gemacht. Ihr Buch „Willy Brandt in Norwegen“ ist ein Standardwerk. Unsere Stiftung schätzt sich sehr glücklich, mit Ihnen, lieber Herr Lorenz, bei unserem bisher größten Forschungsprojekt zusammenarbeiten zu können: der zehnbändigen Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“, die von den renommierten Professoren Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler herausgegeben wird. Sie bearbeiten die ersten beiden Bände der Edition mit den Titeln „Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940“ und „Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947“. Dass der letztgenannte Band – neben dem Band „Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947-1972“ von Frau Dr. Münkel – bereits zur Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr erscheinen und von Bundeskanzler Gerhard Schröder der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird, ist außerordentlich erfreulich.

Ihren Vorschlag, lieber Herr Lorenz, in Zusammenarbeit mit unserer Stiftung eine Tagung zum Thema „Willy Brandt – Perspektiven aus den Exiljahren“ auszurlchten, haben wir sehr gerne aufgegriffen. Ich möchte Ihnen sehr herzlich für diese Initiative danken.

Zweifellos ist das Thema, mit dem wir uns sogleich befassen wollen, sehr anspruchsvoll. Wie aus dem Programm ersichtlich, werden uns namhafte Wissenschaftler aus den verschiedensten Blickrichtungen an das Thema heranführen. Aus den spezifischen Schwerpunkten der einzelnen Vorträge wird deutlich, dass die Palette der Fragen sehr breit angelegt ist. Wir werden erfahren, welchen Einfluss die für Brandt so wichtigen Exiljahre auf seine Persönlichkeit und sein politisches Denken gehabt haben, welchen Eindruck die Länder Norwegen und Schweden mit ihren lebendigen und selbstbewussten Demokratien und ihrem vorbildlichen Wohlfahrtsstaat bei Brandt hinterlassen haben und wie seine Wandlung von einem revolutionären Sozialisten zum Reformisten seit Mitte der 30er Jahre zu erklären ist. Daraus wird dann sicherlich auch deutlich werden, ob und welchen „Modellcharakter“ die

skandinavischen Länder in den Augen Willy Brandts beim politischen Wiederaufbau Deutschlands und darüber hinaus hatten.

Ohne den Ergebnissen unseres Workshops vorgreifen zu wollen, glaube ich sagen zu können, dass die skandinavischen Exiljahre nicht nur einen großen, sondern einen prägenden Einfluss auf Willy Brandts politisches Denken hatten. Umso mehr ist es von allgemeinem und wissenschaftlichem Interesse, Genaueres zu erfahren.

Ich möchte mich bereits jetzt bei allen Referentinnen und Referenten für Ihre Beiträge herzlich bedanken. Auf Ihre Ausführungen, liebe Frau Grebing und meine Herren Referenten, sind wir alle sehr gespannt.

Besonders freue ich mich, dass Sie, lieber Herr Brandt, heute zu unseren Referenten zählen, dieses Mal weniger als Mitglied des Kuratoriums unserer Stiftung, sondern vielmehr als ältester Sohn Willy Brandts und als Historiker. Wir werden heute Nachmittag von Ihnen den Vortrag „Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre“ hören und in diesem Rahmen einige ganz persönliche Anmerkungen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns nunmehr eine interessante, erkenntnisreiche Tagung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Einführung*

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir, dass ich zuerst ganz unprotokollarisch meine vier Gäste begrüße, die aus Oslo und Uppsala, Göttingen und Hagen hierher gekommen sind, also Peter Brandt, Helga Grebing, Knut Kjeldstadli und Klaus Misgeld. Herzlich begrüßen möchte ich den norwegischen Botschafter, Herrn Morten Wetland, und die Gattin des schwedischen Botschafters, Frau Hellström – also Vertreter der Länder, in denen Willy Brandt vor den Nationalsozialisten Zuflucht fand. Ich freue mich weiter über die Anwesenheit von Mitgliedern des Kuratoriums und des Vorstands der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, namentlich seines Vorsitzenden, wobei ich mich außerordentlich über die Zusammenarbeit bei diesem Workshop freue, die zwischen der Stiftung und meinem Heinrich-Steffens-Lehrstuhl an der Humboldt-Universität zustande gekommen ist. Ich begrüße weiter herzlich die Herausgeber und Bearbeiter der Berliner Ausgabe der Schriften Willy Brandts; außerdem unsere Studenten (unsere Aufgabe besteht ja nicht zuletzt darin, sie für die historische Person Brandt zu interessieren) sowie Freunde und Kollegen des Nordeuropa-Instituts der Humboldt-Universität.

Die Idee zu diesem Workshop entstand in Verbindung mit dem Editionsprojekt „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“. Wie die meisten von Ihnen wissen, bearbeite ich die beiden Bände dieser Ausgabe, die Brandts Jugend- und Exiljahre, d. h. die Zeit bis 1947 dokumentieren. Willy Brandt hat wiederholt in seinen Erinnerungen, in Interviews, in der Nobelpreisrede auf die „wichtigen Erfahrungen und Erkenntnisse“ der skandinavischen Jahre hingewiesen, auch darauf, dass von dem Demokratieverständnis, der politischen Kultur und der Arbeiterbewegung in seinen Exilländern seine Tätigkeit als Politiker geprägt worden sei. Norwegen, erklärte Brandt bei der Überreichung des Nobelpreises in Oslo, war für ihn „viel mehr als ein Asyl. Ich bin hier gereift, ich habe hier viel von dem in mich aufgenommen, was mein Denken und meine Arbeit bestimmt hat. Ich scheue mich nicht, hier noch einmal zu sagen: die Jahre in Norwegen und im übrigen Norden haben für mich viel bedeutet.“

Für mich ist es wünschenswert, dass die Exiljahre Brandts nicht mit den von mir bearbeiteten beiden Bänden abgehakt werden, sondern die Lehren und Erfahrungen

aus diesen Jahren auch in den anderen Bänden weiterverfolgt werden. Was wir hier vorlegen, sind – wenn ich das einschränkend für mich sagen darf – nicht immer Resultate fertiger Forschungsprojekte, sondern zum Teil Zwischenergebnisse, work in progress, Anregungen für künftige Forschungen. Außerdem hoffe ich natürlich, dass der heutige Tag auch helfen wird, persönliche Kontakte herzustellen.

Mit meinem Osloer Kollegen Knut Kjeldstadli verbindet mich gemeinsame Arbeit aus einer Zeit, als er noch Schüler und ich Student war. Er ist Professor für moderne Geschichte an der Universität Oslo, kennt die Arbeiterbewegung und Oslo in den 1930er Jahren wohl besser als alle anderen. Neben seiner großen Arbeit über die Norwegische Arbeiterpartei (DNA) in ihrer Umbruchperiode 1930 bis 1935, in der sie sich gerade in Brandts Osloer Zeit befand, ist er Autor der Osloer Stadtgeschichte in den Zwischenkriegsjahren, die den Titel „Die geteilte Stadt“ trägt. Zu seinem Œuvre gehört ferner der Band über die Geschichte Norwegens in den Jahren 1905 bis 1935. Knut Kjeldstadli hat sich zwar nicht speziell mit Willy Brandt in Norwegen beschäftigt, aber er leitet zur Zeit ein großes Forschungsprojekt über die Geschichte der Einwanderung nach Norwegen. Seine Qualifikationen, Ihnen zu vermitteln, was für ein Land, was für eine Stadt, was für eine Arbeiterbewegung Willy Brandt in seinen Exiljahren 1933 bis 1940 kennen lernte, denen der junge Deutsch-Norweger sich schließlich im Exil in Schweden und nach der Befreiung Norwegens 1945 zugehörig fühlte, könnten also nicht besser sein.

Von Klaus Misgeld, Dozent und Forschungssekretär am Archiv der schwedischen Arbeiterbewegung, stammt die grundlegende Arbeit über den Internationalen Arbeitskreis demokratischer Sozialisten, der während des Krieges Politiker aus deutsch okkupierten, neutralen und alliierten Ländern vereinte und dessen Sekretär Willy Brandt war. Bruno Kreisky, der diesem Kreis angehörte, schrieb später über Brandt, dass dieser „der Inbegriff des politischen Verstandes in dieser Zeit und darüber hinaus eine politische Führungskapazität“ war. Klaus Misgeld gehört ferner zu den ersten, die sich mit der Wirkungsgeschichte des Exils und mit den Beziehungen zwischen der schwedischen und deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit beschäftigt haben. Unsere persönliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit im Forschungsprojekt „Hitlerflüchtlinge im Norden“ gehört zu den besten Erfahrungen meines Lebens.

Sie alle wissen um die enge Beziehung zwischen Willy Brandt und Olof Palme, kennen den Briefwechsel zwischen Brandt, Palme und Kreisky. Klaus Misgeld wird über Willy Brandt und Schweden berichten und den Bearbeitern anderer Bände der Berliner Ausgabe dabei sicher viele Hinweise geben können. Erinnert sei nur an

Palme internationales Engagement im Nord-Süd-Dialog und in der Sozialistischen Internationale. Aber auch in der Ostpolitik liefen über Skandinavien, und bei weitem nicht nur Sozialdemokraten, Drähte nach Polen.

Ich freue mich sehr, dass Ihr beide Euch trotz vieler anderer Aufgaben bereit erklärt habt, an diesem Workshop mitzuwirken.

Wenn ein Bild von Brandt uns in Erinnerung bleiben wird – oder wenn ich meine Studenten in Oslo frage, was sie mit Willy Brandt verbinden –, so ist es der Kniefall in Warschau. Für mich ist dieses Bild Ausgangspunkt für einige Reflexionen über Willy Brandt und die Frage der Judenverfolgungen und einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Jeder deutsche Nachkriegspolitiker war in diesen Fragen gefordert. Bitte erwarten Sie von meinem Referat keine großen Neuigkeiten. Es handelt sich um den Versuch, Brandts Gedanken in den diesbezüglichen Diskurs der linken Sozialisten einzuordnen. Seine Gesichtspunkte, die zu schildern in meinen Einleitungen zu den ersten beiden Bänden der Berliner Ausgabe nicht genügend Platz ist, erscheinen mir aber so wichtig, dass ich sie weiter vermitteln möchte. Denn ich gehe davon aus, dass auch in weiteren Bänden der Edition das Verhältnis Brandts zum Staat Israel und Fragen der Wiedergutmachung – um dieses unzureichende Wort zu benutzen – berührt werden.

Die beiden Referenten nach der Pause brauche ich Ihnen eigentlich nicht vorzustellen. Helga Grebing und Peter Brandt sind in Deutschland bekannter als meine skandinavischen Gäste. Sie sind auch denen in Norwegen bekannt, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen, denn die Arbeiten beider gehören zum Pflichtlesekanon unserer Osloer Studenten.

Zu Helga Grebings umfassendem Œuvre gehört, wie Sie wissen, auch der Band „Entscheidung für die SPD“, in dem sie zeigt, warum und mit welcher Argumentation sich Brandt und viele aus seinem politischen Umfeld in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) der SPD anschlossen. Aus dem Band geht auch hervor, dass sich der Leiter der SAP im Exil, Jacob Walcher, der zu Brandts Mentoren gehörte, von dem Brandt sich aber seit 1935 zu emanzipieren begann, für die SED und SBZ entschied. Helga Grebing, die bis zu ihrer Emeritierung 1995 Direktorin des Zentral-Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum war, ist eine hervorragende Kennerin der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie hat durch ihr „lebenslanges“ politisches Engagement auch persönliche Erinnerungen an viele zentrale Akteure aus Brandts politischem Umfeld. Helga Grebing gehört zu den Herausgebern der hier schon mehrfach erwähnten Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“. Unsere Gespräche über die beiden Bände zu Willy



Brandts Werdegang vom Ende der Weimarer Republik bis in die ersten Nachkriegsjahre haben mir viele wertvolle Anregungen vermittelt, für die ich Dir, liebe Helga, herzlich danken möchte.

Willy Brandt war, als er als 19-jähriger emigrierte, ein Jugendpolitiker. 1930 schrieb er im Lübecker Volksboten einen Artikel mit dem Titel „Wir und das Elternhaus“, in dem er Forderungen an seine Generation und an die der Eltern stellte und ein Recht auf eigene Wege verlangte. In seiner Partei, der SAP, vertrat er im Exil die Interessen der Jugendlichen, musste sich aber von seinen eigenen Genossen sagen lassen, dass er zu „respektlos“ und „die Zeit der 23jährigen noch nicht gekommen“ sei. Peter Brandt, Professor an der Fernuniversität Hagen, ebenfalls „respektlos“, wird unseren Workshop mit einem Referat beschließen, das den Untertitel „Anmerkungen eines Historikers und Zeitzeugen“ trägt. Sein Vortrag „Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der späten 60er Jahre“ wird die Analyse des Historikers mit den Erlebnissen des Zeitzeugen verbinden.

Auch Euch, liebe Helga und lieber Peter, herzlichen Dank dafür, dass Ihr meiner Einladung gefolgt seid, zu diesem Workshop beizutragen.

*Die Norwegische Arbeiterbewegung in  
Willy Brandts norwegischen Jahren*

„Der Willy ist ein guter Knabe“, sagte wenigstens meine Großmutter. Sie war ihm Mitte der dreißiger Jahre begegnet, und er hat offenbar einen nachhaltigen Eindruck bei ihr hinterlassen.

Meine Großmutter lebte in Rjukan, einer der Industriestädte des Konzerns „Norsk Hydro“. Rjukan galt in Norwegen als das Symbol des industriellen Kapitalismus. Zugleich war die Stadt eine Hochburg des Arbeiterradikalismus. Dort war der extrem linke Flügel der Norwegischen Arbeiterpartei (Det norske Arbeiderparti – DNA) am stärksten. Willy Brandt schrieb nahezu 30 Artikel für die lokale Zeitung, das „Rjukan Arbeiderblad“. Nun ist es nicht meine Aufgabe, über die Aktivitäten Brandts in Norwegen zu berichten. Dies hat bereits Einhart Lorenz in seinem ganz hervorragenden Buch „Willy Brandt in Norwegen“<sup>1</sup> getan. Meine Aufgabe besteht darin, die norwegische Arbeiterbewegung in den dreißiger Jahren einer näheren Betrachtung zu unterziehen und einen Eindruck davon zu vermitteln, welchen politischen Einfluss sie auf Willy Brandt während seiner norwegischen Exiljahre gehabt haben könnte.

Als Willy Brandt 1933 nach Norwegen kam, gab es dort noch keine vollständige Industriegesellschaft. Die Agrargesellschaft hatte noch immer eine starke Position, befand sich jedoch bereits auf dem Rückzug. Das Nebeneinander dieser beiden Gesellschaften brachte einen ersten fundamentalen Gegensatz in Norwegen mit sich, den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Zugleich barg der industrielle Kapitalismus einen eigenen Widerspruch in sich – den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, nämlich zwischen der Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung auf der einen und der städtischen Bourgeoisie bzw. dem bürgerlichen Mittelstand auf der anderen Seite. Um die norwegische Politik in dieser Zeit nachvollziehen zu können, muss man diesen doppelten Gegensatz – Stadt-Land und Arbeit-Kapital – verstehen.

Hätte es die Politik nur mit einem Gegensatz zu tun gehabt, hätten sich die beiden davon betroffenen Parteien gegenüberstanden und miteinander auseinandersetzen können. Angesichts des benannten doppelten Gegensatzes aber können die Machtstrukturen und -beziehungen in Gesellschaft und Politik als Dreieck dargestellt

<sup>1</sup> E. Lorenz: *Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940, Klei 1989.*



Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek Oslo

*Willy Brandt im Frühsommer 1939 während des Kongresses der Gewerkschaft der norwegischen Gemeindearbeiter.*

werden, in dessen Ecken sich die Bauernschaft, die Arbeiter und das städtische Bürgertum bzw. der Mittelstand gegenüberstehen. Jede dieser drei Gruppen hatte mit Blick auf die jeweils anderen beiden sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Interessen, die das gegenseitige Verhältnis bestimmten. Demzufolge war die norwegische Politik geprägt von wechselnden Konflikten und wechselnden Allianzen. Aufgrund dieser Machtverhältnisse war keine der genannten gesellschaftlichen Kräfte in der Lage, allein eine stabile Herrschaft auszuüben.

Selbstverständlich ließen sich in jener Zeit solche von drei gesellschaftlichen Kräften geprägte soziale und politische Machtverhältnisse auch in anderen europäischen Ländern beobachten. Das Besondere am „norwegischen Dreieck“ lag jedoch, wie erwähnt, darin, dass keine der drei Parteien in der Lage war, die anderen wirklich zu dominieren. Im Vergleich zu den großen Industrieländern war die norwegische Bourgeoisie relativ schwach, die Bauernschaft hingegen noch immer recht stark, genauso die Arbeiterklasse. Eine große Auswanderungsbewegung nach Übersee, deren Größenordnung im Verhältnis zur Einwohnerzahl seinerzeit nur von der irischen Emigration übertroffen wurde, hatte der norwegischen Arbeiterbewegung gegenüber den Unternehmern eine starke Verhandlungsposition gesichert, die sie zumindest bis zu den Wirtschaftskrisen in den zwanziger und dreißiger Jahre behielt. Die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung waren gut entwickelt, und auch außerhalb der Städte war es gelungen, Ihnen unter den Landarbeitern und kleinen Landbesitzern eine recht starke Basis zu verschaffen.

Die alte Linke, die liberale Venstre Parti (Links-Partei), eine national-demokratische Partei, die ursprünglich eine breite Koalition verschiedener Klassen und Schichten umfasste, verlor ab 1920 die Mehrheit im Parlament. Neu erschien dafür die Bauernpartei in der politischen Arena, in der neben der Venstre die konservative Rechte, eine kleine national-liberale Splitterpartei und die Arbeiterpartei agierten. Die Verhältnisse im Storting, dem norwegischen Parlament, waren von Minderheitsregierungen bestimmt. Keine einzige Partei regierte allein, und die Regierungen hielten sich zumeist nicht lange im Amt. Keine Partei, keine gesellschaftliche Klasse war in der Lage, eine Hegemonie oder eine stabile politische Vorherrschaft aufzubauen. Als die wirtschaftliche und soziale Krise mit aller Macht zuschlug, machte sich in verschiedenen politischen Lagern der Eindruck breit, dass das alte liberale System Bankrott erlitten habe: Das liberale politische System, die parlamentarische Demokratie und der Wirtschaftsliberalismus mit seinen nichtregulierten Märkten hätten sich unfähig erwiesen, die drängenden Probleme zu lösen.

Durch die Krise wurde das politische System des Landes sowohl von Links als auch

von Rechts herausgefordert. Die Hauptströmung in der norwegischen Arbeiterbewegung empfand sich in ihrem Selbstverständnis bis spätestens 1930 als „revolutionär“. Zum Charakter der Arbeiterpartei werde ich mich später genauer äußern; hier genügt es festzuhalten, dass die Partei bis in die frühen dreißiger Jahre nicht zu den loyalen Stützen des parlamentarischen Systems gerechnet werden kann.

Die Rechte kritisierte das liberale parlamentarische Regierungssystem heftig als eine „Parteien-Herrschaft“. In ihren Augen wurde partikularen Interessen der Vorrang vor dem nationalen Ganzen gegeben. Verschiedene rechte Gruppierungen plädierten deshalb für eine „starke Regierung“, die von einer über dem „Zwist der Parteien“ stehenden, „starken Persönlichkeit“ geführt werden sollte. In anderen politischen Zirkeln, so auch innerhalb der Bauernbewegung, erfreuten sich elitäre und korporative Ideen einiger Popularität.

Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung ist wichtig, um zu verstehen, wie diese versuchte, auf die politischen Herausforderungen jener Zeit zu antworten. Die alten „klassischen“ Sozialdemokraten verloren 1918 die Mehrheit in der Norwegischen Arbeiterpartei und gründeten 1921 eine eigene, allerdings nur kurzlebige Partei. Die so genannte Neue Richtung bestand aus zwei bedeutenden Flügeln: Zum einen gab es die Kommunisten, die ihre Hauptstütze in der Jugendorganisation der Norwegischen Arbeiterpartei hatten, und zum anderen war da eine ganz spezifische Gruppe linker Sozialisten, die sich vor allem als eine Opposition gegenüber der gemäßigten und reformistischen Führung der Gewerkschaften verstand. Die Anhänger dieser Gruppe wurden oft als *tranmælliten* bezeichnet, in Anspielung auf ihren Anführer, den früheren Gewerkschafter und Redakteur Martin Tranmæl.<sup>2</sup> Die Norwegische Arbeiterpartei trat der Kommunistischen Internationale bei, ein Schritt, der auf eine Fehleinschätzung des Wesens der Komintern zurückzuführen sein dürfte.

Die strategischen Visionen der Kommunisten und *tranmælliten* unterschieden sich grundlegend. Nach heftigen Flügelkämpfen innerhalb der Arbeiterpartei gründeten die Kommunisten schließlich 1923 die Kommunistische Partei Norwegens. Zu diesem Zeitpunkt gelang es ihnen, sich in der zweit- und drittgrößten Stadt des Landes, in Bergen und Trondheim, die Mehrheit zu sichern. Zudem hatten sie in einer Reihe von Gewerkschaften eine starke Position. Bis 1933, dem Jahr, in dem Willy Brandt als Hitler-Flüchtling nach Norwegen kam, büßten die Kommunisten jedoch einen Großteil

<sup>2</sup> *Martin Tranmæl (1879-1967) war von 1921 bis 1950 Redakteur des „Arbeiderbladet“ in Oslo. Von 1906 bis 1963 gehörte er dem Parteivorstand der DNA an.*

ihrer Unterstützung wieder ein, nicht zuletzt aufgrund der ultra-linken Taktik in Verfolg der von der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) 1929 verabschiedeten Straßburger Thesen.<sup>3</sup> Danach galt es bereits als ein Verrat an den Interessen aller „klassenbewussten“ Arbeiter Norwegens, wenn ein Arbeiter mit einem anderen zu tun hatte, der nicht Gegner der Gewerkschaftsführung war.

Wofür standen nun die tranmäelliten, dieser neue Mehrheitsflügel innerhalb der DNA? In der norwegischen Geschichtsschreibung hat es eine ziemlich heftige Debatte über das Wesen der Partei gegeben: War sie wirklich revolutionär, oder beschränkte sie sich bloß auf Lippenbekenntnisse zur Revolution? Verbarg sich hinter ihrer Rhetorik eine reformistische Praxis? Meines Erachtens ist es wichtig, zunächst einige Begriffe zu definieren, ehe diese Fragen beantwortet werden können.

Von einer Warte aus lässt sich die Norwegische Arbeiterpartei der zentristischen Strömung innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung zuordnen; sie gehörte weder zu den Kommunisten noch zu den „klassischen“ Sozialdemokraten. Derart erinnert die Partei an den zeitgenössischen linken Flügel der so genannten Austro-Marxisten. Tatsächlich wurde ja das „Rote Wien“ für die DNA später ein wichtiger Bezugspunkt in Fragen der Kommunalpolitik. Nachdem die DNA im Jahre 1923 die Kommunistische Internationale wieder verlassen hatte, schloss sie sich dem „Internationalen Informationsbüro sozialistischer Parteien“ an. Als sich 1927 die Sozialdemokraten wieder der Arbeiterpartei anschlossen, verpflichteten sich beide Parteiflügel, die Verbindungen zu ihren jeweiligen internationalen Zusammenschlüssen, also zum Informationsbüro und zur Sozialistischen Arbeiterinternationale zu trennen. Seitdem wirkte die Arbeiterpartei in der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft“ kleinerer linker Parteien mit, der u. a. auch die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) angehörte – die Partei, in die Willy Brandt 1931 in Lübeck von der SPD gewechselt war. Die Norwegische Arbeiterpartei widersetzte sich allen Bestrebungen, aus der Arbeitsgemeinschaft eine neue Arbeiterinternationale zu formen.

Revolutionär war die Ideologie der DNA insoweit, als sie eine sozialistische Wirtschaft und ein politisches Herrschaftssystem auf der Basis von Arbeiterräten als ihr Ziel proklamierte. Revolutionär war zudem, dass ihre Anhänger sich nicht als Legalisten verstanden, sie also durchaus bereit waren, das Recht der bestehenden Gesellschaft zu brechen, also nicht allein es zu ändern oder zu ergänzen. Und die

<sup>3</sup> Diese von der RGI Ende Januar 1929 in Straßburg beschlossenen Thesen zur kommunistischen Streiktaktik besagten, dass die „revolutionären“ Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele auch selbständig und ohne Unterstützung der „reformistischen“ Gewerkschaften Streiks ausrufen und führen müssten.

Partei war schließlich revolutionär, weil sie sich auf eine politische Teilnahme der Massen und außerparlamentarische Aktivitäten stützen wollte.

Dennoch unterschied sich die Norwegische Arbeiterpartei von den Kommunisten in einigen Punkten.

Sicherlich auch aufgrund ihres starken Rückhalts in den Gewerkschaften lehnte die DNA – anders als die Kommunisten – das Konzept vom Primat der politischen Partei innerhalb der Arbeiterbewegung ab. Für sie gehörten die Parteien in den Kontext des Parlamentarismus. Zudem war der revolutionäre Wille, wie sie aus eigener Erfahrung wusste, in den Fabriken viel stärker ausgeprägt. Dass die Anhänger und Mitglieder der DNA als Syndikalisten bezeichnet wurden, ist jedoch nicht erkenntnisfördernd. Gemeinsam hatten sie mit den Syndikalisten die Vorstellung von einer radikalen Massenbewegung, aber sie akzeptierten auch Parteien und die Teilnahme am parlamentarischen System. Sie wollten Kooperation, doch keine führende Rolle für die Partei. Die Arbeiterpartei sollte eine „Partei der Massen“ sein, deren Basis sich auch auf die Mitgliedschaften der Gewerkschaften stützen sollte, aber keine Avantgardepartei. Dies war keineswegs eine hohle Phrase: Gerade der genuine „proletarische Massencharakter“ der Norwegischen Arbeiterpartei beeindruckte Willy Brandt damals, denn eine linke, sozialistische Splittergruppe von Halb-Intellektuellen war die DNA nicht.

Die gewerkschaftliche Orientierung der Norwegischen Arbeiterpartei mag ebenso ihr strategisches Konzept erklären. Aus Sicht der DNA war die Ökonomie die vorherrschende gesellschaftliche Sphäre; der Staat galt hingegen als eine Art Reflektion oder Resultante der ökonomischen Machtverhältnisse. Diese Auffassung zeugt von einer gewissen mechanistischen und materialistischen Sicht, die die Autonomie und die Bedeutung des Staates reduzierte. Weil die Wirtschaft für so wichtig erachtet wurde, bestand für die Arbeiterpartei die entscheidende Frage darin, wie die Macht der Arbeiter in der Ökonomie gestärkt werden könnte. Es galt daher, eine offensive Strategie zu entwickeln, die auf verschiedenen Arten von Massenaktionen und auf der Kontrolle durch die Arbeiter beruhen sollte. Sobald die Arbeiter die Wirtschaft kontrollierten – so die damit verbundene Überlegung –, würden sie auch in der Lage sein, die Gesellschaft als Ganzes zu beherrschen. Hinter dieser Strategie stand der eher optimistische Glaube an die Möglichkeit, für die Arbeiter schrittweise mehr Macht gewinnen zu können. Unklar blieb bei dieser Strategie, ob eine Revolution – im Sinne eines „komprimierten Übergangs“, eines Bruchs innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft – notwendig war.

Die DNA war sich der drohenden Möglichkeit bewusst, dass der Staat oder „Weiße

Garden“ mit Repression und Gewalt auf ihre politischen Absichten reagieren könnten. In einem frühen Stadium wurde daher auch die Bildung von „Soldatenräten“ erwogen. Doch in diesem Punkt war die strategische Konzeption defensiv ausgelegt. Letztlich herrschte die Hoffnung vor, dass Massenaktionen sowie ein innerer „Auflösungsprozess“ im Militär und bei den Sicherheitskräften das Ihre bewirken würden. Auf den Versuch, „revolutionäre bewaffnete Kräfte“ aufzubauen, wurde verzichtet. Als Anfang der dreißiger Jahre dann der Faschismus immer stärker wurde, wurde schließlich doch eine Arbeitergarde, Arbeitervernet (Arbeiterschutz), gegründet. Sie beschränkte sich jedoch auf einen Ordnungsdienst bei Demonstrationen.

Im Rückblick wird deutlich, dass diese Idee, die Arbeiter müssten in der Wirtschaft einen offensiven Kampf führen, auf der besonderen, lang andauernden guten sozioökonomischen Konjunktur in den Jahren von 1905 bis 1920 in Norwegen fußte. Der rasche Industrialisierungsprozess mit seiner zunehmenden Kapital-Konzentration führte zu einem starken Anwachsen der Arbeiterklasse. In einigen Städten wie Rjukan führte dies zu einer hohen Konzentration von Arbeitern, die, wie erwähnt, auf dem Arbeitsmarkt zunächst eine starke Position hatten. Daher machte sich unter den Arbeitern ein Gefühl von Stärke breit: Man war auf dem Weg nach vorn und gehörte zu Avantgarde, zu den Siegern der Geschichte.

Als erstmals 1920 – vor allem aber dann Anfang 1930 – schwere wirtschaftliche Krisen ausbrachen, verloren die Arbeiter rasch ihre starke Position. Damit hatte auch die Voraussetzung für die oben skizzierte Strategie der DNA keinen Bestand mehr. Norwegen wurde von den Wirtschaftskrisen aufgrund seiner nach außen offenen Wirtschaft hart getroffen. Schon bald sah sich die Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt. Es ging fortan nicht mehr darum, reale Lohnerhöhungen durchzusetzen, sondern allenfalls noch darum, das alte Lohnniveau zu halten. Mit Machtzuwachs für die Arbeiterklasse war kaum noch zu rechnen. Die Schicht der Industriearbeiter wuchs nicht mehr wie zuvor. Einfach ausgedrückt: Die Strategie der tranzmæltten ging nicht auf.

Der Sozialismus als unmittelbares Ziel verschwand. Noch wichtiger war, dass die alte Strategie nicht die drängenderen Probleme der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerungsteile löste, die sich durch die DNA vertreten sahen. Die Arbeitslosigkeit, die vor allem unter der Jugend weit verbreitet war, die Überschuldung vieler Haushalte, die niedrigen Einkommen der Fischer im Norden des Landes – all diese Probleme waren nicht durch Streiks zu lösen. Die zwanziger Jahre brachten einen langen „Lernzyklus“ mit sich, wie es Michael Vester einmal ausgedrückt hat: Einerseits wurde das Versagen des liberalen Kapitalismus anschaulich demonstriert. Die

Absicht, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, und das Gefühl, dies sei unumgänglich, wurden nicht einfach verworfen. Nachdem im Jahre 1927 die „klassischen“ Sozialdemokraten, die die Norwegische Arbeiterpartei 1921 verlassen hatten, der DNA wieder beigetreten waren, unterstrich die Parteiführung 1930 durch eine Revision des Parteiprogramms ihre revolutionäre Ideologie. Doch andererseits wurden die sozialen Probleme im Lande immer drückender. Der spätere Premierminister Trygve Bratteli schrieb, damals 18 Jahre alt, in einem Brief: Ich bin drauf und dran, „ein Gelegenheitsarbeiter zu werden [...], dazu verdammt, von allen Vergnügungen ausgeschlossen zu sein, dazu verdammt, alle meine Wurzeln zu verlieren, und dazu verdammt, mein ganzes Leben auf wirtschaftliche Freiheit verzichten zu müssen.“ In den frühen dreißiger Jahren gewannen diese Probleme auch in politischer Hinsicht zunehmend an Dringlichkeit.

Wie bereits angedeutet, formierten sich neue rechtsgerichtete oder gar faschistische Gruppierungen. Die Organisation und spätere Partei von Vidkun Quisling<sup>4</sup> war nur eine unter vielen und nicht die bedeutendste. Der so genannte Vaterlandsverein (Fedrelandslaget), der zum Ziel hatte, die Arbeiterbewegung zu kriminalisieren, brüstete sich 1930 damit, 100.000 Mitglieder zu haben. Diese Zahl dürfte übertrieben sein. Die Gewerkschaften zählten seinerzeit 140.000 Mitglieder. Die Arbeiterbewegung fürchtete vor allem, dass die hohe Arbeitslosigkeit und die Verschuldung vieler Bürger dazu führen könnten, dass vor allem Jugendliche in den Städten und Kleingewerbetreibende in den ländlichen Gebieten die Basis für eine faschistische Massenbewegung bilden könnten. Tatsächlich stellten einige faschistische Organisationen für die Arbeiterbewegung eine potenzielle Bedrohung dar. Aber noch viel stärker spürte die Norwegische Arbeiterpartei einen wachsenden Druck aus dem sich immer autoritärer gebärdenden Staatsapparat. Dieser Trend wurde durch einen Rechtsruck innerhalb der bürgerlichen Parteien und der Bauernpartei unterstützt. Dieser Rechtsruck zeigte sich zum einen im Interesse an korporatistischen Ideen und in einer allgemeinen Sympathie sowohl für das faschistische Italien als auch – nach 1933 – für das nationalsozialistische Deutschland. Zum anderen spiegelte er sich in der politischen Praxis wider: Arbeitskämpfe wurden per Gesetz eingeschränkt, eine paramilitärische Staatspolizei wurde gebildet, und Bürgern, die von der staatlichen Wohlfahrt lebten, wurde das Wahlrecht entzogen.

<sup>4</sup> Vidkun Quisling (1887-1945) gründete 1933 die Nasjonal Samling (Nationale Sammlung) und war Führer der norwegischen Faschisten. Im Zweiten Weltkrieg wurde er von den deutschen Besatzern als norwegischer „Ministerpräsident“ eingesetzt. Wegen Landesverrats wurde er nach der Befreiung Norwegens 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wie hoch schätzte die Arbeiterbewegung das Risiko einer faschistischen Entwicklung in Norwegen ein? Und welche Bedeutung kam in dieser Hinsicht den Schriften und Veröffentlichungen Willy Brandts und anderer deutscher Exulanten zu? Die Historiker sind darüber geteilter Meinung. Der inzwischen verstorbene Edvard Bull und Einhart Lorenz schreiben den deutschen Hitler-Flüchtlingen diesbezüglich eine substanzielle Rolle zu. Frank Meyer, der die Exil-Presse in Skandinavien untersucht hat, setzt ihre Bedeutung niedriger an. In jedem Fall – das ist eindeutig – wurde der Faschismus ernst genommen. Aus Sicht der Arbeiterbewegung musste eine Lösung gefunden werden – und zwar eine, die nicht erst in einer „sozialistischen Zukunft“ lag.

Die Norwegische Arbeiterpartei, die in der Vergangenheit immer die Bedeutung des Parlaments und des Staatsapparates heruntergespielt hatte, wandte sich nun auf der Suche nach Problemlösungen an den Staat und verwarf derart ihre Vorstellungen vom Klassencharakter der Partei. So führte die wirtschaftliche und politische Krise, die einerseits Fortschritte für die Arbeiterbewegung blockierte, andererseits dazu, dass sich der Arbeiterpartei der Weg zu neuen, breiteren Wählerschichten eröffnete. Die Arbeiterbewegung verbreiterte ihre Basis in den ländlichen Gebieten, und die DNA stellte 1927 in den Wahlkreisen auf dem Lande die stärkste Partei. Nach einem kleineren Rückschlag 1930 ging die Partei drei Jahre später aus den Wahlen derart gestärkt hervor, dass sich alle anderen Parteien zusammenschließen mussten, um die DNA von der Macht fern halten zu können. Wäre nur eine von ihnen aus der Anti-DNA-Front ausgebrochen, wäre der Weg für eine Regierung der Arbeiterpartei frei gewesen.

Anfang der dreißiger Jahre änderte sich die Linie der Arbeiterpartei; ihr Programm von 1933 zielte vor allem darauf, die soziale Krise zu bewältigen. Die Sofortmaßnahmen sahen ausgedehnte öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, Schuldenregulierungen (u. a. durch Moratorien), Kontrollen des Marktes für Agrarprodukte, um deren Preise anzuheben, und eine fortgesetzte sozialpolitische Offensive vor. Das Programm setzte ebenso auf ein starkes Wachstum staatlich gestützter bzw. in staatlichem Besitz befindlicher Unternehmen. Die Theoretiker, die hinter diesem Programm standen, wollten dessen Umsetzung durch eine expansive keynesianische Haushalts- und Wirtschaftspolitik finanzieren. So genanntes „deficit spending“, also staatliche Ausgaben unter Inkaufnahme von Defiziten der öffentlichen Budgets, sollte kurzfristig die wirtschaftliche Nachfrage erhöhen. Dahinter stand die Idee, die „Räder erst einmal wieder ins Rollen zu bringen“. Sollten diese wieder in Schwung sein, würden sie sich – so die Annahme – von allein weiterdrehen.

Am Rande sei erwähnt, dass es unmöglich war, eine solche Finanzpolitik im Norwegen der dreißiger Jahre zu realisieren. Dies lag zum Teil daran, dass die Regierung der DNA keine parlamentarische Mehrheit besaß und ihre eigenen, eher braven und biedereren Abgeordneten diese Politik für „zu gewagt“ oder zu „theoretisch“ hielten. Hinzu kam, dass sich die Konjunkturdaten schneller und stetiger besserten als erwartet und damit die staatlichen Steuereinnahmen höher ausfielen, als berechnet worden war. Der wirtschaftliche Aufschwung Ende der dreißiger Jahre ist auf unterschiedliche Weise erklärt worden, u. a. mit einer Verbesserung der „terms of trade“, also des realen Güteraustausches mit dem Ausland, infolge der Loslösung der Norwegischen Krone vom Goldstandard, mit einem Strukturwandel der Industrieproduktion zugunsten der Fertigung neuer und billiger Konsumgüter, die auf dem heimischen Markt nachgefragt wurden, und schließlich mit einer steigenden Auslandsnachfrage nach norwegischen Gütern, die zum Teil auf den auch in anderen Ländern einsetzenden Konjunkturaufschwung zurückzuführen war. Die Bedeutung der DNA-Regierung für die wirtschaftliche Wiederbelebung war wahrscheinlich eher psychologischer Natur: Der Optimismus im Land stieg, es gab nur wenige Streiks, und es wurde eine engere, stärker „institutionalisierte“ Form der „Zusammenarbeit der Klassen“ praktiziert.

Nach ihrem großen Erfolg bei den Wahlen von 1933 forderte die Norwegische Arbeiterpartei, die Regierung zu stellen. Dies verhinderten die anderen Parteien im Storting. Doch hauptsächlich infolge von Differenzen zwischen der liberalen Venstre und der Bauernpartei brach die ursprünglich geschlossene Front gegen die DNA bald auf. Uneinigkeit bestand zum einen über die Agrarpolitik: Während die Liberalen eine effizientere Agrarproduktion forderten, wollten die Anhänger der Bauernpartei die wirtschaftlichen Probleme ihrer Klientel durch eine Anhebung der Erzeugerpreise und Marktprotektionismus lösen. Zum anderen waren die Divergenzen Ausdruck eines grundsätzlicheren Konflikts, nämlich der Auseinandersetzung zwischen Verbraucher und Produzent, zwischen Stadt und Land. In dem eingangs beschriebenen „gesellschaftlichen Dreieck“ Norwegens verschoben sich allmählich die Allianzen: Die Bauernschaft schloss sich mit der Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisie bzw. den Mittelstand zusammen. Die Arbeiterpartei und die Bauernpartei erzielten im Frühjahr 1935 eine Übereinkunft. Die DNA versprach, öffentliche Gelder, die eigentlich für Beschäftigungsmaßnahmen vorgesehen waren, für die Unterstützung der Landwirtschaft einzusetzen. Im Gegenzug konnte die DNA mit Duldung der Bauernpartei eine Minderheiten-Regierung bilden. Dieser politische „Deal“ wiederholte sich 1936; in den Folgejahren bis 1940 wurde Venstre zur faktischen Haupt-

Stütze der DNA-Regierung.

Parallel zum Kurswechsel der Arbeiterpartei vollzog sich auch ein Wandel in der norwegischen Gewerkschaftsbewegung, der sich seit den späten zwanziger Jahren angedeutet hatte. Der letzte große Arbeitskampf fand 1931 statt, wurde jedoch durch Aussperrungen ausgelöst. 1935 schlossen die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband den so genannten „Grundvertrag“ ab. Er enthielt eine Art Verhaltenscode für die wechselseitigen Beziehungen und ist in Norwegen bis heute gültig. Die Arbeiter akzeptierten darin die Führungsrolle der Kapitaleigentümer in den Unternehmen und verpflichteten sich, während der Tarifverhandlungen auf Streiks zu verzichten. Im Gegenzug erkannten die Unternehmer endgültig das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, sowie die Rechte der betrieblichen Vertrauensleute und Gewerkschaftsvertreter an.

Aus diesem Grund kann mit Blick auf den „Grundvertrag“ von 1935 von einem „doppelten Klassen-Kompromiss“ gesprochen werden, und zwar sowohl zwischen Stadt und Land als auch zwischen Arbeit und Kapital. Dieser hatte zur Folge, dass die Wirtschaft mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen stabilisiert werden konnte.

Den „revolutionären Sozialisten“ erschien dies alles als eine Niederlage vor dem „Klassenfeind“, eine zu verwerfende „klassenübergreifende Zusammenarbeit“, eine Stabilisierung des krisengeschüttelten Kapitalismus und eine Abkehr von der sozialistischen Zielperspektive. Dies war auch die Überzeugung der SAP und die des wenig einflussreichen linken DNA-Flügels. Ebenso dachte man in den beiden Organisationen in Norwegen, in denen sich Willy Brandt stark engagierte: In der ziemlich starken linken Opposition in der Jugendorganisation der DNA sowie im Zusammenschluss marxistischer Akademiker Mot Dag (Dem Tag entgegen).

Dazu drei Anmerkungen: Erstens verstand die Führung der Norwegischen Arbeiterpartei ihre Krisenbekämpfungs-Politik zumindest programmatisch keineswegs als endgültige Abkehr vom Sozialismus. Die Parteiführung verfolgte jedoch ein neues strategisches Konzept, das anstelle von Massenaktionen der Arbeiter auf eine „Zweiphasen-Strategie“ setzte: Zunächst sollten die wirtschaftliche Erholung sichergestellt und die dringendsten sozialen Probleme gelöst werden, erst darauf sollte wieder für den Sozialismus gestritten werden. Diese Entwicklung sollte in einer Art „Zangenbewegung“ erreicht werden: Danach galt es, den staatlichen Anteil am Industriesektor auszudehnen und von „oben“ den Handlungsspielraum für die privaten Unternehmen einzuengen, während gleichzeitig von „unten“ die Position der Arbeiter und ihrer Organisationen gestärkt werden sollte. Hierzu ist anzumerken, dass eine Neudefinition des Sozialismus, weg von der Idee, das private Eigentum an

Produktionsmitteln abzuschaffen, und hin zu einem eher sozialliberalen Ansatz, bei dem humanistische Gesichtspunkte bzw. der Begriff der „sozialen Verantwortung“ stärker in den Vordergrund traten, formal erst nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurde. Bis zum Zweiten Weltkrieg blieb die Norwegische Arbeiterpartei sozialistisch im wahrsten Sinne des Wortes. In mancher Hinsicht – etwa mit Blick auf die Akzeptanz des Parlamentarismus und die oben erwähnte Strategie eines schrittweisen Wandels zugunsten der Arbeiter – erinnerte die Partei an die alte Sozialdemokratie. Von dieser unterschied sich allerdings die DNA durch ihre Politik angesichts der von kapitalistischen Produktionsverhältnissen geprägten Ökonomie: Neu war hier, dass die Arbeiterpartei ihr Augenmerk verstärkt auf eine Erhöhung der Produktion und damit auf eine Erhöhung des Güterangebots, nicht wie zuvor allein auf die Verteilung einer gegebenen Menge produzierter Güter legte.

Meine zweite Anmerkung bezieht sich auf den an die Adresse der DNA gerichteten Vorwurf eines „prinzipienlosen Opportunismus“. Die neue Politik der Partei schien irgendwie aufzugehen: Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Waren 1933 noch 33 Prozent der Mitglieder von zehn norwegischen Gewerkschaften (nur für diese liegen Zahlen vor) als arbeitslos registriert, fiel diese Zahl bis 1940 auf 18 Prozent. Und auch das auf dem Lande besonders drängende Schuldenproblem bekam man in den Griff. Soziale Reformen – etwa die Unterstützung von Arbeitslosen und Rentenzahlungen – wurden durchgesetzt. Das oben aus dem Brief von Trygve Bratteli zitierte „Gefühl der Verdammnis“, das erdrückende Gefühl, ein Leben ohne Perspektiven zu führen, verschwand. Auch wenn es, wie erwähnt, für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung eine Reihe von Ursachen gab, profitierte die Norwegische Arbeiterpartei politisch davon. Ein weiterer positiver Effekt bestand darin, dass die faschistische und rechtsgerichtete Propaganda weniger Widerhall fand. Die unverhohlenen nationalsozialistische Partei Vidkun Quislings konnte bei den Wahlen von 1933 nur 3,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Bei den Wahlen von 1936 und 1939 fiel die Partei dann praktisch in die Bedeutungslosigkeit zurück. Die Befürchtung der Linkssozialisten – darunter der exilierten Führer der SAP, die die politische Situation in Norwegen aufmerksam verfolgten und kommentierten –, dass die Politik des Kompromisses und der Restauration des Kapitalismus dem Faschismus im Land den Weg ebnen würde, erwies sich als unbegründet.

Die Norwegische Arbeiterpartei konnte bei den Parlamentswahlen von 1936 42,6 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Im folgenden Jahr erzielte die DNA bei den Kommunalwahlen einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 45,6 Prozent in den Städten und von 42,2 Prozent auf dem Land. Wenn man so will, war die Partei an sich

eine ziemlich erfolgreiche Volksfront<sup>5</sup>: Selbst überzeugte Anhänger des Mot Dag bewarben sich um eine Mitgliedschaft und wurden in der Partei aufgenommen. Politische Differenzen traten hinter dem emotionalen Appell zur Einheit und aktuellen Tagesfragen zurück. Diese Stimmung spiegelt sich in einer Äußerung Willy Brandts gegenüber seinen SAP-Genossen aus dem Jahre 1935 wider: „Denkt immer daran, dass für den einfachen Menschen das Leben nicht aus ‚Ismen‘ besteht, sondern aus Essen, Schlafen, Fußballspielen, Kanarienvögeln, Schrebergärten und anderen schönen Dingen. Und vergesst nicht, dass es Lenin war, der vorschlug, mit der Forderung nach ‚Teewasser‘ Leben in den Betrieben auszulösen. Wir müssen lernen, nicht immer von der hohen Politik zu reden, sondern zu ihr den Weg durch das jeweilige ‚Teewasser‘ zu bahnen.“

Meine dritte Anmerkung bezieht sich auf die Entwicklung der Norwegischen Arbeiterpartei. Die bürgerliche Gesellschaft setzte sich am Ende durch. Klassenunterschiede, bürgerliche Macht und Privilegien wurden nicht beseitigt. Dennoch dürfen die Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Stadt und Land nicht einfach als ein sich Unterwerfen vor einer überlegenen Macht oder gar als Verrat gesehen werden. Im Kontext der dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts sollte vielmehr der Kompromiss-Charakter dieser Übereinkünfte betont werden. Frei handelnde Akteure haben gegeben und dafür empfangen; keine gesellschaftliche Klasse hat damals einen einseitigen Vorteil gegenüber einer anderen erzielt.

Langfristig gesehen behielten die Kritiker an der Politik der Arbeiterpartei Recht: Der Kapitalismus bestand fort. Die Neuorientierung der DNA und Ihrer Politik in den dreißiger Jahren entwickelte sich später zu einer pro-kapitalistischen Haltung. Die Idee von vergesellschafteten Produktionsmitteln und einer Planwirtschaft wurde als Frage prinzipieller Bedeutung fallen gelassen. Zwischen 1949 und den späten siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts hielt man zwar noch am Ziel fest, das Kapital zu regulieren und die Infrastruktur des Landes in der öffentlichen Hand zu halten. Aber auch davon wurde seither Abstand genommen.

Die Ursachen, die den in diesem Beitrag skizzierten Entwicklungen zugrunde liegen, haben auch mit dem nationalen Einheitsgefühl der Norweger während der deutschen Besatzung zwischen 1940 und 1945, dem Kalten Krieg, der Bürokratisierung der Norwegischen Arbeiterpartei und ihrer späteren Auszehrung zu tun – ebenso mit tiefgreifenden Veränderungen im sozialen Gefüge des Landes. Aber dies ist eine andere Geschichte.

*Übersetzung: Wolfram Hoppenstedt und Carsten Tessmer*

<sup>5</sup> Mit dem Begriff Volksfront werden eigentlich Koalitionsregierungen bezeichnet, die das politische Spektrum von den bürgerlichen Parteien bis zu den Kommunisten erfassen.



*Der junge Willy Brandt, die Judenverfolgung und die Frage einer jüdischen Heimstätte in Palästina*



Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek Oslo

*Willy Brandt, Mitte der dreißiger Jahre im norwegischen Exil.*

In einem Interview in der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ erklärte der Jerusalemer Historiker David Bankier am 20. Juli 1999, von seinen Untersuchungen über die Haltung des deutschen politischen Exils zur „Judenfrage“ ausgehend, dass die Gruppen des politischen Exils, auch die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), Antisemitismus tolerierten und von den Juden forderten, diese sollten ihre Gruppenidentität aufgeben, um in die deutsche Gesellschaft assimiliert zu werden. Außerdem, fügte er hinzu, habe das politische Exil im internen Konkurrenzkampf um den Opferstatus den Antisemitismus heruntergespielt. Das sind Eindrücke, die sich mit den Ergebnissen meiner eigenen Forschungen zum SAP-Exil in Skandinavien decken, die zeigen, dass sich einzelne Emigranten sogar ausdrücklich gegen eine „Verjudung“ des Exils bzw. der eigenen Gruppe aussprachen und Neuhinzukommende intern negativ charakterisiert wurden, indem unterstellt wurde, dass sie nur in die Emigration gegangen seien, weil sie als Juden „keine rechten Arbeitsmöglichkeiten“ in Deutschland sähen.<sup>1</sup>

Wie verhielt sich das bei Willy Brandt? Negative Äußerungen der genannten Art gab es nicht von ihm – im Gegensatz z. B. zu August Enderle, dem Leiter der Stockholmer SAP-Gruppe. Denkt man an den Ausschnitt aus Willy Brandts erstem in Norwegen veröffentlichten Artikel, den er Jahrzehnte später selbst in dem Fernsehfilm „Kampfname: Willy Brandt“ von Heinrich Breloer vorlas, konnte sogar der Eindruck entstehen, dass es ihm vom Anbeginn seines norwegischen Exils am Herzen lag, die Judenverfolgungen in Deutschland zu thematisieren, entsprechende Informationen und Kenntnisse zu vermitteln. In diesem Artikel, der den Titel „Wie sieht es in Hitler-Deutschland aus?“ trug, hieß es u. a.:<sup>2</sup>

„Wenn man den Erklärungen der [deutschen] Regierung Glauben schenkt, ist alles in schönster Ordnung. Besonders in Zusammenhang mit dem Judenboykott wurde immer wieder die Frage des Terrors diskutiert, denn diese Vorsichtsmaßnahme sollte sich ja angeblich gegen Falschmeldungen über den Hitlerterror richten. Die Nazis

<sup>1</sup> Siehe dazu u. a. E. Lorenz: *Mehr als Willy Brandt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland (SAP) im skandinavischen Exil*, Frankfurt/Main u. a. 1998, S.76, sowie *Brief August Enderles an die Auslandszentrale (AZ) der SAP*, 5. Februar 1936, in: ARBARK Oslo, SAP-Archiv, Mappe 228.

<sup>2</sup> *Arbeiderbladet*, Nr.100, 11. April 1933.

erklärten vor aller Welt, dass keinem in Deutschland ein Haar auf dem Kopf gekrümmt würde. Deshalb lag es ihnen auch stark am Herzen zu erklären, dass der Judenboykott nichts anderes als eine aufgezwungene Defensivmaßnahme war. Das ist nicht wahr.“

Brandt beschränkte sich auf die Erwähnung des Boykotts jüdischer Geschäfte, den er als „ein großes Ablenkungsmanöver“ bezeichnete, ging jedoch in der Fortsetzung des Artikels nicht darauf ein, dass der Antisemitismus ein konstitutives Element des Nationalsozialismus war. In seiner Broschüre „Hvorfor har Hitler seiret i Tyskland?“ (Warum hat Hitler in Deutschland gesiegt?) wird zwar erwähnt, dass die NSDAP ihre Wurzeln in Feders Deutscher Arbeiterpartei und im Antisemitismus hatte, doch standen die Opfer der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung – ohne Unterschiede einer Partei- oder Gruppenzugehörigkeit – im Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Vergegenwärtigt man sich, dass der junge Willy Brandt den Nationalsozialismus in erster Linie als Gegner der Arbeiterbewegung erlebt hatte und dass der Antisemitismus kein entscheidender Faktor für die Erfolge der Nationalsozialisten war, kann Brandts Darstellung kaum überraschen, zumal der Artikel im Zentralorgan der Norwegischen Arbeiterpartei (Det norske Arbeiderparti – DNA) erschien. In Artikeln, die für ein junges Publikum gedacht waren, findet sich neben Hinweisen auf Übergriffe gegen jüdische Studenten und Professoren auch der, dass der „Antisemitismus [...] eines der wesentlichen Propagandaelemente der Nationalsozialisten“ war.<sup>3</sup>

Aber: Obwohl Brandt schon 1930 in einem Artikel im „Lübecker Volksboten“ festgestellt hatte, dass der „Kampf bis aufs Messer gegen das Judentum“ zum Programm des Nationalsozialismus gehörte,<sup>4</sup> kann doch als allgemeiner Eindruck festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Artikel, die er 1933 und besonders in den folgenden Jahren in Norwegen veröffentlichte, keine Hinweise auf die anti-jüdischen Maßnahmen in Deutschland – seien es „spontane“ Übergriffe, seien es staatlich-administrative Maßnahmen – enthielten. Artikel wie „So ist der Faschismus!“ oder „Die Wahrheit über Deutschland“ aus dem Jahr 1933, die sich nur mit der Verfolgung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen beschäftigen, bestätigen David Bankiers Beobachtung, sofern sie sich auf die Konkurrenz um die Opferrolle bezieht.

Er unterschied sich hier mit seiner Fokussierung auf die Arbeiterbewegung von seinem Antipoden und Konkurrenten der ersten Osloer Zeit, dem KPO-Politiker Max

<sup>3</sup> *Norges Gymnastblad*, Nr. 4, April/Mai 1933 (Was hat die deutsche Jugend vom Faschismus zu erwarten?) und *Arbeider-Ungdommen*, 1. Mai 1933 (Den tyske fascisme – en ungdomsbevegelse).

<sup>4</sup> *Die Jungs vom Hakenkreuz*, in: *Lübecker Volksbote*, 11. März 1930.

Strobl („Max Berlin“). Dessen erstes in Norwegen erschienenes Buch „Den brune terror“ (Der braune Terror), das 1933 im Verlag der Intellektuellenorganisation Mot Dag herauskam, beschäftigte sich ausführlich mit den Judenverfolgungen in den ersten Monaten nationalsozialistischer Herrschaft und trug auf eine ganz andere Weise zur Information der linken Öffentlichkeit bei. Von dem ungefähr gleichzeitig im Verlag der Arbeiterpartei publizierten Buch „Tyskland under hakekorset“ (Deutschland unterm Hakenkreuz) wissen wir, dass Brandt das Kapitel „Die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung“ geschrieben, nicht aber, in welchem Umfang er an dem Kapitel „Judenpogrome“ mitgewirkt hat. Da es sich um ein kollektives Werk „bekannter Männer der deutschen und norwegischen Arbeiterbewegung“ handelte und er als einziger deutscher Emigrant in Frage kommt, darf zumindest von einer Mitwirkung oder Kommentierung ausgegangen werden – aber nicht von mehr. Hier wurden die Judenverfolgungen ausführlich dargestellt und wiederum als Ablenkungsmanöver des Regimes interpretiert. Die „jahrelange, heftige und verhetzende antisemitische Agitation“ wurde in erster Linie Hitler persönlich zugeschrieben, der von seinem „Jugendhelden“ in Österreich, Karl Lueger, gelernt habe.

Dass es aus den Jahren 1934 bis 1937 keine Artikel von Brandt zu den Repressionen gegen jüdische Bürger in Deutschland gibt, sollte jedoch nicht als Desinteresse gedeutet werden. Denn in dieser Zeit, besonders in den Jahren 1934 und 1935, als sein Verhältnis zur Norwegischen Arbeiterpartei eher von Konflikten geprägt war, publizierte er ohnehin kaum, danach war er monatelang außerhalb Norwegens – erst in Berlin, dann in Spanien und Frankreich.

Der einzige große Artikel Willy Brandts, in dem die anti-jüdische Politik der Nationalsozialisten und ihr Terror thematisiert wurden, erschien nach dem Novemberpogrom von 1938 unter dem Titel „Die Judenverfolgungen in Deutschland“ in der Zeitschrift der Gewerkschaft der Telefon- und Telegrafarbeiter,<sup>5</sup> zu deren Mitarbeitern der Hitlerflüchtling aus Lübeck 1938/39 gehörte. In diesem Artikel erfuhren die norwegischen Leservon ihm, dass „der Antisemitismus, die ‚Theorie‘ der Judenverfolgung, [...] immer eine bedeutende Rolle in der Politik und Propaganda des Nationalsozialismus gespielt [hat]“ und nun der „Streicherismus“<sup>6</sup> in Deutschland triumphiere. Es fiele schwer, einen Sinn in der Barbarei des Novembers und Dezembers 1938 zu finden, und vieles schien ihm widersinnig:

„Teils sind die Pogrome nur Ausdruck für den rücksichtslosen Kampf des Nazismus

<sup>5</sup> *Telegraf og Telefon*, Nr. 1, 1. Januar 1939 (Jødefølgesene i Tyskland).

<sup>6</sup> Julius Streicher, Gründer und Herausgeber des antisemitischen Hetzorgans „Der Stürmer“, gehörte zu den maßgeblichen Betreibern anti-jüdischer Maßnahmen und Repressionen im „Dritten Reich“.

gegen alles, was Humanität heißt, und für den Marsch in Richtung auf eine barbarische Religion“.

Brandt verwies auf die historische Funktion von Judenverfolgungen als „Blitzableiter“ und interpretierte die Pogrome in diesem Rahmen: „Der Kampf gegen die jüdischen Kapitalisten ist das Einzige, was vom antikapitalistischen Programm des Nazismus geblieben ist“. Weiter hieß es, dass „die Judenfrage [...] im Begriff [war], auf natürlichem Weg“ durch Assimilierung zu verschwinden, dass nun aber die Entwicklung des „Zusammenschmelzens“ durch die Nationalsozialisten weit zurückgeworfen sei. Von Interesse scheint mir vor allem jedoch die Schlussfolgerung:

„Die heutige politische Reaktion hat ein neues Judenproblem geschaffen, das nur in einer neuen europäischen Ordnung gelöst werden kann, wo die jüdische Mehrheit, die sich assimilieren will, dazu Gelegenheit erhält, während die Minderheit, die eine neue jüdische Nation schaffen will, dazu volle Gelegenheit erhalten muss. Palästina ist genau der Ausweg“.

Das waren Gesichtspunkte, von denen man – oberflächlich betrachtet – zwar sagen kann, dass sie mit früheren Äußerungen des norwegischen Außenministers<sup>7</sup> übereinstimmten. Für ein SAP-Mitglied waren sie allerdings keineswegs selbstverständlich.

Im Parteiorgan der SAP, „Neue Front“, waren Stellungnahmen zu den Judenverfolgungen sehr selten. Außer einigen eher zufällig wirkenden, kurzen Beiträgen finden sich im Grunde in der „Neuen Front“ insgesamt nur drei größere Artikel über die Judenpolitik des NS-Regimes. Der erste erschien im September 1935 („Der Jud' ist schuld“), zwei weitere im Herbst 1938 („Zur Judenfrage“ und „Der Jud' ist vogelfrei“).<sup>8</sup> Klare und prinzipielle Haltungen vertrat die Partei dagegen in der Frage der Ansiedlung von Juden in Palästina und im Verhältnis zum Zionismus, der in zwei umfangreichen Artikeln behandelt wurde. Der erste große Artikel zu dieser Frage, der den Titel „Die Wahrheit über Palästina“ trug,<sup>9</sup> kann zwar nicht so ausgelegt werden, als gäbe er die Gesamtauffassung der Partei wieder – dazu provozierte er zu viel Ein- und Widerspruch, auch aus Oslo. Dennoch war man sich, wie der zweite Artikel im Parteiorgan Anfang Mai 1937<sup>10</sup> zeigte, in der Pariser SAP-Zentrale darüber einig, dass

<sup>7</sup> Koht hatte 1936 im Storting die Auffassung vertreten, dass die jüdischen Flüchtlinge trotz aller Schwierigkeiten nach Palästina gehen und dort Zuflucht finden könnten, während kaum ein Land die politisch Verfolgten aufnehmen wollte. Für ihn war es daher geboten, dass Norwegen vor allem politisch Flüchtlingen Schutz und Zuflucht bieten müsse (Stortingsforhandlinger 1936, Bd. 2, St. pp. 7, 1936).

<sup>8</sup> Neue Front, 9, 1938, und 12, 1938.

<sup>9</sup> Neue Front, 11, 1936.

<sup>10</sup> Neue Front, 8/9, 1937: Zionismus und Sozialismus.

der Zionismus als eine Form des Kolonialismus und Imperialismus abzulehnen sei.

Der Zionismus vermochte nach Ansicht des unbekanntenen Autors – angeblich handelte es sich bei ihm um einen „Freund [...], der sich eine genügende Zeit in Palästina aufgehalten hat und mit dem Zionismus eng verbunden war“<sup>11</sup> – „die Judenfrage“ nicht zu lösen, da sie eine soziale Frage sei und nur durch die „Umgestaltung der Klassengesellschaft mit ihren wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und rassischen Gegensätzen in eine sozialistische, die diese Gegensätze aufhebt, gelöst werden“<sup>12</sup> könne. Allein der Sozialismus böte einen Ausweg, nicht Palästina. In dem Artikel wurde auch zur Frage einer jüdischen Heimstätte in Palästina Stellung genommen. Dabei wurde der „Schwindel vom historischen Recht“ entschieden abgelehnt. Wichtig sei der „Kampf gegen die Wurzeln ihres [der Juden] Unglück, den Kapitalismus“, danach der „Kampf für Öffnung von Gebieten, in denen Juden eine Möglichkeit des Lebens gegeben wird, die andere nicht beeinträchtigt“, wobei die Unterstützung von Birobidschan, eines Gebiets an der russisch-mandschurischen Grenze, in dem die sowjetische Führung versuchte, russische Juden anzusiedeln, als einziges Beispiel genannt wurde. Den bereits in Palästina lebenden Juden wurde zugestimmt, dort als anerkannte Minorität bleiben zu können, wenn sie das wollten.

Boris Goldenberg von der SAP-Führung in Paris, der sich seit November 1935 in Palästina aufhielt und, wie er einräumte, „leider ahnungslos“ in „jüdischen Dingen“<sup>13</sup> war, aber Palästina nach nur einem halben Jahr als „Brechmittel von Land“<sup>14</sup> empfand, entdeckte nicht nur, dass die dortige SAP-Emigration in Zionisten und Nicht-Zionisten gespalten war, sondern auch, dass „das hiesige Arabertum relativ besonders rückständig [ist] und es interessant zu vermerken [ist], dass aus Feindschaft gegen die Juden bei den Radikaleren sich Hitler grosser Popularität erfreut, teilweise, wie man mir sagte, in Araberhäusern Hitlerporträts hängen.“<sup>15</sup>

In seinem ersten großen zusammenfassenden Brief stellte er weiter fest, dass arabische Arbeiter „wohl nirgends“ durch jüdische Einwanderer und die Fellachen wohl kaum irgendwo vom Boden verdrängt würden, dass aber der britische Imperialismus die Basis für die jüdische Einwanderung bilde. Wenig später revidierte er jedoch seine ersten Eindrücke und stellte fest, dass „Palästina [...] nicht einfach ein men-

<sup>11</sup> Aus einem Brief Goldenbergs an Walcher vom 10. Juni 1936 (In: SAP-Archiv, Mappe 246) geht hervor, dass es sich bei dem Autor um einen Polen handelte, dessen Artikel aber von der Redaktion des Parteiorgans „stark umgemodelt und verstärkt wurde“.

<sup>12</sup> Neue Front, 18, 1935.

<sup>13</sup> Brief Goldenbergs an Walcher, 20. Dez. 1935, In: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>14</sup> Brief Goldenbergs an Walcher, 30. Mai 1936, In: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>15</sup> Brief Goldenbergs an die AZ der SAP, 26. Jan. 1936, In: SAP-Archiv, Mappe 246.

schlenleeres ‚Asyl‘ [ist], sondern arabisches Land, dessen Bevölkerung im nationalen Freiheitskampf gegen den Imperialismus und die Agenten des Imperialismus – die Juden steht. [...] Wirklich revolutionäre Politik hiesse, die jüdischen Kapitalisten aufs äusserste und mit ihnen den britischen Imperialismus zu bekämpfen – das heisst eben, den Palästinaaufbau unmöglich zu machen.“<sup>16</sup>

Goldenberg war zwar mit der negativen Haltung der SAP zum Zionismus einverstanden – seine Ablehnung verschärfte sich sogar<sup>17</sup> –, doch sah er diesbezüglich einige problematische Punkte, zu deren Klärung er beitragen wollte. Dazu gehörten die Frage, ob man trotz des Antisemitismus und der Verfolgungen für die Verhinderung weiterer jüdischer Einwanderung nach Palästina sein sollte, ebenso wie das Problem, was ein Sozialist in Palästina tun solle – letzteres eine Frage, die nicht mit der Ablehnung des Zionismus zu beantworten sei.<sup>18</sup>

Mit dem bereits erwähnten Artikel „Die Wahrheit über Palästina“ im SAP-Organ war er jedoch unzufrieden. Zwar billigte er inhaltlich die Ablehnung des Zionismus, aber der „ungeheuer aggressive“ Ton gegen die Juden missfiel ihm: „Man darf nicht übersehen, dass immerhin die Juden heute in vielen Ländern gejagt und gepeinigt werden“, außerdem habe der Autor keine seinerzeit irgendwie real durchführbare Teil- oder Ganzlösung anzubieten.<sup>19</sup> In seiner Antwort an Goldenberg präzisierte der Leiter der Auslandszentrale der SAP, Jacob Walcher, die Haltung der Partei:

„Angesichts der Tatsache, dass fast die gesamte Presse – auch die linke – von den Zionisten bearbeitet wird und ihnen günstige Artikel veröffentlicht, sind wir als Marxisten verpflichtet, offen für das Kolonialvolk aufzutreten und gerade dann, wenn wir uns in allen europäischen Ländern gegen die Infamen Judenverfolgungen wenden. Damit zeigen wir eindeutig, dass wir nicht für die Juden als Juden, sondern gegen die Reaktion kämpfen und dass wir auch dort gegen die Juden auftreten, wo sie eine reaktionäre Rolle spielen.“<sup>20</sup>

Die weitere Diskussion zwischen Goldenberg und Walcher, – u. a. ging es um die Idee, eine Broschüre zur „palästinensischen Frage“ zu veröffentlichen, zum Teil um Goldenbergs Vorhaben, eine größere zusammenfassende Darstellung des Problems für die Parteileitung der SAP zu schreiben, zum Teil auch um die Polemik gegen die Independent Labour Party –, gehört nicht zu unserem Thema. Festzuhalten bleibt,

und das kam 1937 und nach den Novemberpogromen von 1938 klar zum Ausdruck, dass die SAP, abgesehen von abstrakten Appellen, keine Lösungen anzubieten hatte. Sie hatte keine konkrete Antwort auf ihre eigene Forderung, dass neue Territorien für die Vertriebenen erschlossen werden müssten. Ihre Aufforderung, dass die Juden selbst etwas für ihr Los tun sollten, indem diese erkannten, „dass sie die Opfer einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft sind und dass nur eine neue gesellschaftliche Ordnung, dass nur die sozialistische Lösung ihre nach der bürgerlichen Revolution begonnene Emanzipation und soziale Eingliederung sicherstellen kann“,<sup>21</sup> bot in der bedrängten Situation des Herbstes 1938 keine Lösung.

Nach den Novemberpogromen verurteilte die SAP die von der Staatsraison getragene Politik der kapitalistischen Staaten und deren Asylpolitik. Sie sah den Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Rechte und den Kampf gegen Antisemitismus und für Humanismus als Einheit,<sup>22</sup> doch war – wie sich selbst in den wenigen Ländern zeigte, in denen die Arbeiterbewegung noch Einfluss hatte – es illusorisch zu meinen, entsprechenden Druck auf die Regierungen ausüben zu können. Selbst in Norwegen und Schweden, wo die Arbeiterparteien die Regierungen bildeten, wurden Maßnahmen getroffen, um die Einreise jüdischer Flüchtlinge zu verhindern.

Die Haltung der SAP soll hier, wie gesagt, nicht weiter verfolgt werden. Sie und die Geschichte der SAP-Emigration nach Palästina wären eine eigene Studie wert. Mir ging es darum, den Parteikonsens in der Palästina-Frage zu zeigen, um Brandts Stellungnahme in dem oben genannten Artikel in „Telegraf og Telefon“ einordnen zu können. Während die SAP im Sieg des Sozialismus die einzige wirkliche Lösung der „Judenfrage“ sah und eine jüdische Heimstatt Palästina selbst unter den besten Umständen, d. h. bei Aufgabe zionistischer Zielsetzungen, nicht als Ausweg betrachtete,<sup>23</sup> trat Brandt in seinem Artikel dafür ein, dass diejenigen, die „eine neue jüdische Nation schaffen wollen, voll dazu Gelegenheit erhalten müssen. Gerade Palästina ist ein Ausweg.“

Wir wissen nicht, wie es zu dieser Haltung Brandts gekommen ist. Das Schicksal der deutschen Juden, Fragen jüdischer Ansiedlungen in Palästina oder der Zionismus wurden in der Osloer SAP-Gruppe so gut wie nie diskutiert. Aus den Berichten über die Gruppenarbeit geht lediglich hervor, dass zweimal über diese Fragen diskutiert wurde, allerdings ohne dass dabei unterschiedliche Standpunkte der Gruppenmit-

<sup>16</sup> Brief Goldenbergs an Walcher, 5. Februar 1936, in: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>17</sup> Brief Goldenbergs an Walcher, 30. Mai 1936, in: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>18</sup> Brief Goldenbergs an Walcher, 30. April 1936, in: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>19</sup> Brief Goldenbergs an liebe Freunde (SAP-Zentrale in Paris), 10. Juni 1936, in: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>20</sup> Brief (Walchers) an Goldenberg, 24. Juni 1936, in: SAP-Archiv, Mappe 246.

<sup>21</sup> Neue Front, 9, 1938: Zur Judenfrage.

<sup>22</sup> Neue Front, 12, 1938: Der ‚Jud‘ ist vogelfrei!

<sup>23</sup> Neue Front, 9, 1938: Zur Judenfrage.

glieder oder Brandts eigene Position deutlich werden. Im September 1935 diskutierte die Gruppe den Palästinaartikel<sup>24</sup> und den Artikel „Der Jud‘ ist schuld“<sup>25</sup> im Organ der Partei. Dabei wird als Gruppenmeinung wiedergegeben, dass der Palästinaartikel „nicht so hätte hinein dürfen“. Zugleich wurde Walcher der Rat gegeben, „durchaus mal einen wirklich informierenden Artikel über Palästina zu bringen“. Der in der „Neuen Front“ publizierte Text wurde jedenfalls als „zu oberflächlich“ bezeichnet. Angemerkt wurde, dass Peter Blachstein, der auch in der Zionistischen Jugend in Dresden aktiv gewesen war, den Artikel für „unmarxistisch [hielt], da er eigentlich nur zur Solidarität mit den verfolgten Juden aufruft, ohne klar hervorzuheben, dass das, was in Deutschland vor sich geht, die Rechtlosmachung einer bürgerlichen Schicht bedeutet. Gleichzeitig bedeutet das die Liquidierung der Menschenrechte“.<sup>26</sup>

Die andere bekannte Stellungnahme der Osloer Gruppe vom Juli 1936 bezog sich auf den Artikel „Die Wahrheit über Palästina“, der zu längeren Diskussionen geführt hatte. Er wurde wegen der „unzureichenden und z. T. schiefen Orientierung [und] wegen der schnoddrigen Behandlung der ganzen Materie und besonders der pal[ästinischen = jüdischen] Arbeiterbewegung“ kritisiert. Die Gruppe wünschte sich „einen sachlicheren und gründlicheren Artikel“.<sup>27</sup>

Welche Standpunkte in der Gruppe 1937 und 1938 vertreten waren, wissen wir nicht und wir können nur darüber spekulieren, was Brandt dazu veranlasst haben könnte, vorbehaltlos für die jüdische Ansiedlung in Palästina einzutreten. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass er, der in einem der wenigen Länder mit einer Arbeiterparteiregierung lebte, die Möglichkeiten und den tatsächlichen Willen der Arbeiterbewegung realistischer einschätzte als die Pariser Parteiführung. Er hatte gesehen, wie die Regierungen Norwegens und Schwedens schon nach dem „Anschluss“ Österreichs, als Skandinavien für jüdische Flüchtlinge als Zufluchtsort interessanter zu werden begann, ihre Einreise- und Visabestimmungen verschärfen. Auch die von der DNA – für Brandt immerhin die „progressivste“ sozialdemokratische Partei – gebildete Regierung in Oslo war dermaßen von einer Judenfurcht ergriffen, dass Flüchtlinge, die, wie er selbst, seit 1933 im Lande waren, nun darüber Auskunft

<sup>24</sup> *Neue Front*, 17, 1935.

<sup>25</sup> *Neue Front*, 19, 1935.

<sup>26</sup> Brief Brandt an Walcher, 23. September 1935, in: SAP-Archiv, Mappe 212. Walcher stimmte in seiner Antwort (Brief Walchers an Brandt, 28. Sept. 1935, in: ebd.) den Osloer Einwänden in Bezug auf den Palästinaartikel zu, widersprach jedoch Blachsteins Auffassung. Aufgabe des Artikels sei es nicht gewesen, die „Judenfrage“ grundsätzlich zu behandeln, sondern „vielmehr die Schandtat, denen die Juden heute in Deutschland ausgesetzt sind, anzuprangern. Für diesen Zweck ist es zunächst unerheblich, dass die betroffenen Juden überwiegend aus bürgerlichen Kreisen stammen.“

<sup>27</sup> Brief Brandts an Walcher, 17. Juni 1936 (SAP-Archiv, Mappe 213). Wieder war es Blachstein, dessen

geben mussten, ob sie jüdischer Herkunft waren. Diese Politik, aber auch schon zuvor die Konferenz von Evian im Juli 1938, die Hitler signalisierte, dass das Schicksal der Juden ohne Interesse für die europäischen Regierungen war,<sup>28</sup> könnten Brandt mit zu der Überzeugung gebracht haben, in einer jüdischen Heimstatt in Palästina die einzige realistische Lösung zu sehen.

Erneut beschäftigte sich Brandt mit dem Thema im schwedischen Exil. Allerdings fehlen auch hier Quellen, die Genaueres über Entstehung und Entwicklung seiner Standpunkte aussagen können. Nach einer im Sommer 1972 veröffentlichten Information von H. R. Wishengrad, während des Zweiten Weltkriegs Leiter der Overseas News Agency (ONA) in New York, war Brandt „vermutlich“ der erste Journalist, der bereits 1942 in die USA Informationen über die Vernichtungslager geliefert hat. Die Overseas News Agency war eine jüdische Presseagentur, mit der Brandt durch norwegische Bekannte in Verbindung gekommen war und für die er seit Dezember 1940 beim schwedischen Außenministerium als Korrespondent akkreditiert war.<sup>29</sup> Brandts Erinnerungen zufolge unterrichtete Maurycy Karniol, ein Jurist, der die polnischen Sozialisten im Stockholmer „Internationalen Arbeitskreis demokratischer Sozialisten“ repräsentierte, ihn im Herbst 1942, vielleicht auch etwas später, über Vergasungen in Polen.<sup>30</sup> Der Bericht, den Brandt zu lesen bekam und den er an die ONA weitergab, war von der polnischen Untergrundbewegung nach London übermittelt worden. Es ist durchaus denkbar, dass der von Karniol weitergegebene, knappe, „aufwühlende Bericht“ innerhalb des besagten Arbeitskreises, der wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt auch auf Grund der Deportation der Juden aus Norwegen besonders sensibillisiert war, zu ersten informellen Erörterungen geführt hat. Ein – mögli-

*Standpunkte besonders erwähnt wurden. Über ihn hieß es, dass die Gruppe ihn aufgefordert hatte, seine detaillierte Kritik in einem gesonderten Schreiben an die Parteiführung vorzutragen. In seiner Antwort (Brief Walchers an Gruppe Oslo, 4. Juli 1936, in: ebd., Mappe 214) teilte Walcher mit, dass die Kritik „bis zu einem gewissen Grade berechtigt“ und dem Verfasser mitgeteilt worden sei, dass auch von anderer Seite Beanstandungen erfolgt seien.*

<sup>28</sup> Auf der Konferenz von Evian, die auf Vorschlag von US-Präsident Roosevelt hauptsächlich aus innenpolitischen Motiven einberufen worden war, versuchten die 32 Teilnehmer-Staaten sowie jüdische und nicht-jüdische Organisationen, sich über Möglichkeiten für eine geordnete Auswanderung deutscher und österreichischer Juden sowie über höhere Aufnahmequoten zu verständigen. Das Scheitern der Konferenz stand allerdings schon im Vorhinein fest, nachdem Roosevelt im Einladungsschreiben klar gemacht hatte, dass die USA keine Änderungen ihrer Einwanderungsbestimmungen vornehmen würden.

<sup>29</sup> Siehe dazu Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 18. August 1972. – Einige Berichte Brandts an Wishengrad aus den Jahren 1940 und 1941 sind im Archiv der schwedischen Sicherheitspolizei aufbewahrt, die sich seinerzeit übrigens auch für Wishengrads Agentur interessierte, aber offenbar kein belastendes Material über ihn fand. Brandt selbst kannte Wishengrad nicht persönlich (Brief Brandts an Carl [Evang], 24. Januar 1941, in: Reichsarchiv Stockholm, Allmänna säkerhetstjänsten F5 DC:16).

<sup>30</sup> W. Brandt: *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982, S. 351.

cherweise erster – Bericht Brandts, der wahrscheinlich für die ONA gedacht war, stammte allerdings schon vom 17. März 1941 und trug die Überschrift: „Ein aus Polen heimgekehrter Schwede berichtet im Eskilstuna-Kuriren über die Lage der polnischen Juden“<sup>31</sup>. In dem Report bezog sich Brandt auf den im Titel genannten Zeitungsartikel in „Eskilstuna-Kuriren“ und auf seinen Freund Stefan Szende.

Szende, ein aus Ungarn stammendes SAP-Mitglied jüdischer Herkunft, mit dem Brandt seit 1938 freundschaftlich verbunden war, hat ihn sicher auch weiter auf das Schicksal der Juden in Polen aufmerksam gemacht. Szende publizierte 1944 das Buch „Den siste juden från Polen“ (Der letzte Jude aus Polen), laut Helmut Müssener „eines der ersten Bücher nicht nur in Schweden, sondern auch in der übrigen Welt über die Tragödie, die sich in Polen abspielte“.<sup>32</sup> Im August 1944 erfuhr Brandt von Szende auch, dass dessen Mutter und Verwandtschaft aus Ungarn in den Tod nach Auschwitz deportiert worden waren.<sup>33</sup>

Das Ausmaß der Vernichtung des europäischen Judentums war Brandt jedoch auch im Sommer 1944 noch nicht bewusst, wahrscheinlich auch nicht bekannt. Denn selbst im neutralen Stockholm erfuhr man „nur bruchstückweise und mit großer Verspätung“<sup>34</sup> von den „Dimensionen des Völkermordes“. Zu diesem Zeitpunkt meinte der Deutsch-Norweger im schwedischen Exil noch, dass „das Vorgehen der Nazis in den besetzten Ländern [...] unter Umständen noch [...] durch ihren Vernichtungsfeldzug gegen Teile des eigenen Volkes“ übertroffen werden könne.<sup>35</sup>

Dennoch wurde im Stockholmer Exil natürlich über die Judenverfolgungen diskutiert – etwa im Frühjahr 1944 im Rahmen der im „Internationalen Arbeitskreis demokratischer Sozialisten“ geführten Debatte über Europa „nach dem Sieg“, aber auch innerhalb des Stockholmer SAP-Kreises, der in seiner Broschüre „Zur Nachkriegspolitik der demokratischen Sozialisten“ ebenfalls zum „Ausrottungsfeldzug gegenüber den europäischen Juden“ Stellung nahm.<sup>36</sup> Auf die Tagesordnung des Internationalen Arbeitskreises kam die Frage der Judenverfolgungen am 6. März 1944. Dort entwickelte sich nach einem Vortrag des zionistischen Vertreters Fred Kalter über das Thema „Die Palästinensische [= jüdische] Arbeiterbewegung und die jüdische Frage“ eine offenbar lebhaft diskutierte Diskussion, an der sich auch Brandt beteiligte.<sup>37</sup> Hier wissen

wir ebenso wenig, wer wie argumentierte; es ist nur bekannt, dass eine vierköpfige Arbeitsgruppe, der Brandt angehörte, ernannt wurde, die Kalters ursprüngliche Resolution in Übereinstimmung mit den in der Versammlung dominierenden Ansichten bringen sollte. Kalters Resolutionsvorschlag forderte die vorbehaltlose Zustimmung zu einer von der sozialistisch-zionistischen Arbeiterpartei Poale Zion (Arbeiter Zions) vorgebrachten, dann von Harold Laski unterstützten und schließlich im Juni 1943 von der britischen Labour Party befürworteten prozionistischen Resolution.

Der endgültige Text, der der Internationalen Arbeitsgruppe dann am 21. April 1944 vorgelegt und nach der Verabschiedung auf Deutsch, Englisch und Schwedisch verbreitet wurde, forderte internationale Garantien für die Sicherheit und Existenz der Juden nach dem Kriege – sei es in den ursprünglichen Heimatländern, sei es in Palästina beim Aufbau eines „jüdischen Nationalheimes“. Während Kalters erster Resolutionsvorschlag noch keinen Hinweis auf die arabische Bevölkerung enthalten hatte, akzeptierten er und Willy (Wilhelm) Smulowicz einen von Brandt formulierten Text, in dem die Hoffnung ausgedrückt wurde, „dass auch weiterhin die Arbeiterbewegung zusammen mit anderen fortschrittlichen Kreisen alles tun wird, um eine Staatsform zu erreichen, die sowohl den Interessen des arabischen als auch des jüdischen Volkes gerecht wird“.<sup>38</sup>

Brandts ursprüngliche Formulierung, dass man den Juden, die es wünschten, nicht das Recht verweigern könne, sich als Nation zu konstituieren, tauchte in dem endgültigen Text allerdings nicht mehr auf. Einig war man sich in der Verurteilung des „Ausrottungsfeldzuges“ gegen die Juden, im Kampf gegen den Antisemitismus und gegen Rassenverfolgungen, in der Sympathie für das Aufbauwerk in Palästina und in der „weitere[n] Entwicklung des Jüdischen Nationalheimes in Palästina“, das „auch nach dem Kriege im Stande sein [wird], eine grosse Anzahl europäischer Juden aufzunehmen“.<sup>39</sup>

Da es, laut Kalter, auch unter den jüdischen Mitgliedern der „Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten“ höchst unterschiedliche Positionen gab und besonders Bruno Kreisky, Stefan Szende und Vilmos Böhm den Zionismus skeptisch beurteilten,<sup>40</sup> musste es sich bei dem vorgelegten Text um einen Kompromiss han-

31 Reichsarchiv Stockholm, Allmänna säkerhetstjänsten F 5 DC: 16.

32 H. Müssener: *Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933*, München 1974, S. 323 f.

33 Brief Brandts an Walcher, 1944, in: AdsD, WBA, A 5, *Allgemeine Korrespondenz 1944*.

34 Brandt, *Links und frei*, S. 349.

35 Brief Brandts an Walcher, 26. August 1944, in: AdsD, WBA, A 5, *Allgemeine Korrespondenz 1944*.

36 *Zur Nachkriegspolitik*, S. 32.

37 *Möte i den internasjonale arbeidsgrupper, mandag 6-3-1944 på L.O.s kontor, Bl. 4.*

38 Ang. Forlaget til uttalelse av 16-3 [1944], [Notat vom 26. März 1944], in: *Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek (ARAB)* (Stockholm), Bestand Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten.

39 Siehe dazu Bilag 10 zu: *Möte i den internasjonale arbeidsgrupper, fredag 21-4-1944 på Tranmäls kontor, in: ARAB, Bestand Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten*. Außerdem die Darstellung von K. Misgeld: *Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942-1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Welt -*

dein. Dieser ging auf Brandts Vermittlung zurück, aber spiegelte er auch Brandts Ansichten wider?

Stellungnahmen Brandts zu den Folgen der antijüdischen Verfolgungen und damit vielleicht auch eine Antwort können wir in seinem Buch „Efter segern“ (Nach dem Sieg), in der Broschüre „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“ und in einem Vortrag über „Deutschlands außenpolitische Stellung nach dem Kriege“, den er im Februar 1945 hielt, finden. Im März 1944, bei Abschluss des Manuskripts von „Efter segern“, war für ihn deutlich, dass nicht nur die Nationalsozialisten, sondern „breite Teile des deutschen Volkes“ die Verantwortung trügen. Zugleich bestätigte für ihn aber auch die Mitwirkung der kroatischen, rumänischen, bulgarischen, ungarischen, slowakischen und französischen Kollaborations- und Marionettenregierungen, dass es sich um ein europäisches Problem handelte, das sogar noch zunehmen könnte, wenn die Länder, in denen Juden Zuflucht gefunden hatten, in eine ernste Wirtschaftskrise gerieten.<sup>41</sup> Die Schwierigkeiten bei „der Reinstallierung der von den Nazis verfolgten Juden“ waren nach seiner Ansicht „so umfassend, dass es zweifellos internationaler Maßnahmen“ bedurfte, um sie auszuräumen. Dabei glaubte und hoffte er, dass „ein guter Anteil“ Juden in ihre Ursprungsländer – auch nach Deutschland – zurückkehren würde. Brandt ging davon aus, dass der „Assimilierungsprozess sicher wieder in Gang“ kommen würde, dass er nun sogar in den Ländern, in denen er früher weit gediehen war, leichter und schneller vor sich gehen würde und dass die europäischen Länder wieder einen „Zuschuß jüdischer Intelligenz“ bekämen.<sup>42</sup>

Das aber, hieß es weiter, sei nur die eine Seite einer rationellen Lösung. Deshalb trat er neben der Unterstützung für Juden, die einen neuen Anfang in Deutschland versuchen wollten, ebenso dafür ein, auch jenen zu helfen, die sich für den Aufbau einer jüdischen Nation in Palästina entschieden hatten. Ihnen sollte für ihr Aufbauwerk ein „nennenswerter Betrag“ aus einem Fonds zur Verfügung gestellt werden, der aus beschlagnahmtem Nazivermögen gebildet werden könnte.<sup>43</sup> Ganz gleich, wie man sich zur „Totalitätsforderung des Zionismus“ stelle, schrieb er in „Efter segern“, könne man nicht so tun, als gäbe es „kein jüdisches Palästina, wo eine halbe Million Menschen mit Blut, Schweiß und Tränen die Grundlage für ein hochkultiviertes Gemeinwesen gelegt hat“; dem „nationalbewussten Teil der Juden“

<sup>41</sup> *krieges, Uppsala-Bonn 1976, S. 154.*

<sup>40</sup> *Misgeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“, S. 162.*

<sup>41</sup> *W. Brandt: Efter segern, Stockholm 1944, S. 54 f.*

<sup>42</sup> *Ebd., S. 56.*

<sup>43</sup> *Siehe Vortrag Brandts „Deutschlands aussenpolitische Stellung nach dem Kriege“ vom 9. Februar 1945, Abschnitt „Wiedergutmachung“, in: ARAB Stockholm, NL Max Hodann, vol. 3.*

könne man nicht „das Recht [verweigern], ihr eigenes Leben zu leben“. <sup>44</sup>

Die arabische Bevölkerung fand in diesen Betrachtungen Brandts wenig Beachtung, was aber nicht hieß, dass er sich unkritisch zu den national-jüdischen Positionen verhielt. Sie zeigten nach seiner Auffassung zu wenig Flexibilität und Kompromisswillen. Bedeutungsvoll schien ihm eine mögliche Veränderung in der bisher negativen Haltung der Sowjetunion, die sich durch den Palästina-Besuch des sowjetischen Botschafters in London, Maiskij, abzuzeichnen schien.<sup>45</sup>

Der volle Umfang des von ihm als „größtes Verbrechen gegen die Menschlichkeit“<sup>46</sup> bezeichneten Mordes an den europäischen Juden wurde Willy Brandt erst während des Nürnberger Prozesses bewusst, dem er als Korrespondent skandinavischer Zeitungen beiwohnte, obgleich auch er Probleme hatte, diesen „großen mechanisch-technischen Massenmord“ zu verstehen.<sup>47</sup> Gegenüber seinen deutschen Lesern erklärte er 1948: „Eine geschlossene Linie führt von Hitlers ‚Mein Kampf‘ zu den Gaskammern in Auschwitz. Die Konzentrationslager waren Zentren organisierten Massenmords. Das Abschlachten von Millionen Menschen jüdischer Herkunft war ein Gipfelpunkt systematischer Unmenschlichkeit.“<sup>48</sup> Eine seiner politischen Schlussfolgerungen war, dass der Antisemitismus in allen Ländern, die als zivilisiert betrachtet werden wollten, kriminalisiert werden müsse.<sup>49</sup>

Angeregt wurde ich zu diesem Thema erstens durch die Beschäftigung mit Willy Brandts Texten aus den Emigrationsjahren, zweitens durch die zahllosen Versuche, Willy Brandt auf Grund seiner Emigration zu diskreditieren. Solche Denunzierungsversuche wurden auch mit Blick auf die hier untersuchte Frage unternommen. So befindet sich im Nachlass Willy Brandts ein Vermerk, demzufolge Franz Josef Strauß laut „Osthelsteinischer Anzeiger“ vom 10. April 1975 erklärt haben soll, Willy Brandt habe sich im Jahre 1944 gegen die Rückkehr von Juden nach Deutschland ausgesprochen.<sup>50</sup>

Ich habe hier versucht zu zeigen, wann und wie sich bei Brandt die Erkenntnis

<sup>44</sup> *Brandt: Efter segern, S. 56.*

<sup>45</sup> *Maiskij's Besuch in Palästina, bei dem er u. a. auch Golda Meir traf, gehörte zu den sowjetischen Versuchen, während des Zweiten Weltkriegs die Unterstützung der Juden zu gewinnen. Dabei kam es zu einer vorübergehenden Annäherung an die Zionisten, die ihrerseits ebenfalls ein Interesse an der Sowjetunion hatten, da deren Sieg über Hitler-Deutschland zum Überleben der Juden beitragen konnte.*

<sup>46</sup> *W. Brandt: Forbytere og andre tyskere, Oslo 1946, S. 78.*

<sup>47</sup> *Ebd., S. 78.*

<sup>48</sup> *W. Brandt: Norwegens Friheitskamp 1940-1945, Hamburg 1948, S. 143.*

<sup>49</sup> *Ebd., S. 83.*

<sup>50</sup> *Betr.: Berichte des damaligen US-Botschafters Hershel V. Johnson, Stockholm, vom 11. April 1944 [Vermerk von R. Wilke vom 21. April 1975 für Willy Brandt], in: AdSD, WBA, B 25.*

durchsetzte, dass sich die Lage der Juden in Deutschland, aber auch in vielen europäischen Staaten, derart verändert hatte, dass ein jüdisches Gemeinwesen in Palästina notwendig war. Dies schloss bei ihm aber gleichzeitig die Hoffnung auf eine Fortsetzung des Assimilationsprozesses und eine Rückkehr möglichst vieler Juden nach Deutschland nicht aus.

Solange wir nur über wenige Quellen aus den Jahren 1938 bis 1945 verfügen, müssen viele Fragen offen bleiben. Noch wissen wir nicht, durch wen Willy Brandt im Exil mit Wisengrad bekannt wurde, was er im Detail für die Overseas News Agency berichtete und welche Verbreitung seine Berichte in den USA fanden. Diese Berichte könnten möglicherweise auch Auskunft über Brandts Interesse an der Situation der europäischen Juden geben. Analysiert und erfasst werden müssten seine Artikel über die Verfolgung und Deportation der norwegischen Juden. Wir wissen nichts über seine Gespräche mit Szende, Karniol oder mit dem SAP-Mitglied Michael Wächter, der die Hechaluz-Sozialisten<sup>51</sup> im Stockholmer Arbeitskreis vertrat. Ob sich diese Fragen je werden beantworten lassen, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber vielleicht können die Bearbeiter der weiteren Bände der „Berliner Ausgabe“ Auskunft darüber geben, wie sich Brandt in späteren Jahren mit Fragen der Rückkehr von Juden nach Deutschland, der Niederlassung in Palästina/Israel, der Entschädigung und der Arbeit gegen den Antisemitismus nach dem Krieg beschäftigte.

<sup>51</sup> Der Hechaluz (Pionier), eine seit 1917 bestehende zionistische Weltorganisation, deren deutscher Landesverband 1922 gegründet wurde, verfolgte als Hauptaufgabe die Organisation jüdischer Einwanderung nach Palästina und deren Vorbereitung durch landwirtschaftliche Ausbildung.



*Willy Brandt und Schweden –  
Schweden und Willy Brandt*



WBA AdSD FES

*Zwei große Sozialdemokraten – der schwedische Regierungschef Olof Palme und der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt.*

Über „Willy Brandt und Schweden“ zu sprechen – so möchte ich vorausschicken – läßt aus Mangel an historischer wissenschaftlicher, d. h. quellenmäßig untermauerter Forschung zu eher persönlichen Reflexionen ein. Dennoch sei hier ein solcher Versuch gewagt, wobei ich die Perspektiven des Exils sehr weit dehnen will.

Willy Brandt lebte während des Zweiten Weltkrieges fünf Jahre lang in Schweden und hatte auch danach gute Beziehungen zu diesem Land und seinen Politikern. Aber er war in Schweden – anders als in Norwegen – nie zu Hause. Norwegen stand Willy Brandt weit näher als Schweden.<sup>1</sup> Und Norwegen dürfte ihn menschlich auch mehr geprägt haben, als Schweden es je konnte: Er war jünger, als er 1933 nach Norwegen kam, er war dort länger als in Schweden, war Mitglied politischer Organisationen des Landes und hatte familiäre Beziehungen.<sup>2</sup>

Das bedeutet nicht, dass Willy Brandt gleich wie ein Norweger oder Skandinavier aufgetreten wäre. Andererseits konnte er sich bald durchaus den Verhaltensmustern seiner Gastgeber anpassen. Zumindest der spätere schwedische Außenminister Torsten Nilsson, damals Vorsitzender des schwedischen sozialdemokratischen Jugendverbandes, fasste das so auf. So berichtete er von einer Diskussion 1935 in der Osloer Organisation des norwegischen Arbeiterjugendverbandes, bei der er Brandt zum ersten Mal traf. Man hatte Nilsson dorthin gerufen, weil er mithelfen sollte, die norwegische Arbeiterjugend in den sozialdemokratischen Heimathafen zurückzu-

- 1 So Willy Brandt auch in einem Gespräch mit dem Verfasser am 18. März 1979, Sonderwagen Hamburg Altona-Flensburg.
- 2 Dazu vor allem E. Lorenz: *Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940, Kiel 1989.* – Ich danke Martin Grass für die Durchsicht meines ersten Manuskripts und für fruchtbare Gesichtspunkte und Stellan Andersson (Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek/ ARAB, Stockholm) für seine Hilfe bei der Durchsicht von Olof Palmes Nachlass. – Zum Thema im Gesamtzusammenhang siehe E. Lorenz, K. Misgeld, H. Müssener, H. U. Petersen (Hrsg.): *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933 bis 1950, Hamburg 1998*; E. Lorenz: *Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933-1943, Baden-Baden 1992*; H. Müssener: *Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974*; K. Misgeld: *Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942-1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Uppsala/Bonn 1976. Über die Entwicklung der schwedischen Sozialdemokratie: Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Party in Sweden. Edited by K. Misgeld, K. Molin, and K. Åmark, University Park, Pennsylvania 1992.*

führen. Nilsson musste zu seiner Überraschung feststellen, dass der ihm von den Norwegern als Opponent gegenübergestellte Diskussionsgegner Deutscher war, fließend Norwegisch sprach und vor allem „vorsichtig, fast samtweich auftrat, was so gar nicht mit dem Bild von deutschen Rednern übereinstimmte, das ich mir angeeignet hatte“.<sup>3</sup>

Warum nun überhaupt über Willy Brandt und Schweden reden? Drei Gründe seien genannt:

Zum einen wurde Schweden immer wieder mit Brandts Namen und Tun in Verbindung gebracht, und zwar sowohl von ihm selbst als auch von anderen, im letzteren Fall oft auch negativ-kritisch.

Zum zweiten, weil dieses Schweden in der Zeit, um die es hier geht, d. h. von den dreißiger bis in die siebziger Jahre, auch nach Willy Brandts eigener Aussage als „Modell“ interessanter als Norwegen und somit auch in gewisser Beziehung für Brandt politisch relevanter war. Ich komme darauf zurück.

Als Drittes: Willy Brandt war für Schweden wichtig. Aus diesem Grund möchte ich am Schluss, in die entgegengesetzte Richtung sehend, etwas über Schweden und Brandt sagen.

### *Schwedische Jahre*

Willy Brandt kam im Juli 1940 nicht freiwillig nach Schweden, sondern floh vor den deutschen Besatzern Norwegens über die Grenze nach Osten. Er wollte eigentlich dort auch nicht bleiben. Seine Eingaben 1940 an die schwedischen Behörden, Verhörprotokolle und einige seiner von der schwedischen Sicherheitspolizei sorgfältig abfotografierten Briefe von 1941 vor allem in die USA legen nahe, dass er dorthin wollte.<sup>4</sup> Ob das der Fall war, weil er sich in dem ein- und abgeschlossenen Land nicht sicher fühlte, oder aus anderen Gründen, mag dahingestellt bleiben. Schweden behandelte ihn wie auch andere Flüchtlinge vor allem aus der deutschen „Linken“ zunächst nicht nur gut. Willy Brandt selbst schrieb noch 1941 mehrfach in seinen von der Sicherheitspolizei abgelichteten Briefen, dass man ihn gern loswerden wolle,

<sup>3</sup> T. Nilsson: *Lag eller nåve [Gesetz oder Faust]*, Stockholm 1980, S. 169. Diese und folgende Übersetzungen aus dem Schwedischen von mir. – Siehe auch den Beitrag von K. Kjeldstadli über die Situation innerhalb der norwegischen Arbeiterpartei während der dreißiger Jahre in diesem Heft.

<sup>4</sup> Reichsarchiv Stockholm (RA), Statens utlänningskommission [Ausländerkommission des schwedischen Staates], Centraldossier: Frahm, Herbert Ernst Karl; Allmänna Säkerhetstjänsten [Allgemeiner Sicherheitsdienst], F5 DC:16.

obwohl er doch seit August 1940 einen norwegischen Pass hatte.

Auch Brandt musste zunächst Bettelbriefe verschicken wie so viele andere in seiner Lage.<sup>5</sup> Von einer Erlaubnis, politisch zu arbeiten, konnte vor 1943 nicht die Rede sein. Er wurde in den ersten Jahren nicht nur überwacht, sondern landete 1941 auch ein paar Tage im Gefängnis.

Willy Brandt hat das alles später, z. B. in seinen Erinnerungsbüchern und 1984 in einer schwedischen Fernsehsendung von Hans Hederberg, diplomatisch heruntergespielt. Für Brandt als Freund der Sozialdemokraten eines Landes, das sowohl Norwegen als auch Berlin und Deutschland nach dem Krieg ansehnliche humanitäre Hilfen gewährt hatte, war wohl kaum etwas anderes denkbar.

Tatsächlich fühlte Brandt sich denn auch bald in Schweden wohl und wollte bleiben, wie die Sicherheitspolizei in seinen Briefen nachlesen konnte. Es ging ihm immer besser, besser als das bei fast allen anderen politischen Flüchtlingen der Fall war. Als Norweger wurde er schließlich auch nicht wie die deutschen Flüchtlinge behandelt, er bekam gute Freunde, hatte als Journalist ein gutes Auskommen – und sah durchaus Zukunftsperspektiven.

Interessant und bedeutend ist es, dass er sich in Rede und Schrift wieder mehr und mehr Deutschland zuwandte, je schlechter es dem deutschen Volk in jener Zeit ging und je besser ihm selbst. Das hätte ja nicht so sein müssen! Um so weniger erfreulich, wenn auch erklärbar ist, dass viele der Verleumdungen über Willy Brandt, wie sie dann ab Ende der vierziger Jahre in der Bundesrepublik im Schwange waren, teilweise auch aus Kreisen deutscher sozialdemokratischer Flüchtlinge in Schweden kamen. Dafür gibt es in Stockholm im Archiv und der Bibliothek der Arbeiterbewegung Belege.<sup>6</sup>

Doch zurück zu dem, was Schweden für Brandt interessant machen konnte. Seine intensiveren Kontakte mit schwedischen Spitzenpolitikern stammen erst aus der Nachkriegszeit, vor allem aus der Zeit ab 1948, als eine neue Generation, mit Tage Erländer an der Spitze, die Partelführung übernommen hatte.<sup>7</sup> Brandt betonte allerdings immer wieder, wie wichtig die Erfahrungen des „Draußen“ für den eigenen

<sup>5</sup> Z. B.: H.E.K. Frahm an Svenska Hjälpkommittén för Spanien [Schwedisches Hilfskomitee für Spanien]/Georg Branting, 30. Juli und 11. August 1940, ARAB, Bd. 1 in der Sammlung des Komitees.

<sup>6</sup> ARAB, z. B. Nachlass Kurt Heinig, Heinigs Korrespondenz mit deutschen Sozialdemokraten.

<sup>7</sup> So Brandt auch auf meine direkte Frage hin, 18. März 1979; ebenso Tage Erländer im Interview, Bommersvik 14. Januar 1977. – Illustriert werden könnte dies auch durch die internationale Korrespondenz des Partelvorstands der schwedischen Sozialdemokratischen Partei (ARAB) und entsprechende Quellen im Willy-Brandt-Archiv (Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung) bzw. in Olof Palmes Nachlass (ARAB).

Neubeginn in Deutschland gewesen seien, vor allem die Kenntnis schwedischer, auch theoretischer, sozialistischer Diskussionen. Kurt Schumacher und der Großteil seiner Generation – so Brandt in der Rückschau – seien von solchen Diskussionen ja abgeschnitten gewesen und hätten dort wieder angefangen, wo sie 1933 aufgehört hatten.<sup>8</sup>

Hier soll auch daran erinnert werden, dass es in den ersten Nachkriegsjahren durchaus aus deutscher Sicht opportun gewesen sein konnte, sich auf schwedische Erfahrungen zu berufen und z. B. schwedische Referenten zu den ersten Parteitagungen der SPD einzuladen, weil Schweden nicht zu den „Kriegsgegnern“ des nationalsozialistischen Deutschland gehört hatte – ein heute sicherlich merkwürdig klingender Gesichtspunkt, aber doch eine Realität der ersten Nachkriegszeit!

### *Briefe und Gespräche*

Lassen Sie mich aber nun einen großen Sprung machen und in meinen eher stichwortartigen Kommentaren von dem Büchlein „Briefe und Gespräche“ (1975) ausgehen, einem Gedankenaustausch zwischen den drei Parteivorsitzenden Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme mit ihren – wenn ich das so sagen darf – je eigenen und so verschiedenen Schwedenerfahrungen.<sup>9</sup> Die Initiative zu dem Buch kam aus Deutschland, und Brandts Hoffnung war es ursprünglich, dass das Manuskript schon im Sommer 1972 vorliegen würde.<sup>10</sup>

1972, zu Beginn des Briefwechsels, waren alle drei Korrespondenzpartner Parteivorsitzende und Regierungschefs. Zum Zeitpunkt des abschließenden Gesprächs in Wien im Mai 1975 war Willy Brandt nicht mehr Kanzler, wohl aber weiterhin Vorsitzender der führenden Regierungspartei der Bundesrepublik. Ein gutes Jahr später trat dann das ein, was als kleinere weltgeschichtliche Sensation in Nordeuropa bezeichnet werden könnte, nämlich dass Olof Palme und die schwedische Sozialdemokratie bei den Wahlen im September 1976 eine Niederlage erlitten und in die Opposition gehen mussten. So etwas hatte es seit 1932 (von ein paar

<sup>8</sup> „Draußen“ – So der Titel seines Buches von 1966: *Draußen. Schriften während der Emigration*. Hrsg. von G. Struve, München 1966. – Über Schumacher im Gespräch am 18. März 1979.

<sup>9</sup> W. Brandt, B. Kreisky, O. Palme: *Briefe und Gespräche 1972 bis 1975*, Frankfurt/Main-Köln 1975 (Schwedisch: Stockholm 1976). Das Buch ist dann auch in vielen anderen Sprachen erschienen. – Die Verweise im Folgenden beziehen sich auf die erste deutschsprachige Ausgabe.

<sup>10</sup> „Lieber Bruno, lieber Olof, Bonn, 17. Februar 1972“, Nachlass Olof Palme 3.2/075, ARAB Seminar über den Politiker Olof Palme, ARAB.

Monaten im Sommer 1936 abgesehen) nicht mehr gegeben. Olof Palme tat sich übrigens, soweit ich das den Briefen in seinem Nachlass entnehmen kann, schon 1973 aus Zeitmangel schwer damit, den Briefwechsel fortzusetzen.

Abgesehen von diesen Kontakten fanden natürlich laufend Gespräche zwischen den drei Parteivorsitzenden statt. Olof Palmes früherer enger Mitarbeiter Anders Färm drückte das in einer Diskussion neulich so aus: Brandt, Kreisky und Palme waren „wie eine Familie“, wobei der Jüngste von den dreien, Olof Palme, ein Idealist mit einer sehr optimistischen Auffassung über seine Mitmenschen, die Welt mit anderen Augen sah als die beiden Älteren, zwei auf Grund ihrer eigenen Lebenserfahrungen desillusionierten Skeptikern.“

„Briefe und Gespräche“ geben zum Thema „Willy Brandt und Schweden“ in direkten Formulierungen nicht viel her. Und natürlich ist der Rahmen der für alle drei gemeinsamen und relevanten Erfahrungen weit größer und komplizierter, als dass Schweden hier die zentrale Rolle hätte spielen können.“ Und dennoch gibt es hier Ansatzpunkte, die von Interesse sind mit Blick auf die gemeinsamen schwedischen Erfahrungen der drei Sozialdemokraten. Dabei handelt es sich um kleine Ausschnitte aus dem in diesem Buch dokumentierten Briefwechsel Brandts, Kreiskys und Palmes mit seinen vielen gemeinsamen Gedanken und ihren Gesprächen mit weitreichenden Perspektiven.<sup>11</sup>

Zunächst als allgemeine, aber wichtige Voraussetzung, auch wenn sie banal klin-

<sup>11</sup> *Seminar über den Politiker Olof Palme, ARAB 27. Januar 2000. – Bruno Kreisky: 1911-1990; Willy Brandt: 1913-1992; Olof Palme: 1927-1986.*

<sup>12</sup> Hier sei ein kurzer Kommentar zur Verfälschung einfügung. Wer von den jeweiligen Mitarbeitern der drei Vorsitzenden was geschrieben hat, finde ich wenig relevant. Auch wenn verschiedene Mitarbeiter Entwürfe verfasst haben, so taten sie das zweifellos im Sinne Ihrer Auftraggeber. Sicher ist, dass die Auftraggeber die eventuellen Entwürfe korrigiert und bearbeitet haben. Nach Willy Brandts Aussage (Gespräch 18. März 1979) sprachen die drei, wenn sie sich nicht öffentlich trafen, „Skandinavisch“, doch die Briefe schrieb jeder in seiner eigenen Sprache. – In Olof Palmes Nachlass befinden sich mindestens zwei seiner drei Originaltexte auf Schwedisch. Die deutschen Übersetzungen hat Palme mit Randaufmerkungen versehen: Briefe vom 17. März 1972 und 29. April 1974, mit Begleitschreiben, u. a. zum Brief vom 29. April 1974, unter den Nummern 2.3/013 und 2.4.0/035, deutscher Text unter 3.2/172; Schreiben der Schwedischen Botschaft in Bonn vom 29. August 1974 an Pierre Schörl in der Staatskanzlei, zur in Bonn erstellten Übersetzung ins Deutsche, die dann aber in Schweden weiter bearbeitet wurde, zur in Bonn erstellten Übersetzung ins Deutsche, die dann aber in Schweden weiter bearbeitet wurde, unter 3.2/172. Den Brief Palmes vom 10. Mai 1973 habe ich allerdings nicht auffinden können. Palme hat auch in Willy Brandts Briefen Unterstreichungen vorgenommen, also konkret damit gearbeitet. In seinem Begleitschreiben vom 2. Mai 1974 zum Brief vom 29. April 1974 schreibt Palme auf Schwedisch: „Hiermit sende ich endlich den Brief, von dem wir in Paris gesprochen haben. Die Übersetzung ins Deutsche kommt bald. Es stecken da recht viel Arbeit und Nachdenken drin, auch wenn alles noch etwas unfertig ist.“ Einen entsprechenden Verweis auf Anstrengungen Bruno Kreiskys macht Brandt in einem Brief an Palme vom 9. Juli 1974; beide Schreiben im Nachlass Olof Palme 3.2/066.

<sup>13</sup> Ich muss hier auch einschränkend bemerken, dass ich mich bis jetzt nur etwas mit den Dokumenten in Olof Palmes Nachlass befassen konnte, nicht aber mit denen im Willy-Brandt – und im Bruno-Kreisky-Ar-

gen mag: Olof Palmes Schweden ist ein anderes Land als das, das Brandt 1945 und Kreisky 1951 verlassen haben, als das Schweden von Per Albin Hansson (Ministerpräsident 1932 bis 1946) oder auch von Tage Erlander (1946 bis 1969). Die zeitliche Verschiebung ist von Bedeutung, nicht zuletzt hinsichtlich der Terminologie der drei. Insofern beziehen sich also scheinbar gemeinsame schwedische Erfahrungen Willy Brandts, Bruno Kreiskys und Olof Palmes nicht direkt auf das gleiche Land. Wahr ist aber wohl, dass Brandt und Kreisky zeit ihres Lebens Schweden und seine Entwicklung genau verfolgten und dies eben auf der Basis einer durch eigenes Erleben erworbenen, gründlichen Kenntnis des Landes.

Interessant ist es auch, genauer hinzusehen auf die programmatischen Verweise der drei Verfasser. Willy Brandt kennt sich sehr gut aus in der langen Tradition der deutschen Sozialdemokratie, verweist aber vor allem häufig auf das Godesberger Programm von 1959, und zwar sowohl als Quelle der Inspiration wie auch als Gegenstand der Apologie.<sup>14</sup> Bruno Kreisky verweist oft auf Traditionen des österreichischen Sozialismus, gar des Austro-Marxismus, aber auch auf das Wiener Programm der SPÖ von 1958.<sup>15</sup> Beide beziehen sich natürlich ebenso mehrfach auf laufende programmatische Arbeiten, Brandt vor allem auf den damals zur Diskussion stehenden „Orientierungsrahmen ‘85“ (S. 105).<sup>16</sup>

Bei Palme ist das etwas anders. In diesen Jahren, 1972-1975, wurde ein neues schwedisches Parteiprogramm formuliert, das 1975 vom Parteitag angenommen wurde.<sup>17</sup> Dieses Programm ist umfassender, optimistischer, radikaler und vor allem internationalistischer orientiert als das vorhergehende schwedische sozialdemokratische Nachkriegsprogramm von 1960. Es ist ein typisches Zeugnis der frühen siebziger Jahre, als „alles Politik“ und „Politik alles“ war. Es enthält eine Menge von allgemeinen, selbstsicheren Überlegungen zu den meisten Lebensbereichen. Das Programm, das auch eine harte Abrechnung mit dem Kommunismus enthält, baut auf einem festen Glauben an Veränderbarkeit durch Politik: Politik är att vilja – „Politik

*chiv, und auch keine gründlicheren Studien über die Entstehungsgeschichte der verschiedenen Dokumente und relevanten Einflüsse betrieben habe.*

<sup>14</sup> Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1959, in: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*. Hrsg. und eingeleitet von D. Dowe und K. Klotzbach, Berlin/Bonn 1973, S. 349-371.

<sup>15</sup> *Das Neue Programm der SPÖ 1958*, in: *Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme*. Mit einer Einleitung von E. Winkler, Wien 1971, S. 81-103.

<sup>16</sup> *Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985*. Mit einem Geleitwort von W. Brandt, Bonn 1976.

<sup>17</sup> *Deutsche Ausgabe: Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens*. Angenommen auf dem Parteitagskongress 1975, Stockholm 1976.

bedeutet: etwas wollen“, so lautet eine berühmte Formulierung Olof Palmes.<sup>18</sup> – Wenn etwas an Unterschieden aus „Briefe und Gespräche“ herauszulesen ist, dann vermutlich, dass weder Willy Brandt noch Bruno Kreisky in ihren jeweiligen Parteien zu diesem Zeitpunkt für ein solches Programm hätten wirken können oder wollen.

Um den Vergleich – jenseits des Programmatischen – zu vervollständigen, soll hier auf eine Phasenverschiebung hingewiesen werden, was den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Deutschland, Österreich und Schweden betrifft. Schweden stand damals noch als das reiche Land im Norden da, ohne größere wirtschaftliche und soziale Probleme, immer noch die Früchte des doppelten Verdienstes – erst am Krieg der anderen, dann an deren Wiederaufbau – genießend. Aus der heutigen Perspektive ist aber deutlich, dass sich seit Ende der sechziger Jahre, d. h. zeitlich (nicht ursächlich) zusammenfallend mit der Wahl Olof Palmes zum Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten, ein langfristiger wirtschaftlicher Wachstumsverlust ankündigte, der schon vor der Energiekrise im Herbst 1973 begann. Schwedens „goldene Jahre“, die „goldenen Jahre des Modells“, erstrecken sich eigentlich nur über eine relativ kurze Spanne in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren, also den Zeitraum, in dem auch Bruno Kreisky nicht mehr in Schweden weilte und die „Briefe und Gespräche“ noch nicht erschienen waren.

#### *Unterschiedliche „Modelle“?*

Schweden und die schwedische Sozialdemokratie sind also keine eindeutigen Kategorien für die drei Korrespondenten und Diskutanten, einmal abgesehen von den Altersunterschieden, die Willy Brandt anspricht (S. 17). Doch es gibt interessante Formulierungen, eher andeutungsweise, die auf gemeinsame Wurzeln und geteilte Erfahrungen hindeuten können. Am 17. Februar 1972 etwa umschreibt der SPD-Vorsitzende den „zivilisierten demokratischen Staat“ mit Worten, die an übliche Definitionen erinnern, aber ebenfalls unmittelbar an schwedische Begriffe – z. B. an das unübersetzbare Wort *samhälle* und an das oft benutzte *folkhem* (von Brandt übersetzt mit „Heimstätte des Volkes“) – dann nämlich, wenn er von der „organisierten Rechtsgemeinschaft des Volkes“ spricht, „mit dem Auftrag, für Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit zu sorgen“ (S. 15).

*Folkhem* oder *Medborgarhem*, *Medborgarnas samhälle* – „Heimstätte des Volkes“

<sup>18</sup> So auch der Titel einer Ausgabe von Palmes älteren Reden: *O. Palme: Politik är att vilja*, Stockholm 1968.

oder auch „Heimstätte“ bzw. „Gemeinsamkeit der Mitbürger“:

„Das Fundament einer Heimstätte [dt. eher: Familie] sind Gemeinschaft und Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese gute Heimstätte kennt keine Privilegierten oder Hintangesetzten, keine Hätschel- und Stiefkinder. Da sieht nicht der eine auf den anderen herab, da versucht nicht der eine, sich auf Kosten des anderen Vorteile zu verschaffen; der Starke unterdrückt und plündert nicht den Schwachen. In der guten Heimstätte herrschen Gleichheit, Umsicht, Zusammenarbeit, Hilfsbereitschaft. Angewendet auf die große Volks- und Mitbürgerheimstätte würde dies den Abbruch aller sozialen und wirtschaftlichen Schranken bedeuten, die die Mitbürger nun voneinander trennen als Privilegierte und Hintangesetzte, Herrschende und Abhängige, Reiche und Arme, Besitzende und Verarmte, Plünderer und Ausgeplünderte.“

Diese in den dreißiger Jahren und weiterhin so häufig zitierten, klassischen, ursprünglich allerdings als Kritik an der liberalen Regierung Schwedens formulierten Sätze des damaligen Parteivorsitzenden Per Albin Hansson von 1928 müssen den politischen Flüchtlingen in Schweden in den Ohren geklungen haben.<sup>19</sup> Auch wenn diese Formulierungen an ein sozusagen demokratisch-patriarchalisches Familienmodell erinnern können, übertragen auf ein ganzes Volk, und durchaus auch Assoziationen an konservative Gemeinschaftsvorstellungen oder gar an eine nationalsozialistische Rhetorik möglich sind, handelte es sich im damaligen Kontext in Wirklichkeit um eine radikale Alternative. Die Wirkung solcher Erklärungen und ihrer politischen Folgen auf Flüchtlinge, die das Scheitern ihrer Ideen und lebensbedrohende Polarisierungen erlebt hatten, darf nicht unterschätzt werden.

„Heimstätte des Volkes“ – dieser ursprünglich also eher konservative Begriff, von den schwedischen Sozialdemokraten sozusagen erobert und umgemodelt, kehrt bei Willy Brandt mehrfach wieder. Zum Beispiel: Eine mit „lebhaftem Beifall“ quittierte Formulierung von Willy Brandt 1960 in seiner Rede nach seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten vor dem Parteitag der SPD lautete: „Ich bin stolz auf meine Lehr- und Wanderjahre im skandinavischen Norden, die mir Erfahrungen brachten, [...] Einsichten, wie man einen Rechtsstaat umgestaltet in eine wahre Heimstätte des Volkes.“<sup>20</sup> Folkhem: Bei Bruno Kreisky wird daraus „sozialer Patriotismus“ (ein ins Positive gewendetes Schimpfwort der Kommunisten), bei Willy Brandt eine „wahre

<sup>19</sup> Es handelt sich um die Umformulierung eines spätestens ab 1912 verwendeten Begriffes. Das Zitat nach der Rede von Per Albin Hansson in der 2. Kammer des schwedischen Reichstages, 18. Januar 1928. Zu Umständen der Rede, den Intentionen von Hansson und späteren Umformulierungen siehe A. Isaksson: *Per Albin, III, Partiledaren*, Stockholm 1996, S. 318 ff.

<sup>20</sup> Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover 21. bis 25. November 1960, Bonn o. J., S. 661; auch in: W. Brandt: *Mit Herz und Hand*.

Heimstätte des Volkes.“

Brandt erinnert also an dieses Bild, und so wage ich es auch, der genannten Formulierung in den „Briefen und Gesprächen“ eine solche Deutung zu unterlegen. Die „Politik der Heimstätte des Volkes“ ist aber nicht unbedingt eine Politik der Planwirtschaft, wie sie Olof Palme dagegen in seinem Brief vom 17. März 1972 beschwört (S. 18, 23): Er will die Gesellschaft nicht nur „verwalten“, sondern sie „verändern“ – eine Formulierung, die zum üblichen Bild von Olof Palme passt, auch wenn dieser nach allem, was wir über ihn wissen, zumindest was wirtschaftliche Eigentumsverhältnisse betrifft, kaum zu sehr weitgehenden Veränderungen neigte. Willy Brandt, deute ich seinen Brief vom 17. September 1972 recht (S. 36), setzt andere Akzente. Er ist gar nicht so sehr für das „Revolutionäre“ und will auch in der Sozialistischen Internationale einen solchen „Hang zum Revolutionären zurückdrängen“ (S. 44). Es geht ihm um „mehr praktische Kleinarbeit“, so wie er es auch mehrfach in seinen Büchern in Bezug auf Schweden hervorhebt.<sup>21</sup> Er spricht also gerade so, wie es auch Tage Erlander gelegentlich tat, z. B. 1950 in Kopenhagen vor den Parteien der späteren Sozialistischen Internationale, als er kundtat, die schwedische Sozialdemokratie halte nicht so viel von großen Programmen, sondern wolle eher konkrete praktische Resultate sehen.<sup>22</sup> Mag sein, dass Willy Brandt dies seinerzeit gehört hat. Oder wie es am 1. Mai 1939 der damalige schwedische Außenminister und Sozialdemokrat Rickard Sandler formulierte, den Brandt ja persönlich kannte: Die Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie sei geprägt vom „praktischen Tun mehr als von einem theoretischen Gebäude der Gedanken“.<sup>24</sup>

Auch in einigen anderen Punkten sind Brandt und Palme nicht unbedingt völlig einer Meinung, z. B. was die Sicherheitspolitik, die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt und die Befreiungsbewegungen betrifft<sup>25</sup> – bei grundsätzlicher Übereinstimmung, was die Notwendigkeit der später (von der so genannten Palme-Kommission,

*Ein Mann in der Bewährung*, Hannover 1962, S. 25; vgl. auch W. Brandt: *Skandinavische Demokratie*, in: *Das sozialistische Jahrhundert*, 2 (1948) 11/12, S. 161f.

<sup>21</sup> Siehe B. Kreisky: *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, Kap. 14, bes. S. 377. Ähnlich Kreisky im Gespräch in Wien/Ballhausplatz am 5. Juli 1977.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. W. Brandt: *Erinnerungen*, Berlin-Frankfurt/M. 1989, S. 98-107, 427f.

<sup>23</sup> Zu den Kopenhagener Diskussionen siehe K. Misgeld: *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945-1955*, Frankfurt/M.-New York 1984, S. 293.

<sup>24</sup> R. Sandler: *Strömväxlingar och lårdomar*, Stockholm 1939, S. 302.

<sup>25</sup> Hier dachte auch Bruno Kreisky etwas anders als Palme; 15. April 1975, S. 114, 117. – Zu den unterschiedlichen Ausgangspunkten von Palme bzw. Brandt in der Vietnamfrage liegt in Olof Palmes Nachlass ebenfalls zumindest ein Briefwechsel vor.

mit u. a. Egon Bahr) formulierten Politik der „gemeinsamen Sicherheit“<sup>26</sup> und des gemeinsamen Engagements in und durch die Sozialistische Internationale für die Dritte Welt,<sup>27</sup> Abrüstung und Frieden angeht. Dass dieses Interesse ein gemeinsames war, ist ja bekannt.

Da es in diesem Zusammenhang aber um Fragestellungen geht, die eventuell auf Willy Brandts Schwedenerfahrungen bezogen werden können, kann hier eben nur angedeutet werden, dass für die fünfziger und sechziger Jahre ganz sicher ein Unterschied im außen- und sicherheitspolitischen Denken Brandts, verglichen mit dem in Schweden herrschenden, vorliegt. Die NATO-Einbindung der Bundesrepublik war für den Berliner Willy Brandt einfach notwendig, gleichzeitig mit der zumindest offiziell nicht aufgegebenen Forderung nach einer Wiedervereinigung – der deutschen „Lebenslüge“, wie es damals allerdings gelegentlich auch schon hieß. Die NATO-Mitgliedschaft bejahte man für die Bundesrepublik und West-Berlin auch in Schweden, obschon weniger laut; in der Frage der Überwindung der deutschen Teilung verhielt es sich nicht ganz so. In Wirklichkeit waren viele in der schwedischen Sozialdemokratie lange eigentlich nicht unbedingt so sehr für eine deutsche Wiedervereinigung.<sup>28</sup> Mit Olof Palme sah es dann allerdings anders aus. Er rechnete sogar mit einer Wiederherstellung der deutschen Einheit als Ergebnis einer notwendigen Entwicklung – einer Entwicklung, die Brandt selbst als Außenminister und Kanzler der Bundesrepublik nicht aktiv vorwärts treiben konnte und durfte.<sup>29</sup> Dies also nur als Einschub.

Und zu fragen ist auch: Artikulieren sich in „Briefe und Gespräche“ Vertreter einer „dritten Kraft“ der internationalen Sozialdemokratie zwischen Kapitalismus und Kommunismus, so wie es manche Kommentatoren sehen wollten?<sup>30</sup> Die Texte geben

<sup>26</sup> Siehe Der Palme - Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit "Common Security", Berlin 1982.

<sup>27</sup> Brandt als Vorsitzender der sogenannten Nord-Süd-Kommission, 1977-1983. Siehe Der Brandt-Report. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Frankfurt/Berlin/Wien 1981. Umfangreiches Archivmaterial auch im Nachlass Olof Palme, ARAB.

<sup>28</sup> Auch Willy Brandt beurteilte so – etwa im Gespräch 18. März 1979 – die Haltung der schwedischen Sozialdemokratie. Meiner Kenntnis nach bewertete Tage Erlander ebenfalls den „Vorteil“ einer Wiedervereinigung eher zurückhaltend; siehe Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden, Kap. 14.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. Interview in der Frankfurter Rundschau, 18. März 1970; R. Zundel: Seit Erfurt ist alles anders, in: Die Zeit, 9. März 1990. – Als Ich Olof Palme, damals Oppositionsführer, am 9. Februar 1982 im Reichstag in Stockholm zu seiner Auffassung von Deutschlands Teilung befragte, erklärte er ausdrücklich, dass er mit einer Wiedervereinigung rechne.

nicht viel für eine solche Annahme her, obwohl dies nahe liegen könnte. Doch auch hier gibt es eine Traditionslinie aus dem Exil. Das häufig zitierte Dokument „Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten“, 1942/43 in Stockholm auf der Grundlage norwegischer Vorlagen erarbeitet und unter maßgeblichem Einfluss von Willy Brandt am 1. Mai 1943 als Grundsatzdokument der so genannten „Kleinen Internationale in Stockholm“ angenommen, enthält Gedanken, die von großem Interesse sind für die spätere politische Arbeit Willy Brandts, z. B. für seine so genannte Ostpolitik.<sup>31</sup> Festzuhalten ist dabei, dass Brandt selbst diese Friedensziele nicht in ihrer Gesamtheit publizieren wollte – ebenso wenig wie der sudetendeutsche Bundestagsabgeordnete und ehemalige Vorsitzende dieser „Kleinen Internationalen“ Ernst Paul. Der Grund lag auf der Hand: In den sechziger Jahren, besonders in den Bundestagswahlkämpfen 1960/61 und 1965 war es, wie auch ein Blick in das schon zitierte, 1966 publizierte „Draußen“ zeigt, für einen Kanzlerkandidaten der SPD in der Bundesrepublik nicht opportun, auf Sätze zu verweisen, in denen u. a. gerade im Sinne der Vorstellungen einer „dritten Kraft“ der internationalen Sozialdemokratie von einem Verständnis für die Sowjetunion und einer zukünftigen Zusammenarbeit mit ihr die Rede war; vor allem dann nicht, wenn diese Sätze in einem neutralen, nun bündnisfreien, d. h. fast per definitionem auf einen Ausgleich zwischen Ost und West bedachten Land wie Schweden entstanden waren.<sup>32</sup> Übrigens hatte auch in Schweden der Begriff „dritte Kraft“ zumindest nach den Diskussionen der fünfziger Jahre seine Bedeutung verloren.

Zurück zu den „Briefen und Gesprächen“. Dass Brandt eher in der Terminologie der demokratischen „Heimstätte des Volkes“ dachte als Palme, wird eventuell auch an anderen Stellen deutlich. Doch haben natürlich nicht alle Unterschiede zwischen schwedischem und deutschem Denken, die Brandt aufzeigt, damit zu tun; das gilt z. B. für die verschiedenen, damals in Schweden und in der Bundesrepublik diskutierten Modelle der Mitbestimmung, so in seinem Brief vom 30. Juli 1973 (S. 73f.).<sup>33</sup> Aber vielleicht kann man diese unterschiedlichen Vorstellungen oder Begrifflichkeiten auch dort nachempfinden, wo Brandt im selben Brief von der Verschiedenheit der

<sup>30</sup> So etwa N. Grunenberg in ihrem Bericht in „Die Zeit“ vom 20. Juni 1980 anlässlich der Osloer Tagung der Führer der Sozialistischen Internationale; es ging u. a. um den Dialog mit dem Iran und die Geiseln in der US-Botschaft in Teheran.

<sup>31</sup> Ausführlich dazu Misgeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“.

<sup>32</sup> Vgl. dazu näher Diskussion in ebd., S. 92 ff.

<sup>33</sup> In Deutschland – so ist im Brief Brandts nachzulesen – gehe es um Unternehmensunterscheidungen, in Schweden um Arbeitsplatz und Arbeitsmilieu; doch nun würden sich beide Konzeptionen einander annähern.

Konzepte der Vermögensbildung spricht (S. 76). Er schien nicht viel von dem zu halten, was in Schweden als Lohnempfängerfonds bezeichnet wird, und diese damals in diesem Zusammenhang geäußerten Vorschläge gingen ja auch weit über das „Modell“ des folkhem hinaus. Übrigens war selbst Palme in Wirklichkeit kein Freund dieses Gedankens, der tatsächlich von einem anderen ehemaligen deutschen Flüchtling, Rudolf Meidner, aus Deutschland und Österreich nach Schweden importiert und dort im Namen der Gewerkschaftsbewegung radikalisiert worden war.<sup>34</sup> Auch in dem Schlangenbader Gespräch vom 2. Dezember 1973, in dem die drei Sozialdemokraten von der Lage nach dem Yom-Kippur-Krieg und der so genannten Ölkrise ausgehen, zeigt sich Willy Brandt im Vergleich mit sowohl Palme wie auch Kreisky wieder eher zurückhaltend in Bezug auf ein planwirtschaftliches Denken (S. 80/81). Dagegen ist er mit Palme einer Meinung, was die Notwendigkeit einer weiter vorwärtsgetriebenen oder zumindest nicht gebremsten Verteilungsgerechtigkeit (fördehningspolitiken) betrifft: sozusagen eine Radikalisierung des Gedankens der „Heimstätte des Volkes“ in moderner Form (S. 83/84).

Ansonsten ist es eher Bruno Kreisky, der auf schwedische Formulierungen und Erfahrungen zurückgreift, so z. B. in dem abschließenden Wiener Gespräch am 25. Mai 1975, und zwar besonders dort, wo es um eine aktive Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht. Er benutzt eine Formulierung des ehemaligen schwedischen Finanzministers und Theoretikers Ernst Wigforss: „Wir sind nicht reich genug, um Arbeitslosigkeit zu tolerieren“ (S. 125).<sup>35</sup> Es ist auch Kreisky, der deutsch-schwedisch-österreichische Gemeinschaftsprojekte in Entwicklungsländern vorschlägt, z. B. in Afrika. Brandts und Palmes Antworten lauten eher wie ein „vielleicht“.

Zusammengefasst und vieles überspringend: Schweden ist kein explizites, eher ein implizites Thema in den „Briefen und Gesprächen“, wenn man von Olof Palmes Rückgriffen auf die eigenen Erfahrungen und seinen Verweisen auf die eigene Politik absieht. Willy Brandt hatte anderes im Kopf. Dennoch ist es gerechtfertigt zu fragen, ob da nicht gewisse schwedische Erfahrungen mitspielten. „Schwedens Sozialdemokraten“ 1969

34 R. Meidner: *Om löntagarfonder*, Stockholm 1981, S. 12 ff.; über Olof Palmes Auffassung siehe B. Elmbrant: *Palme*, Stockholm 1989, S. 184 f.

35 So Kreisky nach einer von Wigforss verfassten Wahlschrift von 1932 mit dem provozierenden Titel: *Har vi råd att arbeta? [Können wir es uns leisten zu arbeiten?]*.

Ich will hier nun auch einen anderen Text heranziehen, nämlich einen Artikel von Willy Brandt aus dem Jahr 1969, geschrieben für eine Festschrift für Tage Erlander.<sup>36</sup> Das Buch erschien anlässlich des altersbedingten Rücktritts von Tage Erlander vom Amt des Parteivorsitzenden und des Regierungschefs, die er 23 Jahre innegehabt hat. Brandts Artikel beginnt unter Bezugnahme auf das besonders in Schweden populäre Buch von Marquis W. Childs „Sweden - the Middle Way“ aus dem Jahr 1936.<sup>37</sup> Das Buch war auch von anderen deutschen sozialdemokratischen Flüchtlingen, z. B. Kurt Heinig, in Deutschland bekannt gemacht worden.<sup>38</sup> Brandt nuancierte gleich: Es ginge nicht um Kompromisse, sondern um einen „eigenen schwedischen Weg“, ausgehend von „eigenen demokratischen Wertvorstellungen“, pragmatisch, doch nicht opportunistisch, sondern „grundlegende demokratische Freiheiten und den erstrebten sozialen Ausgleich“ undogmatisch miteinander verbindend (S. 335). Dieser Weg habe erst nach dem Krieg wirklich Aufmerksamkeit gefunden, in allen „drei“ Welten, und dies in zunehmendem Maße.

Hier fügte Brandt wieder einen Satz ein, den er auch in anderen Texten mehrfach benutzt hat: „Ich gehöre zu denjenigen, die die Sozialdemokratie skandinavischer Prägung während der Nazi- und Kriegsjahre selbst erlebten, davon lernten und für diese Erfahrung dankbar bleiben“ (S. 335). Worauf er verweisen will ist, dass die einzelnen Reformmaßnahmen im so genannten „sozialen Laboratorium“ Schweden (S. 335) eigentlich nicht sehr bedeutend aussähen, sondern erst das Reformwerk als Ganzes, das in fünf Jahrzehnten langsam herangewachsen sei und die schwedische

36 *Den svenska socialdemokratin och omvärlden [Die schwedische Sozialdemokratie und die Umwelt], in: Idéerna som drivkraft. En vänbok till Tage Erlander [Ideen als treibende Kraft. Ein Buch für Tage Erlander von seinen Freunden]*, Stockholm 1969, S. 25-41. Der Artikel erschien unter dem Titel „Schwedens Sozialdemokraten – wie andere sie sehen und was sie für andere bedeuten“ auch in *Die Neue Gesellschaft* 16 (1969), S. 335-343. Die folgenden Verweise beziehen sich auf diese deutschsprachige Version. 16 (1969), S. 335-343. Die folgenden Verweise beziehen sich auf diese deutschsprachige Version. Der Hauptteil des Artikels wurde – so seine eigene Aussage mir gegenüber in Bonn im November 1978 – dem damaligen schwedischen Generalkonsul in Berlin, dem späteren Botschafter in Bonn, Sven Backlund, vom damaligen schwedischen Generalkonsul in Berlin, dem späteren Botschafter in Bonn, Sven Backlund, vom damaligen schwedischen Generalkonsul in Berlin, dem späteren Botschafter in Bonn, Sven Backlund, verfasst. Doch wiederum: Es handelt sich zweifelsohne um Willy Brandts eigene Auffassung, auch wenn gewisse Angaben über den historischen Hintergrund nicht von ihm selbst besorgt worden waren. Sven Backlund spielte eine besondere Rolle im Berliner wie im Bonner Milieu. So fand z. B. 1966 Brandts erstes Treffen mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, in der Westberliner Residenz Backlunds statt. Siehe auch Brandt, *Erinnerungen*, S. 174, und Backlund im Gespräch November 1978. – Backlunds Vater (mit dem gleichen Vornamen) war während des Krieges eine der wichtigsten Persönlichkeiten für Norweger in Schweden und Willy Brandt gut bekannt. In dem genannten Jahrgang und in den folgenden der „Neuen Gesellschaft“ finden sich übrigens eine Reihe auf Schweden bezogener Artikel, u. a. von und über Olof Palme.

37 Neuauflage New Haven, Yale 1961.

38 Vgl. K. Heinig: *Der schwedische Mittelweg – Soziale Sicherheit*, Hamburg 1947 (2. Aufl. 1949).

Gesellschaft allmählich, aber entscheidend veränderte habe. Dieser schwedische Reformismus habe einen anderen Weg genommen, als alle bis dahin vorherrschenden sozialistischen Theorien vorausgesagt hätten, und er provoziere damit auch durchaus keineswegs zu einheitlichen oder gar nur positiven Reaktionen (S. 336). Brandt hielt aber fest: „Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich die schwedischen Experimente mittlerweile zu großen Erfolgen gehäuft haben“ (S. 336).

Anders ausgedrückt: Die schwedischen Erfolge zählen mehr als die reine sozialistische Lehre. Dies ist 1968/69 eine wichtige Markierung. Allerdings schloss Brandt hier den kritischen Gesichtspunkt an, „dass die schwedischen Sozialdemokraten sich nicht sehr systematisch und kontinuierlich für die internationalen Probleme der Arbeiterbewegung und des Sozialismus interessiert haben“ (S. 336). Die Schweden selbst würden diese Zurückhaltung Bescheidenheit nennen. Ihre skandinavischen Nachbarn bezeichneten sie eher als „selbstgenügsamen Hochmut und insulare Isolation“. Hier sprach wohl auch der Norweger Willy Brandt, und hier wären wir dann auch gleich wieder bei den „Briefen und Gesprächen“: in vieler Beziehung zu einer anderen Zeit formuliert, obwohl nur wenige Jahre dazwischen liegen, und mit einer neuen Generation schwedischer Sozialdemokraten, für die Brandts Urteil doch wohl nicht mehr ganz stimmte.

In seinem Artikel für Tage Erlanger schildert Brandt dann die Besonderheiten schwedischer sozialdemokratischer Entwicklung, auf die ich hier nicht näher eingehen will; ich möchte es bei einigen Beobachtungen bewenden lassen, die für die damaligen deutschen Leser der Neuen Gesellschaft interessant gewesen sein könnten (S. 336ff). Zum einen ist dies die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei, die der SPD-Vorsitzende hervorhob, zum anderen die starke Stabilität der Entwicklung, unterstrichen auch durch eine personelle Kontinuität: Die schwedische Sozialdemokratie hat in acht Jahrzehnten (1889-1969) nur drei Parteivorsitzende gehabt! Hier möchte ich einfügen: Willy Brandt konnte ja noch selbst miterleben, mit welchem großem Geschick diese Kontinuität 1986 nach der Ermordung seines Freundes Olof Palme in der Nachfolgerschaft von Ingvar Carlsson gewahrt wurde. – Die lange Regierungserfahrung der schwedischen Partei ist ein weiterer Punkt, den Brandt hier betonte. Sie führe allerdings zu Verschleißerscheinungen und erfordere daher ständig Erneuerung.

Zum Kern der Sozialdemokratie in Schweden gehöre eine tief verwurzelte Tradition der Toleranz und der Zusammenarbeit, z. B. auch mit kirchlichen Gruppen. Dies als Elemente eines Reformismus, dem es in erster Linie um Abschaffung von Armut und

um einen allgemeinen Wohlstand ginge. Eine Folge dieser Politik sei die Fähigkeit, Koalitionen zu bilden, vor allem mit der damaligen Bauernpartei, was übrigens in ähnlicher Weise für alle skandinavischen Staaten gilt. Protagonist für diese ganze Entwicklung war für Willy Brandt der erste Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Partei, Hjalmar Branting, der übrigens auch den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

Die Krisenpolitik der dreißiger Jahre und das damals, vor allem aber in den vierziger Jahren eingeleitete Reformwerk der schwedischen Sozialdemokraten nehmen einen wichtigen Platz in Brandts Beschreibung ein, und erneut betonte er, wie unbenutzt von der Umwelt all dies betrieben wurde. Kern seiner Beschreibung ist immer wieder das, was man als „schwedisches Modell“ der Kooperation bezeichnet, im Grunde in allen gesellschaftlichen Bereichen – eben die „Politik der Heimstätte des Volkes“. Dabei hob er auch Schwedens Bereitschaft hervor, humanitäre Hilfe zu leisten und an Programmen für den Wiederaufbau mitzuwirken – angefangen mit der Unterstützung der spanischen Republik ab 1936 (wobei Brandt die Rolle Schwedens doch arg positiv darstellte), über Maßnahmen nach dem Krieg für Deutschland und Österreich, bis hin zur Abschreibung der kriegsbedingten Schulden von z. B. Finnland und Norwegen. Doch die „Krisenbekämpfung“ nach schwedischem Modell, mit der man in den dreißiger Jahren Norwegen und auch Roosevelts „New Deal“ ein gutes Stück voraus gewesen sei, das war nach Willy Brandt die entscheidende „Lehre“, mehr noch als das Denken von der „Heimstätte des Volkes“.<sup>39</sup>

Brandt schloss seinen Artikel mit einigen anderen „Lehren“ ab, die aus der schwedischen und skandinavischen Entwicklung überhaupt zu ziehen seien (S. 341f). Zunächst, dass ein konsequenter Reformismus keineswegs auf Vergesellschaftung aufbaue. Es gehe vielmehr um „Wahlfreiheit“ (valfrihet) für den Einzelnen, um „Gleichheit, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit“, die in gesellschaftlichen Institutionen verankert werden müssten. Hierzu sei Planung erforderlich, aber eben nur, „soweit wie nötig“.<sup>40</sup> Maßstab der Politik im gesamten Norden sei „Gerechtigkeit“ (rättvisa – Brandt benutzt auch hier das schwedische Wort), ein nach Brandt wenig analysierter, aber immer lebendiger Begriff. Im Jahr 1969 – so Brandt damals – sei man in Schweden wieder einmal ein Stück voraus, indem man nämlich „Gerechtigkeit“ in Begriff und Politik der „Gleichheit“ (jämlighet – so wieder bei Brandt) zu konkretisieren suche.

<sup>39</sup> So auch im Gespräch vom 18. März 1979.

<sup>40</sup> „Freiheit, soweit möglich“; siehe Briefe und Gespräche, S. 122; ein solcher Freiheitsbegriff ist zentral im Godesberger Programm.



Es ist dieses – schon damals idyllische, kaum in allen Bereichen ganz richtige und später dann auch revidierte – Bild des sozialdemokratischen Schwedens unter Tage Erlander, das Willy Brandt unter ausdrücklichem Dank an die schwedische Partei zeichnen will, das auch in den „Briefen und Gesprächen“ durchscheint und in einem gewissen Kontrast zu dem steht, was Erlanders Nachfolger Olof Palme formuliert. Dass der deutsche Sozialdemokrat eine neue Entwicklung vor allem in Deutschland, aber in Ansätzen auch in Schweden sah, deutete er am Ende seines Artikels an, wo er von einem im Grunde destruktiven Radikalismus sprach, dem er ältere schwedische sozialdemokratische Reformarbeit entgegenstellte.

### *Fähigkeit zum Konsens*

Wovon Brandt – und auch Kreisky – vor allem in Schweden beeinflusst worden waren, ist wohl die dort weit verbreitete Fähigkeit zum Konsens. Beide lagen da anders, als sie nach Schweden kamen.<sup>41</sup> Sowohl Brandt als auch Kreisky beziehen sich auf diese schwedische „Überideologie“, wenn ich das einmal als Spezifikation von „Demokratie als Überideologie“ so nennen darf. In „Briefe und Gespräche“ berufen sich beide auf diese Fähigkeit, ohne sie ausdrücklich auf Schweden zu beziehen, im Kontext aber Olof Palme ein wenig korrigierend.

Bezeichnend ist Brandts Formulierung in seinem 1982 erschienenen Erinnerungsband „Links und frei“, auch wenn sie sich auf seine Exillernerfahrung und Skandinavien überhaupt bezieht: „Ich habe im Exil gelernt, wie unfruchtbar Sektierertum und wie impotent die Rechthaber der vermeintlich reinen Lehre notwendig sein müssen. In Skandinavien habe ich einiges vom Sinn für die Realitäten, von den Werten einer freiheitlichen und sozialen Demokratie und von den Chancen der Weltoffenheit in mich aufgenommen. Dieses waren die Erfahrungen, auf die ich mich stützen konnte, als ich meine Aufgaben in Berlin und Bonn übernahm.“<sup>42</sup> Und den Weg dazu beschreibt er wiederum ausführlicher in seinen „Erinnerungen“. Er zitiert dort z. B. eine Beobachtung des oben bereits erwähnten Torsten Nilsson aus der Mitte der dreißiger Jahre, die im schwedischen Original, nämlich in Nilssons Memoren, noch deutlichere Akzente setzt als in Brandts Übersetzung:<sup>43</sup> „Sein (Brandts) norwegisches Ich neigte

<sup>41</sup> Vgl. dazu ausführlicher über Brandt, bei dem diese Entwicklung schon in Norwegen einsetzte, in: Lorenz, Willy Brandt in Norwegen. – Der „radikale Sozialist“ Bruno Kreisky kam schon im Herbst 1938 nach Schweden.

<sup>42</sup> W. Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 450.

zum Reformismus, während er als Deutscher weiterhin revolutionärer Sozialist war.“<sup>44</sup> Brandt sah, dass die Norwegische Arbeiterpartei erfolgreich wurde, als sie „sich am Reformismus der Schweden orientierte(n)“.<sup>45</sup>

Das Revolutionäre im politischen Denken des Deutschen verflüchtigte sich endgültig nach 1940 in Schweden – in Brandts Worten: „In der schwedischen Sozialdemokratie bekam ich, drastischer noch als in der norwegischen, eine undogmatische und freiheitliche, eine volkstümliche und machtbewusste Bewegung vorgeführt. Die Anschauungen, die ich machte, und die Erfahrungen, die ich sammelte, wirkten um so tiefer, als ich mittlerweile vorbereitet war und von der Welt hinreichend viel gesehen hatte.“<sup>46</sup> Grundlegend war die Erfahrung, dass es in Schweden innerhalb von zwei Generationen möglich gewesen war, aus einem der ärmsten Länder Europas einen „Modellstaat“ für Europa aufzubauen. Insofern meinte Brandt, sei Schweden für ihn wichtiger als Norwegen gewesen, das während der dreißiger Jahre eher von harten Klassenkonflikten geprägt wurde. In Norwegen hatte er – obwohl gut informiert – in der Mitte der dreißiger Jahre auch noch ein Bild von Schweden gehabt, das laut Torsten Nilsson stark von der Haltung des Teils der schwedischen kommunistischen Partei bestimmt wurde, der damals von der Kommunistischen Internationale unabhängig war.<sup>47</sup>

### *Schweden und Brandt*

Nun ist es an der Zeit, die Perspektive um 180 Grad zu drehen, d. h. den Blickwinkel aus der Sicht Brandts von Deutschland aus auf Schweden umzudrehen und von Schweden aus auf Willy Brandt zu schauen. Eigentlich gäbe es vermutlich mehr zu sagen über „Schweden und Willy Brandt“ als über „Willy Brandt und Schweden“.<sup>48</sup> Das heißt, eigentlich wäre es interessanter zu untersuchen, welche Rolle Willy Brandt

<sup>43</sup> Brandt, Erinnerungen, S. 98-107 (Zitat S. 106). Brandt äußert sich dort über die „Schule des Nordens“.

<sup>44</sup> Meine eigene Übersetzung nach Nilsson, Lag eller nåve, S. 172.

<sup>45</sup> Brandt, Erinnerungen, S. 107. Darüber auch eine Vielzahl von Zeitungsartikeln und eine lange Reihe von verschiedenartigen Untersuchungen; vgl. auch Lorenz, Willy Brandt in Norwegen, S. 127f.; P. Weiss: Notizbücher 1971-1980 (Bd. 2), Frankfurt/M., 1981, S. 672. Weiss verweist hier auch auf die Übereinstimmung zwischen Brandt und der schwedischen Sozialdemokratie, was ihre antikommunistische Einstellung betrifft.

<sup>46</sup> Brandt, Erinnerungen, S. 131.

<sup>47</sup> Nilsson, Lag eller nåve, S. 169.

<sup>48</sup> Leider befindet sich hier aus Mangel an systematischen Untersuchungen auf unsicheren Boden, will aber doch nicht unterlassen, ein paar Vermutungen anzustellen.

für Schweden gespielt hat als umgekehrt, obwohl Willy Brandt selbst davon sprach, dass Schweden eine für ihn nicht wegzudenkende prägende Bedeutung gehabt hätte.

Bekannt ist, wie schwer es sich Schweden mit der europäischen Einigung getan hat und tut. Brandt selbst hat in dem oben genannten Artikel von 1969 über die schwedischen Sozialdemokraten die Bedeutung Schwedens für die europäische Zusammenarbeit betont (S. 343). Als Parteivorsitzender, Außenminister und Kanzler hat Willy Brandt sehr viel dazu beigetragen, dass in Schweden allmählich ein anderes, positiveres Bild von Deutschland entstand, wenn auch nicht ohne Rückschläge (ich erinnere an das, was Radikalenerlass und Berufsverbot genannt wird), und damit auch von der Zusammenarbeit der sechs, dann bald neun Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. der Europäischen Gemeinschaft (EG).<sup>49</sup>

Olof Palmes Reise 1970 in die Hauptstädte der EWG hat zu Spekulationen geführt, dass er im Grunde schon damals eine Mitgliedschaft Schwedens in der EWG bzw. der EG befürwortet hätte. Wie aus den Protokollen der Führungsgremien der schwedischen Sozialdemokratie hervorgeht, sah er dazu keine Möglichkeit.<sup>50</sup> Aber die Reaktionen in Schweden auf diese Konsultationsreise Palmes knüpften oft gerade bei Willy Brandt an, dem neuen Bonner Bundeskanzler. Und Brandt war populär, auch auf der anderen politischen „Seite“. Die politischen Spektra waren damals in Deutschland und Schweden nicht ganz deckungsgleich.

Ohne dies jetzt genauer belegen zu können, meine ich doch sagen zu dürfen: Für Schweden war Willy Brandt „unser Mann“. Dass er eher „Norwegens Mann“ war und dass er während seiner schwedischen Jahre nicht nur freundlich behandelt worden war, das spielte dabei keine größere Rolle. Dass Willy Brandt meiner Erinnerung nach 1986 bei der Gedächtnisfeier für Olof Palme die wohl bedeutendste Rede im Stockholmer Stadthaus hielt, als Freund Palmes, selner Familie und seines Landes, war insofern nur folgerichtig. Palme selnerseits sprach z. B. am 3. Mai 1975 in einer Rede in Schönbrunn anlässlich eines Jubiläums der SPÖ ein wenig pathetisch und durchaus nach dem Geschmack der Gastgeber von Brandt und Kreisky als „für uns“, für Schweden „Symbole[n] des Kampfes gegen den Faschismus und zugleich [...] eines neuen demokratischen Europas“. In einem Beitrag von 1974 zur Publikation

<sup>49</sup> Hlerzu u. a.: K. Misgeld: *Schwedens Sozialdemokratie und Europa*, in: *Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven*. Festschrift für Willy Brandt. Hrsg. von: H. Grebing, P. Brandt, U. Schulze-Marmeling, Essen 1989, S. 200-207.

<sup>50</sup> *Protokolle von Parteivorstand, Präsidium (Verkställande utskott/VU) und Fraktion (Riksdagsgruppen) 1970-1971*, in: ARAB.

„Wir haben diese Zeit bereitet – 25 Jahre Bundesrepublik“ kam Palme auch auf Willy Brandts Zeit in Schweden zurück,<sup>51</sup> ähnlich wie ein Jahr später in Wien, aber wichtiger: Er bezeichnete dort die Politik der Regierung Brandt-Scheel als „wegweisend“.

In einem kurzen Artikel in der schwedischen Zeitschrift „Vi“ anlässlich Brandts Rücktritt als Bundeskanzler formulierte Olof Palme am 8. Mai 1974 unter ausdrücklichem Verweis auf den laufenden Briefwechsel: „In unserer öffentlichen Meinung in Schweden, die – das muss man wohl sagen – lange von einer starken Skepsis Deutschland gegenüber geprägt war, ist es vor allem Willy Brandt, der an erster Stelle die Deutschen repräsentiert, die unverdrossen an ein demokratisches Deutschland glaubten.“<sup>52</sup> Der Demokrat und Friedenspolitiker Brandt, schrieb Palme weiter, sei schon während des Krieges in Schweden zu dem geworden, was er als Außenminister ab 1966 und als Kanzler verkörperte. Ich glaube, diese Äußerungen Palmes sind sehr symptomatisch: Willy Brandts Rolle als Vertreter des „anderen Deutschland“ bis in die siebziger Jahre hinein ist für das Entstehen eines positiveren Deutschlandbildes im Ausland – hier ist nicht die DDR gemeint – nicht zu überschätzen. Es wird leicht vergessen, dass die Welt, eigentümlicherweise aber besonders das neutrale Schweden Deutschland noch mit sehr kritischen Augen betrachtete.

Brandts besondere Stellung in der schwedischen Öffentlichkeit ist also dadurch gekennzeichnet, dass er trotz „Radikalenerlass“ immer als großer Demokrat betrachtet wurde, auch oder gerade im Zusammenhang mit seiner Ostpolitik. Ihm wurden in Schweden auch keineswegs ähnlich bössartige Dinge nachgesagt, wie das Olof Palme durch viele seiner Gegner widerfuhr. Dazu trug sicher bei, dass Brandt ebenso von der „anderen Seite“, in dezidiert antikomunistischen und antisowjetischen Kreisen, Vertrauen entgegengebracht wurde. In der oben genannten Fernsehsendung von Hans Hederberg wird das auch deutlich. Ebenfalls in Akten der schwedischen „Zentralorganisation für Volk und Verteidigung“ (CFF), die schon aus den dreißiger Jahren stammt. Einer ihrer Initiatoren war übrigens der bereits mehrfach erwähnte Torsten Nilsson. Brandt war Anfang der fünfziger Jahre eine der wichtigen deutschen Kontaktpartner dieser schwedischen Organisation, die sich sowohl mit Überwachung wie mit Propaganda befasste.<sup>53</sup>

Vor allem war aber die so genannte Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel für

<sup>51</sup> *Auf Deutsch mit handschriftl. Änderungen im Nachlass Olof Palme 2.3/b13*.

<sup>52</sup> *Vi [Wir]*, Nr. 20, 1974, S. 18. – Palmes Entwurf in seinem Nachlass, 2.3/b13, datiert 8. Mai 1974.

<sup>53</sup> M. Hjort: *Folk och försvar och kampen mot den femte kolonnen. En studie i framväxten av övervaknings-Sverige under 1950-talet [Volk und Verteidigung und der Kampf gegen die fünfte Kolonne. Eine Studie über das Heranwachsen des Überwachungs-Schwedens in den fünfziger Jahren]*, SUKK Arbeitsrapport nr 6, Göteborg/Stockholm/Huddinge 1998, S. 41. – Schon Brandts Arbeit in der Stockholmer „Kleinen

Schweden „unsere Politik“: Im Großen, weil sie so sehr schwedischen Bemühungen um eine internationale Entspannung entsprach, Bemühungen, für die sich neben Olof Palme damals besonders u. a. die Brandt schon aus den Kriegsjahren bekannte spätere Friedensnobelpreisträgerin Alva Myrdal engagierte. Und im Kleinen, weil damit auch das leidige Problem der Anerkennung der DDR, die ja als Nachbar südlich der Ostsee für Schweden nicht ganz unwichtig war, aus dem Wege geräumt werden konnte.<sup>54</sup> Daher war es natürlich, dass Schwedens Regierung und tatsächlich im Wesentlichen alle Parteien des Landes diese Politik bejahten und, was die Sozialdemokraten betrifft, aktiv unterstützten.<sup>55</sup>

So erfuhr Brandt aus Schweden alle nur denkbare Unterstützung – und bei einigen Jüngeren sogar Verehrung.<sup>56</sup> Willy Brandt entsprach solchen Erwartungen seinerseits durch Unterstützung – natürlich im eigenen, deutschen Interesse – der sicherheitspolitischen Vorstellungen von Olof Palme.<sup>57</sup> Diese grundsätzliche Gemeinsamkeit zwischen den Politikerfreunden Willy Brandt und Olof Palme hat sicher sehr viel zum Aufbau eines neuen, positiveren Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Schweden beigetragen. Allerdings steht eine wirkliche Untersuchung über die Bedeutung Willy Brandts für Schweden und für das Deutschlandbild in Schweden noch aus.

*internationale“ und seine Kontakte im Krieg zur Botschaft der Vereinigten Staaten in Stockholm und zu ihren OSS-Vertretern, unter ihnen zum Gewerkschafter und Arbeitsattaché Viktor Sjaholm, hatten hier eine Grundlage gelegt. (Vgl. Milsfeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“, bes. S. 103) Dass dies damals eine Selbstverständlichkeit war, muss leider anachronistischen Vorstellungen gegenüber immer wieder betont werden.*

<sup>54</sup> Schweden erkannte die DDR offiziell 1973 an.

<sup>55</sup> Ein Brief des Bundeskanzlers Brandt vom 23. Dezember 1970 an den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme mag als Illustration dienen. Willy Brandt bedankte sich darin ausdrücklich für die unterstützenden Gespräche, die Tage Erlander, Olof Palme und Außenminister Torsten Nilsson mit der polnischen Regierung vor dem Warschauer Vertrag geführt hatten, wobei er sich auf die direkte mündliche Aussage des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz beruft. Nachlass Olof Palme 3.2/b66.

<sup>56</sup> So erinnert sich z. B. der frühere schwedische Minister und heutige Botschafter in Berlin Mats Hellström in seinem Buch *Politiskt liv* [Politisches Leben], Stockholm 1999, S. 18-19.

<sup>57</sup> Brandt, *Erinnerungen*, S. 426.

*Entscheidung für die SPD – und was dann?  
Bemerkungen zu den politischen Aktivitäten der  
Linkssozialisten aus der SAP in den ersten Jahren  
„nach Hitler“*



Trygve Bull: Mot Dag og Erling Falk. Bidrag til norsk historie i mellomkrigstiden, Oslo 1955

Jacob Walcher besucht im Sommer 1933 Norwegen und macht Willy Brandt mit dem Leiter der Intellektuellengruppe „Mot Dag“, Erling Falk, bekannt. Das Bild zeigt Falk (Mitte), links hinter ihm Walcher, rechts von Falk den KPO-Emigranten Max Strobel („Max Berlin“).

Als am 30. September 1944 Willy Brandt und seine Freunde ihre Aufnahme in die Ortsgruppe Stockholm der SPD beantragten, begründeten sie dies mit der Erkenntnis, daß der Neuaufbau der Arbeiterbewegung in Deutschland verlangen würde, „die frühere Zersplitterung [zu] verhindern und neben einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung eine sozialistisch-demokratische Einheitspartei [zu] schaffen“. Zu dieser Einheitspartei sollten alle früheren Parteien und Gruppierungen der deutschen Arbeiterbewegung gehören (also auch die Kommunisten, so sie sich zu einem demokratisch-sozialistischen Aufbau bereit fanden) und „neue Kräfte“, „auch in den Mittelschichten und unter den Intellektuellen“.<sup>1</sup>

Diese Auffassung war weitgehend kompatibel mit anderen demokratisch-sozialistischen Konzepten des Widerstandes und der Emigration: z. B. mit dem Buchenwalder Manifest vom April 1945, Eugen Kogons und Walter Dirks' Entwurf eines „Sozialismus der Freiheit“ vom Mai 1945, Kurt Schumachers Politischen Richtlinien vom August 1945, den Richtlinien der Londoner Union (die allerdings die Kommunisten nach längerer Diskussion nicht aufnehmen wollte) vom November 1945, Alexander Mitscherlichs und Alfred Webers „Freiem Sozialismus“ vom April 1946 (um nur die bekanntesten Dokumente zu nennen).

Der Neuaufbau der Arbeiterbewegung mit demokratisch-sozialistischer Zielset-

<sup>1</sup> In: H. Grebing (Hrsg.): *Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944-1948*, München 1984, S. 38. Diese Dokumentation bildet die Grundlage für die folgenden Ausführungen; vgl. aber auch den aktuellen Forschungsstand, wiedergegeben in: Dies.: *Probleme einer Neubestimmung demokratisch-sozialistischer Politik nach 1945*, in: B. Faulenbach/H. Potthoff (Hrsg.): *Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung*, Essen 1998, S. 55-68; H. Grebing: *Entscheidung für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland in Europa*, in: I. Maršolek/T. Schelz-Brandenburg (Hrsg.): *Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Stielberg*, Bremen 1995, S. 164-170; siehe ferner H. Grebing: *Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur*, in: T. Koeber/W. Köpcke/J. Radkau (Hrsg.): *Gedanken an Deutschland im Exil und andere Themen (Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 3)*, München 1985, S. 43-58.

zung konnte nur in Deutschland selbst erfolgen, oder anders ausgedrückt: Es gab in der Emigration nur eine begrenzte strategische Vorbereitung für den Neuanfang in Deutschland auf Seiten der Repräsentanten der erst in der letzten Phase des Exils zustande gekommenen „Einheit aller deutscher Sozialisten in der Sozialdemokratie“. Der Vorsprung, den die Kommunisten in der Planung ihres Neuanfangs hatten, war kaum mehr aufzuholen. Hinzu kam, daß ziemlich rasch Analyse­mängel in den poli­tisch-strategischen Reflexionen wahrgenommen wurden: die zu positive Bewertung der Ablehnung des Nationalsozialismus durch die deutsche Bevölkerung, die Unterschätzung der Regenerierungskräfte des Kapitalismus, die Überschätzung der Offensivkraft der deutschen Arbeiterklasse, falsche Hoffnungen auf die Schubkraft der wiederhergestellten Einheit der Arbeiterbewegung.

Die Stockholmer SAPler hatten versucht, sich keine Illusion über ihre Möglichkeiten in der SPD zu machen – die Realität übertraf ihre Befürchtungen: Trotz der Neuaufbau-Intentionen von Schumacher landeten sie, wie sie bald bemerkten, im Mief und Muff des Weimarer Reformismus, fanden sie lauter „Wahlvereinsfetischisten“ vor, sahen sie sich mit den „alten Parteionkels“, der wenig attraktiven Funktionärsmediokratie aus den Weimarer Zeiten, konfrontiert, hatten sie bald ihre besonderen Erlebnisse mit den bürokratischen Aufpassern aus der Zeit vor 1933, die hinter jeder eigenständigen Initiative am liebsten Fraktionierung („Vorsicht, Linkel Emigranten!“) entdecken wollten; und nicht nur Willy Brandt rattlete bei allem Respekt mit Schumacher persönlich zusammen, ebenso August Enderle, wie es denn auch alsbald eine ganze Menge Differenzen in der Bewertung des notwendigen poli­tischen Handelns gab. Wenn nicht alles täuscht, hatten die Stockholmer SAPler bereits Ende 1948 genug von der neuen alten Partei, sahen aber auch keine Alternative zu ihrer „Entscheidung für die SPD“.

Was nun tun? Die Information über die Nachkriegskarrieren von 46 ehemaligen SAPlern hat ergeben, daß nur drei von ihnen einen glanzvollen politischen Aufstieg aufweisen konnten: der Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt, der „rote Otto“ Brenner, IG-Metall-Vorsitzender und heimlicher DGB-Chef, Heinz Kühn, der erste Landesvater von Nordrhein-Westfalen. Einige landeten im „gehobenen Mittelfeld“: Peter Blachstein, Willi Birkelbach, Arno Behrlich, Adolf (Adje) Ehlers, Kurt Oppler.<sup>2</sup> Die meisten findet man in mittleren Partei- und Verwaltungsfunktionen meist

<sup>2</sup> Blachstein war für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages, zeitweise des Parteivorstandes und erster deutscher Botschafter in Jugoslawien; Birkelbach führte den legendären linken SPD-Bezirk Hessen-Süd und war Leiter des Hessischen Landespersonalamtes; Arno Behrlich war eine Zeitlang Sprecher des linken Flügels der SPD-Bundestagsfraktion. Er trennte sich 1961 von der SPD und schloß sich der DFU an;

auf kommunaler Ebene, manchmal kamen ein paar Jahre Bundestags-Hinterbänkler-Dasein hinzu. Schwer zu bewerten ist bei einigen die Einflußnahme über publizistisches Wirken (Walter Heist, Walter Fischer).<sup>3</sup> Einige verlagerten bewußt das Schwergewicht ihrer politischen Arbeit aus der Partei in die Gewerkschaften: August und Irmgard Enderle, Siggi Neumann und Otto Brenner sind hier vornehmlich zu nennen. Oder sie wandten sich gleich der Gewerkschaftsarbeit zu, wie Joseph Lang, Hans IIs, Fritz Opel und Werner Buchheister.

Nicht wenige kehrten überhaupt nicht aus der Emigration zurück, darunter Stefan Szende und Fritz Sternberg, der allerdings abwechselnd in den USA und in Europa lebte und als Publizist wirkte. Oder sie kamen verspätet bzw. aus ihrer Sicht „zu spät“ in die Bundesrepublik: Boris Goldenberg, Walter Fabian und der nur bedingt der Gruppe zuzurechnende Richard Löwenthal. Aus der SBZ/DDR gibt es nur unzureichende Informationen über Karriereverläufe; es sei deshalb nur auf Jacob Walcher und Klaus Zweiling hingewiesen – beide in der SED gescheitert.<sup>4</sup>

Fraglos gibt es für Auf- und Abstiege immer auch subjektive Gründe, die sich gar nicht exakt gewichten lassen. Es bestehen aber auch objektive, sich wiederholende gruppenspezifische Gründe mit einem hohen Erklärungswert. Bereits angedeutet ist das Problem der verzögerten oder verspäteten Rückkehr aus der Emigration, was an dem Mangel an Existenzgrundlagen und adäquaten beruflichen Möglichkeiten lag. Hinzu traten Restriktionen durch die Besatzungsmächte und die deutschen Behörden bei Rückkehrversuchen. Die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme auf den Bau eines neuen Deutschlands von „draußen“ waren gering, wenn nicht gleich Null. Das lag auch daran, daß die SAP-Emigranten, anders als die ISK-Gruppe, nicht mit einer Stimme sprachen, sondern teilweise sogar diametral entgegengesetzte Auffassungen vertraten. Streitigkeiten im Exil schwappten sogar gelegentlich – wie es Willy Brandt mit Kurt Heinig erleben mußte – nach Deutschland über.

Die SAPler, die in der Zeit des „Dritten Reiches“ Widerstand geleistet hatten, gelangten nach KZ, Zuchthaus, Strafbataillon 999 und anderen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen krank, gehetzt, körperlich gebrochen, in schwierigen

*Ehlers war Innensenator und Zweiter Bürgermeister in Bremen; Oppler übernahm 1947 die Leitung des Personalamtes der Bizonen-Verwaltung und wechselte 1952 in den Auswärtigen Dienst als Botschafter in Island, Norwegen, Belgien und Kanada.*

<sup>3</sup> Heist war Redakteur des „Ruf“; Fischer arbeitete als Journalist und Verleger.

<sup>4</sup> Die biographischen Informationen stammen überwiegend aus dem Band: *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949*. Hrsg. von H. Grebing unter Mitarbeit von B. Klemm, E. Kochen, R. Schulze und L. Sternberg, Stuttgart 1983, sowie aus der in der ersten Anmerkung genannten Dokumentation „Entscheidung für die SPD“.

Lebensumständen und oft beruflich ganz ungesichert nur sehr schwer auf das Niveau ihrer einstigen politischen Kampfkraft zurück.<sup>5</sup> Auch in Deutschland hielten die redundanten Diskussionen darüber unendlich lange an, ob man sich nun auch der „Noske“-Partei anschließen sollte oder die „Stalin“-Partei sinnvoller war oder ob vielleicht doch wieder die SAP oder eine mit ihrer Funktion vor 1933 zu vergleichende Organisation gegründet werden sollte. In den Westzonen dauerte der Abschied von dem Traum einer demokratisch-sozialistischen Einheitspartei sogar noch länger als unter den Emigranten. Noch nach Jahren treuer SPD-Mitgliedschaft hatten frühere KPD/KPDO-Mitglieder in schwachen Stunden das flau Gefühl, die Seite gewechselt zu haben, und litten gelegentlich unter dem Überläufersyndrom.

Für den Wiederanfang „nach Hitler“ war es nicht unwichtig, daß die Exulanten in London, die sich der Union anschlossen, durch den Rest des SOPADE-Vorstandes einen höheren Grad an Legitimierung geltend machen konnten, und sei es auch nur einen vermeintlichen. Die Zusammenarbeit mit britischen Geheimdienststellen erleichterte die Rückkehr nach Deutschland, für einige bereits im Sommer 1945, und sei es – wie im Falle des ISK-Führers Willi Eichler – in englischer Uniform und den dazu gehörenden Papieren (Ollenhauer kam erst im Dezember 1945, weil er die zeitweilige Verkleidung für sich nicht akzeptierte).

Die ISK-Gruppe konnte sich gewisse Abweichungen von der political correctness leisten, weil der Ingroup-Zusammenhang durch das starke gemeinsame welt- und lebensanschauliche Credo gut abgesichert war und ungefährdet blieb. Hinzu kam, daß Eichler in Deutschland in der SPD nicht mit einem Funktionärsposten startete, sondern als Chefredakteur der Rheinischen Zeitung, und sich zugleich seit 1946 als Mitglied des Parteivorstandes einbringen konnte. Das gab ihm, der maßgeblich die Reorganisierung der rheinischen SPD betrieb, eine Eigenständigkeit auch gegenüber Kurt Schumacher.

Der brauchte Zuschläger und Wasserträger – Erich Ollenhauer, Fritz Heine, Alfred Nau, Herbert Kriedemann – und nicht sperrige Eigenständige wie Willy Brandt es war oder – ganz anders gestrickt – Wilhelm Hoegner und Wilhelm Kaisen. Recht waren Schumacher auch „Paradiesvögel“ bürgerlichen Zuschnitts wie Carlo Schmid und Karl Schiller oder solche mit vermeintlich proletarischer Duftnote wie Herbert Wehner.

Fast lähmend erwies sich für nahezu alle ehemaligen SAPler die zunehmend sich

<sup>5</sup> Dieser Befund veranlaßte die New Yorker SAP-Emigranten 1947 zu ihrer Solidaritätsaktion, nachdem sie erfahren hatten, daß die Arbeiterwohlfahrt Ihre Hilfsaktionen vor allem den alten SPD-Kadern zukommen ließ.

unter ihnen verbreitende Einsicht, daß der Zug der Zeit nicht – wie beinahe inbrünstig erhofft – „zum Sozialismus führte“. Seit den dreißiger Jahren wußten sie, daß die Entwicklung der Sowjetunion zum totalitären Stalinismus eine enorme Belastung für die eigenen Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus in Theorie und Praxis bedeutete. Folglich verwendeten sie viel intellektuelle Kraft auf die Legitimierung ihres Projektes. Das Ergebnis brachte keine ungebrochenen Überzeugungen von der Durchsetzungskraft des Sozialismus, den sie meinten. Paul Frölich verzweifelte daran beinahe; Fritz Sternberg stellte erst einmal den Anspruch auf einen umfassenden theoretischen Entwurf zurück und konzentrierte sich auf die Analyse der ökonomisch-politischen Konstellationen im neuen Welt-Kräfteparallelogramm; Willy Brandt strebte zu neuen Ufern, an denen ein neuer Tag beginnen würde, ohne die Spur dessen, woher er kam, zu verlieren.

Für Menschen, die zeit ihres meist früh beginnenden politischen Lebens nichts Besseres hatten tun können, als Entscheidungen aufgrund von analytisch gestalteten Denkprozessen zu treffen (wenn dies manchmal auch nichts anderes war als ein schlichter Ableitungsmarxismus), war es schwierig und oft auch langwierig, sich in einer zunehmend schnelllebig werdenden Zeit ohne den „Richtig-“ oder „Falsch“-Kompaß zurechtzufinden. Das gab den ethischen und den religiösen Sozialisten in der und um die SPD herum den nicht mehr aufzuholenden Vorsprung: Deren Werte beruhten auf Axiomen, mußten nicht aus einer historisch-transitorischen Gesellschaftsanalyse abgeleitet werden. Mit einer Mischung aus ehrlicher Bewunderung und kaum verhohlener Wut beobachteten die Enderles, die alsbald wie Willi Eichler in Köln wirkten, wie dieser zielgerichtet eine Art historischen Kompromiß vorbereitete: Das ethische Fundament des Sozialismus wurde in den Vordergrund gerückt, jedoch unter Anerkennung bestimmter, kritisch akzentuiert herausgefilterter Elemente des Marxschen Theorie-Gebäudes.

Standen also die SAPler auf verlorenem Posten als letztes Aufgebot der alten Arbeiterbewegung? Eher waren sie – wie ich es schon früher einmal formuliert habe – „das Salz in der Suppe der SPD als einer Partei mit eingeschlafenen Füßen“. Jedenfalls unterschieden sie sich von jenem Pragmatismus und jener Profi-Attitüde, die alsbald zum anscheinend nicht zu vermeidenden Beiwerk des „Neuen Denkens“ in der SPD gehörten.

Willy Brandt stolperte nicht in diese Fallen des „Neuen Denkens“, obwohl gerade er dieses – wie kein anderer sonst – personifizierte. Er mußte sich zur Legitimierung seines neuen Denkens nicht wie Fritz Erler (Jahrgangsgleich mit Willy Brandt) auf seine protestantischen Wurzeln besinnen oder wie Herbert Wehner das Vaterland

(und später den lieben Gott noch dazu) bemühen oder wie Helmut Schmidt (Jg. 1918) den Frontsoldaten-Sozialismus. Willy Brandt war mit einer Ausnahme (Blachstein, Jg. 1914) der Jüngste in der hier vorgestellten Gruppe; ihn begleitete also bei seinem keineswegs geradlinigen Aufstieg die „Gnade der späteren Geburt“. Aber er hatte eben noch die Lektionen der alten Arbeiterbewegung gelernt; er wurde ein ganz anderer und blieb dennoch für die meisten SAPler immer „einer von uns“.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Die Biographien folgender Personen liegen den Aussagen gebündelt nach Kategorien zugrunde. Die entsprechenden Informationen sind entnommen: Grebing (Hrsg.), *Lehrstücke in Solidarität*; Dies. (Hrsg.), *Entscheidung für die SPD*; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York unter der Gesamtleitung von W. Röder/H. A. Strauss, München u. a. 1980-1983. Spitzenkarrieren: Willy Brandt, Otto Brenner, Heinz Kühn; mittlere Karrieren: Peter Blachstein, Willi Birkelbach, Arno Behrisch, Kurt Oppler, Adolf Ehlers; Mehrheit in mittleren Partei- und Verwaltungsfunktionen: Franz Marx, Eberhard Brünen, Fritz Lamm, Willi Sauter, Alfred Schmidt, Emil Brune, Eberhard Dörfler, Fritz Nagel, Hans Ziegler, Günter Spruch, Walter Fischer, Walter Heist; Wanderung zu den Gewerkschaften: Siggi Neumann, Otto Brenner, August und Irmgard Enderle; von vornherein bei den Gewerkschaften: Joseph und Erna Lang, Hans Ils, Fritz Opel, Werner Buchheister; verspätete Rückkehr aus der Emigration: Boris Goldenberg, Richard Löwenthal, Walter Fabian, Paul und Rose Fröllch, Fritz Lamm; keine Rückkehr aus der Emigration: Stefan Szende, George Günther Eckstein, Fritz Sternberg, Ruth Fabian, Ernst Behm, Walter Pöppel, Alfred Krüger, Hermann und Grete Ebeling; SBZ/DDR: Jacob Walcher, Klaus Zwilling, Robert Siewert.

*Willy Brandt und die Jugendradikalisierung der  
späten sechziger Jahre – Anmerkungen eines  
Historikers und Zeitzeugen*

„Von der unruhig gewordenen studentischen Jugend und der wesentlich von ihr getragenen ‚Außerparlamentarischen Opposition‘, gingen Impulse aus, die allzu oft eher störend denn hilfreich wirkten; sie konnten nicht voranhelfen, als sie der Gesellschaft maßlose Programme aufnötigen wollten. Daß von einem Teil der Achtundsechziger mittelfristig gleichwohl stimulierende Wirkungen ausgegangen sind, bleibe unbestritten ...

Mir ist ohne sonderliches Verdienst das Image zugewachsen, mich nicht abgekapselt zu haben, sondern gesprächsbereit und lernfähig geblieben zu sein. Dies mag sich von der vorherrschenden Ignoranz abgehoben haben, aber was die junge Generation, und zwar nicht ihren schlechtesten Teil, umtrieb, habe ich nicht gut genug verstanden, vielleicht auch nicht verstehen wollen; abgestandener Wortradikalismus machte den Zugang schwer.“

Willy Brandt – 1989<sup>1</sup>

Ich werde in meinem Vortrag versuchen, Elemente der Analyse und verstehenden Deutung des Historikers mit Erlebnisschilderungen des Zeitzeugen zu verbinden. Dieses Vorhaben, auf das ich mich auf ausdrücklichen Wunsch meines Kollegen und Freundes Einhart Lorenz eingelassen habe, ist offenkundig problematisch: Ich soll hier die Gedankenwelt des eigenen Vaters beleuchten, was ohne eine gewisse Distanzierung nicht geht – und das ausgerechnet in einem Teilbereich, wo ich selbst als Akteur in Erscheinung getreten bin, was naturgemäß nicht ohne Konflikte abging. Es wird deshalb unvermeidlich sein, wiederholt direkt von mir zu sprechen, was Sie bitte nicht als wichtigtuerliche Überzeichnung der eigenen Bedeutung mißverstehen mögen. Aber Willy Brandt war nun einmal nicht nur Spitzenpolitiker, sondern auch mein Vater, so wie ich nicht nur Gymnasiast bzw. Student und politischer Aktivist, sondern auch sein Sohn war, und das darf und soll bei der Behandlung des Themas nicht außer acht gelassen werden. Es muß vielmehr ausdrücklich reflektiert werden.

<sup>1</sup> W. Brandt: *Erinnerungen*, Berlin u. a. 1989, S. 273f. – Ich danke Daniela Münkler für Hinweise auf diverse relevante, insbesondere archivalische Quellen. – Wörtliche Zitate sind stillschweigend grammatikalisch angepaßt.



Ullstein Bilderdienst

Am 28. August 1968 nahm Peter Brandt in Berlin an einer Demonstration gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und die Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Pakts teil.



## I.

Mit Bedacht ist in meiner Formulierung des Themas nicht von der „Studentenbewegung“, der „Protestbewegung“, der „Revolte“, der „Außerparlamentarischen Opposition“, der „Neuen Linken“ oder gar den „Achtundsechzigern“ (ein besonders schwammiges Etikett) die Rede, sondern von der „Jugendradikalisierung“; „Jugend“ ist dabei natürlich nicht biologisch, sondern soziologisch gemeint: als diejenige Bevölkerungsgruppe, die – jenseits der Kindheit – beruflich und privat noch nicht etabliert ist. Ich möchte mit dem weniger gebräuchlichen Begriff der Jugendradikalisierung sowohl die verschiedenen, hier zu beachtenden Erscheinungsformen insgesamt erfassen, dabei indessen den Akzent auf die im engeren Sinn politische Sphäre setzen. Das scheint mir umso mehr gerechtfertigt, als so die Sichtweise Willy Brandts, der den hier angebotenen Terminus wohlgemerkt nicht gebrauchte, nach meinem Eindruck gut erfaßt wird. Zeitlich beschäftige ich mich mit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, vor allem mit den Jahren 1967-1969, bevor die Bewegung als ein relativ einheitliches Phänomen teils zerfiel, teils dogmatisch und sektiererisch erstarrte, teils in andere organisatorische Formen übergang.

In dem, was ich „Jugendradikalisierung“ nenne<sup>2</sup>, lassen sich m. E. drei Komponenten oder Dimensionen unterscheiden: erstens, die in ihrer Wirkung heute meist hervorgehobenen kulturevolutionären Impulse; von einer neuen, rebellischen Musikszene, den veränderten Umgangsformen und dem Protest durch ein immer wilderes Äußeres (legere Kleidung, die berühmten langen Haare und Bärte) bis zu freile-

<sup>2</sup> Siehe für das Folgende die einschlägigen Teile der Darstellungen von Chr. Kleßmann: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988; A. Baring in Zusammenarbeit mit M. Görtmaker: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982; A. Schildt/A. Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998* (für die allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen); K. R. Allerbeck: *Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*, München/Wien 1973; R. Fraser u. a.: 1968. *A Student Generation in Revolt*, London 1988; L. Rolke: *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs*, Opladen 1987; S. Lönnendonker/T. Fichter (Bearb.): *Freie Universität Berlin 1948-1973. Hochschule im Umbruch*, 6 Teile, Berlin 1978ff.; dies.: *Kleine Geschichte des SDS, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*, Berlin 1977; T. Fichter: *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988; W. Albrecht: *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*, Bonn 1994; G. Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und West-Berlin. Handbuch*, Köln 1977; G. Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983; G. Fels: *Der Aufruhr der 68er: zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF*, Bonn 1998; K. Otto (Hrsg.): *APD. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970)*, Köln 1989.

rer Sexualität, diversen Erziehungsexperimenten und neuen gemeinschaftlichen Formen des Wohnens. Aus der zeitlichen Distanz läßt sich sagen, daß die kulturevolutionären Impulse an dem bereits vorher einsetzenden, allgemeinen Wertewandel in den entwickelten, konsumkapitalistischen Ländern des Westens anknüpfen konnten, diesen allerdings beschleunigend und inhaltlich mitbeeinflussend. Dieser Aspekt hat Willy Brandt, soweit mir erinnerlich und soweit die Äußerungen aus der Zeit erkennen lassen, nicht sehr beschäftigt, vermutlich erstens, weil er auch bezüglich der persönlichen Lebensführung seiner Mitmenschen überdurchschnittlich tolerant war, zweitens, weil er zuhause diesbezüglich wenig Provozierendes erfahren mußte. Das schließt nicht aus, daß er bei seinen Söhnen gelegentlich anregte, sich beim Friseur die – keineswegs übermäßig langen – Haare noch etwas kürzer schneiden zu lassen, aber das war eben eine persönliche Meinungsäußerung und keine Anordnung.

Die zweite Komponente bildete die Auseinandersetzung in den Hochschulen und um sie, die eigentliche Studentenbewegung, zunehmend ergänzt durch weniger dramatische Entsprechungen an den Gymnasien, rudimentär auch in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten. In diesem Bereich schockierten die offene Mißachtung bislang selbstverständlicher akademischer Regeln und die Lächerlichmachung professoraler Autoritäten seit 1966/67; die Debatte um den „Bildungsnotstand“ selbst, um Georg Pichts Parole zu zitieren, um die Effektivierung der Hochschulen wie um das „Recht auf Bildung“ (Ralf Dahrendorf) hatte schon vorher eingesetzt.

Charakteristisch für die Revolte an den Universitäten war, daß sich die Auflehnung gegen überkommene Strukturen, Inhalte und Personal („Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“) überkreuzte und vermischte mit dem Widerstand gegen die „technokratische“ Hochschulreform, die bessere Funktionalisierung der Bildungsanstalten seitens des Staates und der spätkapitalistischen Gesellschaft: des „Systems“, wie man mehr und mehr sagte. Es paßt in dieses Bild, daß die ersten großen hochschulinternen Protestaktionen im Sommersemester 1966 an der Freien Universität Berlin gemeinsam vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und schlagenden Verbindungen verabredet wurden. Sie richteten sich gegen die Zwangsexmatrikulation von Langzeitstudenten. Zu diesen Erscheinungen, die seit dem Wintersemester 1967/68 eskallierten, mußte Willy Brandt als Spitzenpolitiker eine Position entwickeln und öffentlich vertreten. Er behandelte sie in der Regel aber zusammen mit der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO).

In dieser dritten Komponente flossen der Protest gegen vermeintliche autoritäre bzw. demokratiegefährdende Tendenzen in der Bundesrepublik („Formierte Gesellschaft“) – vor allem die Große Koalition, der parallele zeitweilige Aufschwung

des Rechtsextremismus in Gestalt der NPD, die vorgesehene Notstandsgesetzgebung, der meinungsbildende Einfluß der Springer-Presse – sowie der Protest gegen den Vietnam-Krieg und generell den Imperialismus der USA mit einer unerwarteten Renaissance theoretisch-marxistischen (zunächst undogmatischen) Denkens zusammen. Auch hier gab es eine Kontinuitätslinie, die zu den Protestbewegungen der fünfziger Jahre zurückführte, wobei die Ostermärsche eines der Verbindungsglieder waren. Und es hatte auch vor den mittleren sechziger Jahren eine sozialistische bzw. marxistische Linke in der Bundesrepublik gegeben, nicht zuletzt in der Sozialdemokratie, etwa in den „Falken“, und in den Gewerkschaften. Es konnte aber so scheinen, als ob diese immer weiter marginalisiert würde, zumal auch der SDS nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD vom November 1961 zunächst wenig nach außen in Erscheinung trat und sich auf eine langfristige theoretische Arbeit zurückzog. Mit der Ausbreitung der Bewegung 1966/67 erwies es sich als bedeutsam, daß neben den Organisationen der tradierten Arbeiterbewegung und an ihrem Rande mit dem SDS ein unabhängiges Zentrum existierte, das durch sein Agieren zum Katalysator der breiteren Jugendradikalisierung wurde. Neben ganz neu gewonnenen Kräften reaktivierte diese auch vieles, was sich von früher links und sozialistisch verstand. Das betrifft auch die Jungsozialisten, deren Linkswendung allerdings nicht vor Dezember 1969 programmatisch und personell vollendet wurde. Die Konflikte mit der jungen Linken innerhalb der SPD nahmen für Willy Brandt erst in den siebziger Jahren einen größeren Platz ein, als es namentlich um die Eindämmung des sogenannten „Stamokap“-Flügels ging.

Mit der Benennung der drei von mir unterschiedenen Komponenten will ich natürlich nicht behaupten, es habe sich um säuberlich getrennte Stränge gehandelt. Sie flossen vielfach zusammen und waren häufig in ein und derselben Person vorhanden, allerdings nach meinem Eindruck mit deutlich zu unterscheidender Schwerpunktsetzung; ich nenne in der obigen Reihenfolge beispielhaft als Repräsentanten Rainer Langhans, Knut Nevermann und Rudi Dutschke. Die studentischen Aktivisten, die man sich nicht als Hippies vorstellen darf, stammten teilweise aus autoritär-konservativen Elternhäusern, von denen sie sich absetzten, zu einem Großteil auch aus liberalen, nicht zuletzt sozialdemokratischen Familien.<sup>3</sup>

Das spricht nicht gegen die Annahme eines politischen Generationenkonflikts. Doch die weit verbreitete Vorstellung von „1968“ als einer offenen innerfamiliären

<sup>3</sup> Die Befunde sind nicht einheitlich. Vgl. S. Spender: *Das Jahr der Jungen Rebellen*, München 1969, S. 230; *Der Spiegel*, 24. Juni 1968, S. 47 (Befragung von 80 SDS-Mitgliedern).

Konfrontation zwischen Nazi-Eltern und antiautoritären Kindern entsprach – auch nach meinem damaligen Eindruck – nur einer Variante unter etlichen anderen. Die nachholende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war untergründig sicher ein zentrales Motiv der Bewegung, siehe etwa den inflationären Gebrauch der Vokabel „faschistisch“ – oder „faschistoid“. Unzutreffend wäre es dagegen, ihr eine Art Kollektivschuldthese gegen die gesamte ältere Generation oder gar das deutsche Volk zu unterstellen, wie sie heute verbreitet ist. Mit Willy Brandt gab es in dieser Hinsicht trotzdem mehr Meinungsverschiedenheiten als Übereinstimmungen. Dieser bejahte die Integration früherer Nationalsozialisten, wenn sie nicht Verbrechen begangen hatten, führend hervorgetreten waren oder zu den herausragenden Nutznießern gehört hatten, und sah in der Regierung der Großen Koalition – mit dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Kiesinger als Kanzler und dem Antifaschisten und Exilanten Brandt als Vizekanzler auch ein Symbol für die innere Aussöhnung des deutschen Volkes (obwohl er die Bildung der CDU/CSU-SPD-Regierung aus anderen Gründen nur notgedrungen akzeptierte).

## II.

Eine weitere Bemerkung zur Einordnung des dann Folgenden scheint mir geboten. Sie betrifft meine eigene Orientierung und soll Ihnen erleichtern, das, was ich aus eigenem Erleben schildere, zu gewichten. Meine Politisierung nach links begann mit dem Eintritt in die „Falken“ als Vierzehnjähriger Anfang 1963. Innerhalb der Berliner Sozialdemokratie standen die „Falken“, damals noch eher eine Arbeiterjugendorganisation, auf dem linken Flügel. Innerhalb des Verbandes gab es eine konspirative, der kleinen Vierten Internationale angeschlossene trotzkistische Gruppierung, mit der ich bald sympathisierte und die mich Ende 1966 schließlich „rekrutierte“ (so hieß das).

Aus den trotzkistisch beeinflussten Kreisverbänden der „Falken“ und einer um die Zeitschrift „Neuer Roter Turm“ entstandenen Schüler-, Lehrlings- und Studentengruppe entstand, nach der Abwendung vom „Entrismus“ in der Sozialdemokratie, unter meiner Mitwirkung im Herbst 1968 die Organisation „Spartacus“ (nicht zu verwechseln mit der Studentenorganisation der DKP: MSB Spartakus), die als Initiative für eine breitere revolutionär-sozialistische Jugendorganisation gedacht war. Im Hinblick auf den Adressaten, die Organisations- und Politikvorstellungen war der „Spartacus“, der sich um 1970 bundesweit ausdehnte, dabei aber nie mehr als weni-

ge hundert Mitglieder hatte und bereits 1971 von der ersten Spaltung heimgesucht wurde, eher links-traditionalistisch als „antiautoritär“, dabei allerdings scharf sowjetkritisch. Ich schied 1973 mit einem Zirkel Gleichgesinnter aus dem „Spartacus“ aus und verstand mich von da an als unabhängiger Linkssozialist.<sup>4</sup>

Das Verhältnis zur DDR war für junge Linke in West-Berlin von unmittelbarer Bedeutung. Es war nicht irgendein sowjetkommunistisch geführter Staat, sondern ein Regime direkt vor der Haustür, das die eigenen Ideale permanent beleidigte und diskreditierte. „Geht doch rüber“, war eine beliebte Reaktion auf Kritik an Zuständen oder Vorgängen westlich der Mauer. Mit öffentlichen Angriffen etwa auf den Algerienkrieg der Franzosen und den Vietnamkrieg der Amerikaner machten sich die „Falken“ im Spektrum der staatstragenden Parteien West-Berlins wenig Freunde. Dieses war verständlicherweise vollkommen auf den Ost-West-Konflikt fixiert und fragte nicht viel danach, ob es berechnete Einwände gegen westliche Regierungen geben könne. Für meine und manch anderer politische Entwicklung hatten der Protest gegen die mörderische Kriegführung der USA in Vietnam und die Solidarisierung mit dem kommunistisch geführten Unabhängigkeitskampf der Vietnamesen eine kaum zu überschätzende Bedeutung.

Die tiefenpsychologische Dimension meines politischen Engagements, für das die Studentenbewegung ja nicht der Auslöser war, kann ich selbst nicht wirklich ermessen. Wer könnte das schon für die eigene Person? Mir scheint aber, daß Formeln wie „Protest gegen den Vater“ meine Haltung nicht treffen. Natürlich hatte ich wie jeder langsam erwachsen werdende Jüngling das Problem, unter dem Gewicht einer – in diesem Fall überragenden, gleichzeitig meist abwesenden oder nicht leicht zugänglichen – Vatergestalt eine eigene Identität entwickeln zu müssen. Aber soweit ich mir der Sache bewußt war und bin, gab es neben den ideologischen Differenzen nicht nur im Persönlichen ein relativ gutes Verhältnis, sondern auch von meiner Seite ein starkes Mitempfinden, was die berufsbedingten Kränkungen und Erfolge des Vaters betraf. Im Sommer 1968 schrieb ich ihm einen Brief, in dem ich ihn um Verständnis dafür bat, daß ich meinen politischen Überzeugungen folgte – ich sprach von

<sup>4</sup> Siehe zu dem angesprochenen politischen Umfeld: H.-J. Heß; *Innerparteiliche Gruppenbildung, Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren 1963 bis 1981*, Bonn 1984; H. Ristock; *Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers*, Berlin 1991; G. Amend (Hrsg.); *Kinderkreuzzug oder Beginn die Revolution in den Schulen?*, Reinbek bei Hamburg 1968 (darin auch ein Beitrag von P. Brandt); P. Brandt/R. Steinke; *Die Gruppe Internationale Marxisten*, in: R. Stöss (Hrsg.); *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Sonderausgabe Bd. 3, Opladen 1986*, S. 1599-1647 (zu „Spartacus“ S. 1603-1606 und 1628-1634).

„Pflicht“ – und meine Hoffnung ausdrückte, daß es nie zum persönlichen Bruch kommen müsse und es mir möglich sein würde, in Zukunft zu vermeiden, was ihm direkt schaden könnte.<sup>5</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte ich gerade mein erstes Semester an der Freien Universität Berlin hinter mir. Dem Studienfach Geschichte galt meine Aufmerksamkeit und Begeisterung ebenso sehr wie der Politik; deshalb und um – auch im Hinblick auf die politische Distanz – vom Elternhaus materiell möglichst schnell unabhängig zu werden, brachte ich das Studium zügig zu Ende. Meine Lebens- und Wohnsituation, anfangs noch als Mieter bei den Eltern eines Freundes, war schon seit dem Wegzug der Familie nach Bonn im Frühjahr 1967, ein Jahr vor dem Abitur, eher die eines Studenten.

Wir sollten uns an dieser Stelle daran erinnern, wie Willy Brandt zeitlebens über seine eigene linkssozialistische Vergangenheit sprach und schrieb: nie als Jugendsünde oder Unfug, sondern als ein aus den objektiven und subjektiven Umständen erklärbares Stadium politischer Entwicklung.<sup>6</sup> Trotz der ganz anderen historischen Konstellation erinnerte ihn das Geschehen der Jahre vor und um 1968 an die eigene Jugend. Ungeachtet dessen hat meine Mutter in ihrem Buch „Freundesland“ zutreffend berichtet, Willy habe zuhause einmal aufbrausend gedroht, als Berliner Bürgermeister zurückzutreten, wenn ich meine Aktivitäten fortsetzte<sup>7</sup> – der Anlaß war eine der ersten Vietnam-Demonstrationen in Berlin Anfang 1966. Ganz ernst war das wohl nicht gemeint, sondern eher seine Art, Unmut zu äußern. Natürlich waren meine abweichenden Positionen für ihn lästig, wenn sie öffentlich rufbar wurden und man ihm – auch innerhalb der Partei – nahelegte, mich zu disziplinieren oder außer Landes zu schaffen, nachdem ich wegen zweier Demonstrationsdelikte („Auflauf“) 1968 rechtskräftig verurteilt worden war: in der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe, die dann 1970 unter die allgemeine Amnestie fiel. Dennoch respektierte der Vater meinen Weg, zumal er aufgrund seiner eigenen Biographie wohl davon ausging, mit 15/16 Jahren, umso mehr mit 19 oder 20, müsse man schon weitgehend selbst wissen, was man tue.

Man muß ehrlichkeitshalber (kritisch und selbstkritisch gleichermaßen) einräumen, daß die direkte Auseinandersetzung im Familienkreis viel weniger intensiv geführt wurde, als das nach außen möglicherweise den Anschein hatte. Trotzdem hat Willy Brandt in seinen Erinnerungsschriften betont, die Konfrontation „mit Gedanken

<sup>5</sup> Peter Brandt an Willy Brandt, 17. Juli 1968 (Privatbesitz), auszugsweise zitiert bei R. Brandt: *Freundesland. Erinnerungen*, Hamburg 1992, S. 207f.

<sup>6</sup> Am ausführlichsten in: W. Brandt: *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982.

<sup>7</sup> Brandt, *Freundesland*, S. 196.

und Emotionen dieser Generation“ – hier ist vermutlich stärker mein knapp drei Jahre jüngerer Bruder Lars gemeint, der auch nach dem Umzug nach Bonn noch im elterlichen Haus lebte – habe verhindert, daß das „Gespür für die Fragen, die Probleme, die Denk- und Gefühlswelt der eigenen Söhne, ihrer Freunde und Altersgenossen“ verloren gegangen sei.<sup>8</sup>

### III.

Die Einstellung Willy Brandts zur Jugendradikalisierung der späten sechziger Jahre darf von seinen Ämtern und seinen allgemeinen politischen Positionen<sup>9</sup> selbstverständlich nicht isoliert werden. Während der Vor- und Frühphase der Bewegung war er Parteivorsitzender der SPD (seit 1964) und Regierender Bürgermeister in West-Berlin (1957-1966). In Berlin hatte die Sicherung der Halbstadt gegen (wenn auch nicht mehr akute) Bedrohung von außen absolute Priorität. Es war nicht zuletzt diese Perspektive und die sich daraus ergebende Loyalität gegenüber den westlichen Besatzungs- und Schutzmächten, die Brandt in der deutschen Sozialdemokratie zum Protagonisten jener außenpolitischen Wende machte, die durch die Rede Herbert Wehners im Bundestag am 30. Juni 1960 demonstrativ sichtbar gemacht wurde. Ihre Botschaft war die Anerkennung der in den fünfziger Jahren gegen die SPD vollzogenen sicherheitspolitischen Weichenstellungen und das Angebot einer gemeinsamen Außenpolitik der westdeutschen Parteien: Entspannungspolitik nicht mehr im Sinne eines die deutsche Einheit ermöglichenden Disengagements, sondern fest verankert im westlichen Bündnis. Statt Entspannung brachten die Jahre um 1961 indes die Fixierung der Teilung Deutschlands durch den Mauerbau und die dramatischste Zuspitzung des Kalten Krieges. Der Schock des Mauerbaus und der Blick in den Abgrund während der kubanischen Raketenkrise wurden bekanntlich für den engeren Kreis um Brandt zu Ausgangspunkten der „Politik der kleinen Schritte“ ab 1963,

<sup>8</sup> W. Brandt: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 266.

<sup>9</sup> Als biographischer Versuch zuletzt: B. Marshall: *Willy Brandt. Eine politische Biographie*, Bonn 1993; siehe zum Folgenden weiterhin K. Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Neuaufll., Bonn 1996; B. W. Bowler: *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Öffnung der SPD 1960-1966*, Bonn 1990; I. Maršolek/H. Potthoff (Hrsg.): *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Essen 1995; D. Groh/P. Brandt: „Vaterlandslose Gesellen“, *Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992.

zugleich ein Experimentierfeld der späteren Ostpolitik. Während sich in der Außen-, speziell der Deutschlandpolitik um die Mitte der sechziger Jahre also bereits eine gegenläufige Tendenz zur Annäherung der SPD an die CDU/CSU abzeichnete, erreichte die Umarmungsstrategie im Zeichen der Gemeinsamkeitspolitik im Innern etwa 1965 ihren Höhepunkt. Anders als damals überwiegend wahrgenommen, war dieser beim Eintritt in die Große Koalition konzeptionell schon überschritten.

Auch wenn der „demokratische Sozialismus“ noch erwähnt wurde – bezeichnenderweise wurde er nicht näher definiert und verschwand bis zur Herausforderung durch die APO mehr und mehr aus den öffentlichen Verlautbarungen –, bedeutete das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 die Abkehr von einer im traditionellen Sinn reformsozialistischen Programmatik. Die unerwartete Prosperität des Nachkriegskapitalismus mit der Folge wachsenden Massenwohlstands, auch das skandinavische Modell eines Sozialismus im Rahmen des Kapitalismus ließ die Vorstellung von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als einem System zurücktreten gegenüber der Vorstellung, bei den westlichen Industriegesellschaften handele es sich um eine mit gewichtigen strukturellen Mängeln und Ungerechtigkeiten behaftete, aber – unter Nutzung des Marktes als ökonomischem Steuerungsmechanismus – graduell verbesserbare pluralistische Ordnung. Hinzu trat dann die durch Erfahrung begründete Annahme, jede Auseinandersetzung um grundlegende Alternativen würde bei der entpolitisierten, auf Sicherheit bedachten westdeutschen Bevölkerung doch wieder zugunsten der CDU/CSU ausschlagen. Daraus resultierte sowohl die Abneigung der Godesberg-SPD gegen theoretisch-konzeptionelle Debatten (und nicht allein gegen eine bestimmte Theorie) als auch die zum Teil äußerst rigorose, illiberale Art der Durchsetzung der neuen Linie innerhalb der Partei. Man denkt dabei üblicherweise meist an Herbert Wehner; die Haltung Willy Brandts war im Persönlichen toleranter, in der Form konzilianter, aber substantiell, hinsichtlich der Abgrenzung vom Linkssozialismus und von nicht-NATO-konformen Standpunkten, kaum weniger eindeutig. Auch wenn ihm Parteiausschlüsse wie der seines alten SAP-Genossen und Freundes Max Köhler, in diesem Fall wegen kritischer Äußerungen über die Kirchen, weh taten.

Was Willy Brandt von anderen, auch früheren Linken, unterschied, war der Respekt gegenüber Standpunkten, die er für falsch hielt, selbst dann, wenn sie ins Grundsätzliche gingen. So erinnere ich mich, daß er mir Anfang der sechziger Jahre einmal den Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber dem SDS erklärte, indem er meinte, dort seien überwiegend zwar keine Anhänger des Sowjetkommunismus, aber größtenteils Leute versammelt, die ein System wie den jugoslawischen Selbstverwalt-

ungssozialismus befürworteten. Das sei eine durchaus ehrenwerte Position, nur habe sie keinen Platz in der SPD. Gelegentlich zweifelte er auch daran, ob die führenden „Falken“-Funktionäre um Harry Ristock in der richtigen Partei seien. Diese kritische Einschätzung hat er später revidiert, so wie Ristock umgekehrt die seine, ebenfalls kritische, Willy Brandts.<sup>10</sup>

#### IV.

Es ist offenkundig, daß Willy Brandt das Aufkommen des überwiegend studentischen Protests in seinen Berliner Jahren, also bis Ende 1966, vorwiegend unter dem Blickwinkel der Ämter des Regierenden Bürgermeisters und des Vorsitzenden der erneuerten Sozialdemokratie sah, deren Erscheinungsbild nicht leiden sollte. Zudem konnte die deutschlandpolitische Auflockerung, wie sie der Berliner Kreis um Brandt mit Albertz, Bahr, Schütz u. a. anstrebte, seines Erachtens keine innerstädtischen Irritationen gebrauchen. Auch wenn ihm der Besuch eines Politikers wie des Kongolesen Moise Tschombé im Dezember 1964 gewiß nicht angenehm war, meinte er, selbst solchen Repräsentationspflichten dürfe er sich im Interesse der Stadt nicht entziehen. Als beim Tschombé-Besuch erstmals einige hundert Demonstranten Polizeiketten durchbrachen und Tomaten warfen, fühlte er sich in seiner Amtsführung beeinträchtigt, hinter die er die Frage nach der sachlichen Berechtigung der Demonstration zurückstellte.

Gravierender war die Auseinandersetzung über den Vietnam-Krieg, der im Frühjahr 1965 mit dem Beginn regelmäßiger Bombardierungen des Nordens und mit der Verstärkung der amerikanischen Interventionsstruppen eskalierte. Während der SDS ein „Vietnam-Semester“ vorbereitete, stellten sich die Bundesregierung und weitgehend auch die veröffentlichte Meinung demonstrativ hinter die USA; selbst die Entsendung von Bundeswehr-Truppen schien nicht ganz ausgeschlossen. In West-Berlin kam es zu Weihnachten 1965 zu einem kuriosen Treuebekenntnis der Tageszeitungen, die eine Geldsammlung durchführten, um den Familien gefallener US-Soldaten Nachbildungen der Freiheitsglocke übersenden zu können. Als am 5. Februar 1966 an die 2000 meist junge Westberliner, überwiegend Studenten, das war damals sehr viel, gegen den „schmutzigen Krieg“ der Amerikaner auf die Straße gin-

gen und am Rande der Demonstration mehrere Eier auf das Amerika-Haus geworfen und die amerikanische Fahne auf Halbmast gesetzt wurden, brach in der Stadt ein Sturm der Entrüstung los. Der Regierende Bürgermeister machte sich zum Sprecher der Empörung, als er vor dem Abgeordnetenhaus den linken Studenten vorwarf, angegriffen zu haben, was den Bürgern Berlins heilig sei: die Freundschaft mit den amerikanischen Beschützern.<sup>11</sup>

Ich hatte im Frühjahr 1965 meinem Vater schwere Vorhaltungen wegen Äußerungen gemacht, die er während einer gemeinsam mit Fritz Erler unternommenen USA-Reise von sich gegeben hatte. Differenzierter und vorsichtiger als Erler, aber in der Substanz gleich, hatte er sich auf die Seite der USA gestellt. Willy Brandt hat bezüglich des Vietnam-Kriegs später eine behutsame und eher implizite Selbstkritik unternommen, sowohl im Hinblick auf die unzureichende Beschäftigung mit den inneren Verhältnissen Südvietnams als auch bezüglich der internationalen Wirkungen des Konflikts. 1965/66 ging es ihm, mit Blick auf Berlin, um die Glaubwürdigkeit amerikanischer Garantien und darüber hinaus um die Entmutigung der angenommenen kommunistischen Hardliner-Fraktionen, gerade damit die Voraussetzungen globaler Entspannung verbessert werden konnten, so seine damalige Analyse. Insofern bestand zu denjenigen, die in Berlin und Westdeutschland gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam auftraten – und das nicht nur im pazifistischen Sinn, sondern von Anfang an überwiegend in eindeutiger Parteinahme für Nordvietnam und die südvietnamesische Befreiungsfront – ein scharfer Gegensatz auch im Inhaltlichen. Dieser begann sich in Willy Brandts Außenministerzelt, scheinbar paradoxerweise, abzuschwächen, als in den USA selbst und unter den NATO-Verbündeten die Kritik an der westlichen Führungsmacht zunahm und ihrerseits zu einem realen Faktor wurde.<sup>12</sup>

Zu der internationalen, eher Distanz zum Vietnam-Engagement der USA befördernden Atmosphäre kam erleichternd hinzu, daß Willy Brandt nicht mehr hauptsächlich auf die spezifischen Mehrheitsverhältnisse in der Berliner SPD – sie galt damals als „die CSU der deutschen Sozialdemokratie“ – Rücksicht nehmen, sondern sich an der Meinungsbildung der Gesamt-SPD orientieren mußte. Was das bedeutete, zeigte der Beschluß des Nürnberger Parteitags im Jahr 1968, den Sofort-Ausschluß von zwei bekannten Berliner Sozialdemokraten des linken Flügels – Erwin Beck und Harry Ristock – durch die Berliner Landesorganisation über eine Satzungsänderung rückgängig zu machen. Mit hunderten anderer hatten sich Beck und Ristock – und zwar

<sup>10</sup> H. Ristock: *Neben dem roten Teppich*, S. 17; S. Helmann/M. Rexlin (Hrsg.): *Harry Ristock. Erinnerungen von Weggefährten*, Berlin 1993, S. 69.

<sup>11</sup> W. Brandt: *Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1966*, 68. Sitzung, in: *Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, IV. Wahlperiode, Bd. IV/N, bes. S. 78*.

<sup>12</sup> Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 421ff.; Ders., *Erinnerungen*, S. 397f.

ausdrücklich als Sozialdemokraten – am 18. Februar 1968 in West-Berlin an der großen internationalen Vietnam-Demonstration beteiligt.

Vielleicht klingt es etwas zynisch, wenn ich sage, Willy Brandt ist Ende 1966 gerade noch rechtzeitig aus Berlin weggekommen, um auf die dramatischen Ereignisse nach dem 2. Juni 1967 (mit der Erschießung Benno Ohnesorgs) und nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 nicht als unmittelbar Verantwortlicher reagieren zu müssen. Es ist schwer vorstellbar, daß die Wandlung seines öffentlichen Images zu dem eines Förderers der kritischen Jugend andernfalls so reibungslos vonstatten gegangen wäre.

## V.

Standen bis 1966/67 Abgrenzung und Abwehr im Vordergrund, so sind Willy Brandts Stellungnahmen zur Jugendradikalisierung in den folgenden Jahren durchweg ambivalent gehalten, allerdings mit tendenziell, aber durchaus nicht geradlinig optimistischerer Note hinsichtlich der erwarteten Wirkungen für die Sozialdemokratie. Die negativen wie positiven Elemente der Bewertung des Phänomens blieben im wesentlichen dieselben, aber die Akzente verschoben sich zum Teil erheblich. Bereits nach Ablauf des turbulenten Jahres 1968 glaubte Willy Brandt auf einem jugendpolitischen Kongreß der SPD von „einem im ganzen positiven Prozeß“ sprechen zu können. Das „Aufbegehren der Jugend“ habe schon viel bewirkt, „vor allem den Abbau obrigkeitsstaatlichen Denkens“. Neben der „Bereitschaft zur Vorausschau“ sei der „Wille zur Reform“ in der Gesellschaft stärker geworden.<sup>13</sup>

Die Doppelfunktion Brandts als Parteivorsitzender und Außenminister, der sich um eine neue Ostpolitik bemühte, ist dabei stets mitzubedenken, ebenso der Grundtatbestand flächenbrandartiger Ausweitung der APO zwischen den Berliner Polizeiübergriffen während der Proteste gegen den Schah-Besuch im Juni 1967 und den Osterunruhen 1968. Im Bereich der Hochschulen geriet eine Organisation nach der anderen in den Sog der Protestbewegung, teilweise und zeitweise bis in die Reihen des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und der waffenstudentischen Korporationen – ähnliches galt für etablierte Jugendorganisationen wie Pfadfinder und kirchliche Gruppen. Von den Studenten und Oberschülern sympathisierte, wie

<sup>13</sup> W. Brandt: Rede vor dem Jugendkongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Thema „Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie“ am 11. Januar 1969, in: Ders.: Reden und Interviews 1968-1969, Bonn o. J., S. 119-125, hier S. 125.

auch Meinungsumfragen belegten, im Frühjahr 1968 eine Mehrheit mit der wie immer im einzelnen verstandenen Bewegung, und viele waren demonstrationsbereit, erheblich weniger zu regelmäßiger Aktivität.<sup>14</sup> Nun machte diese, in ihrer Herkunft noch weitgehend bürgerliche Schicht Ende der sechziger Jahre nicht mehr als ein Zehntel der entsprechenden Jahrgänge aus. Wenn Willy Brandt immer wieder auf dieses Faktum hinwies, daß es sich um die Mehrheit der studierenden Minderheit und zusätzlich um eine ziemlich kleine, wenn auch nicht ganz bedeutungslose Minderheit der lohnarbeitenden Mehrheit handelte, dann geschah das gleichermaßen, um die ansprechbaren Teile der APO auf die Gefahr eines völligen Auseinanderklaffens nicht nur der Generationen, sondern auch innerhalb der Jugend hinzuweisen, wie auch, um um Verständnis zu bitten für die Notwendigkeit einer Partei wie der SPD, die Verbindung zur Mentalität der arbeitenden Bevölkerung nicht zu verlieren. Während des Wahlkampfes 1969 und in dessen Vorfeld sollte die SPD „nicht waschlappig erscheinen“, und keinesfalls sollte es ihren Gegnern möglich sein, „auch nicht um die Ecke herum“, sie mit Gewaltaktionen und Gesetzlosigkeit zu identifizieren.<sup>15</sup>

In manchen Situationen des Zorns über systematische Störungen, etwa von SPD-Veranstaltungen, drohte Willy Brandt sogar mit der Mobilisierung der schweigenden Mehrheit, wenn er z. B. am 3. Oktober 1968 in einem Brief die Frage aufwarf, ob sich die „gutgesonnenen Bürger“ gefallen lassen wollten, daß der „demokratische Rechtsstaat ausgehöhlt und seine Einrichtungen zu einer Ruine gemacht“ würden.<sup>16</sup> Zu den Vorfällen, die ihn am meisten empörten, gehörte die tumultartige Demonstration gegen den Besuch des senegalesischen Staatspräsidenten Leopold Senghor, der am 29. September 1968 in Frankfurt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt.<sup>17</sup> Auf die Beschimpfungen und Rempelen, denen führende Sozialdemokraten eingangs des Nürnberger Parteitags ein halbes Jahr früher ausgesetzt waren, will er hingegen bei allem Unmut kaltblütig reagiert haben. Der Satz in der Parteitagsrede: „Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind“<sup>18</sup>, bezog sich nicht zuletzt auf diese soeben hautnah erlebten Attacken. Brandt verwies mehrfach auf seine Lebenserfahrung – das Erlebnis des Untergangs der Weimarer

<sup>14</sup> Der Spiegel, 12. Februar und 20. Mai 1968.

<sup>15</sup> Protokoll der Sitzung des Parteirats der SPD am 13. Februar 1969, in: Archiv der sozialen Demokratie, Parteivorstand-Protokolle 11/68-3/69.

<sup>16</sup> W. Brandt an K. Welshüpl v. 3. Oktober 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 83; ähnlich in der Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. September 1968, in: Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 69-75, hier S. 70.

<sup>17</sup> Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 269 ff. und wie die vorangegangene Anmerkung.

<sup>18</sup> W. Brandt: SPD – die vorwärtsstrebende politische Kraft. Rede am 18. März 1968 [Nürnberger Parteitag]

Republik –, wobei er (mit einer Ausnahme)<sup>19</sup> und das war ein charakteristischer Unterschied zu manch anderen, auch innerhalb der SPD – nicht die APO mit der NSDAP parallelisieren, sondern auf die Hilflosigkeit des demokratischen Rechtsstaats als Voraussetzung seiner Entlegitimierung hinweisen wollte. Dabei war ihm durchaus bewußt, daß die Linksentwicklung der jungen Intelligenz Deutschlands gegenüber der antiliberal-rechtsnationalistischen Orientierung in der ersten Jahrhunderthälfte und der Indifferenz der Nachkriegsjahre aus sozialdemokratischer Sicht nicht ausschließlich negativ bewertet werden durfte.<sup>20</sup>

Bei der terminologischen Einordnung der Jugendradikalisierung vermied Willy Brandt die Bezeichnungen „sozialistisch“ (was im Hinblick auf die Tradition der SPD nahe lag) und „kommunistisch“. Letzteres wurde, wie er wußte, automatisch mit dem Sowjetsystem identifiziert und wäre mit einem noch so qualifizierten Angebot zum Dialog unvereinbar gewesen. Stattdessen sprach er gelegentlich von „Radikalismus“, „Anarchismus“ oder der „Neigung zur Revolution“ bzw., um die gewalttätige und gewaltbereite Gruppe noch einmal polemisch zu isolieren, außer von „Extremismus“ und von „Terrorismus“ (s. u.) vereinzelt auch von „Nihilismus“.

Als Vorsitzender der SPD sah Willy Brandt stets die Gefahr eines durch die Revolte von links ausgelösten Rechtsrucks. Tatsächlich ging der größte Wahlerfolg der rechts-extremen NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1968, kurz nach den Osterunruhen, per saldo fast ausschließlich zu Lasten der SPD. Das Parteipräsidium hatte sich am 14. April 1968 „mit aller Entschiedenheit gegen die flagranten, teilweise vorsätzlich organisierten Rechtsverletzungen“ gewandt und „die Autorität des Rechtes und die Autorität des Gesetzes“ beschworen, die „mit Besonnenheit, aber ebenso auch mit großer Energie“ gewahrt werden müßten.<sup>21</sup> Diese Erklärung kommentierte den Versuch Zehntausender von Demonstranten, in Reaktion auf das Dutschke-Attentat die Auslieferung der Springer-Zeitungen auch gewaltsam zu verhindern. In München fanden dabei zwei Menschen den Tod. „Mit einer verstockten, in den Terrorismus [gemeint waren gewaltsame Vorgänge an den Universitäten] abgleitenden Minderheit“ sei ein Gespräch sinnlos geworden, so Willy

in: Ders.: „... auf der Zinne der Partei ...“. Parteitagsreden 1960 bis 1983. Hrsg. v. W. Krause und W. Gröf, Berlin/Bonn 1984, S. 141-167, hier S. 144.

<sup>19</sup> Unter dem Eindruck der Anti-Senghor-Demonstration in Frankfurt sprach Brandt am 26. September 1968 im Bundestag von den „neuen Nazis ...“, wie immer sie sich nennen mögen“. Brandt, Reden und Interviews 1968-1969, S. 70.

<sup>20</sup> Parteitagsrede am 18. März 1968, in: Brandt, „... auf der Zinne der Partei ...“, S. 145.

<sup>21</sup> Pressemitteilung des Präsidiums der SPD, 14. April 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, ungeordnet.

Brandt am 13. Februar 1969 vor dem SPD-Parteirat.<sup>22</sup> Dabei war ihm die Schwierigkeit durchaus bewußt, von außen einen Spalt in die Protestbewegung zu treiben, denn diese funktionierte eher als ein System konzentrischer Kreise mit fließenden Übergängen, und sofern eine Fraktionierung sichtbar war, verlief sie nach anderen Kriterien als denen, die die SPD vorgab, wie das Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Willy Brandt betonte immer wieder, daß es bei dem Versuch der Ausgrenzung der „Extremisten“ nicht um die Studenten, auch nicht um die linken Studenten, nicht einmal um diejenigen, die „überkommene Werte und etablierte Ordnungen“ vehement und radikal in Frage stellten, ginge.<sup>23</sup> Doch zum Zeitpunkt der erwähnten Parteiratssitzung – Mitte Februar 1969 – diskutierte die Bundesregierung über den Vorschlag des Innenministers Ernst Benda (CDU), die NPD und den SDS gleichzeitig zu verbieten. Die SPD-Führung stellte sich nur deshalb quer, weil die CDU/CSU ebenso gleich die DKP mit verbieten lassen wollte, die Justizminister Gustav Heinemann, auch als Signal an den Osten, gerade erst mühsam legalisiert hatte. Übrigens spielte die Verhinderung eines DKP-Verbotsantrags noch einmal eine Rolle, als die sozialdemokratisch geführten Regierungen im Bund und in den Ländern Ende 1972 den sogenannten Radikalerlaß mit verabschiedeten; er war auch ein Kompromiß mit weiterreichenden Vorstellungen der CDU/CSU.<sup>24</sup>

In seinem strategischen Ziel, der „heimlichen Koalition zwischen Konservatismus und Revoluzzertum“ – in der Universität wie in der Gesamtgesellschaft – die „Koalition der Reformwilligen“ entgegenzustellen<sup>25</sup>, kam Willy Brandt und mit ihm die SPD nicht sehr weit, bis sich die Dauerrevolte mehr oder weniger totlief. Insofern erbrachte das direkte Gespräch – von einem mehrstündigen Treffen des SPD-Präsidiums mit allen ASTA-Vorsitzenden und dem Vorstand des VDS, der Dachorganisation der verfaßten Studentenschaft, im Juni 1967 bis zum jugendpolitischen Kongreß der SPD im Januar 1969 – wenig konkrete Erfolge. Bei dem am 11. Januar 1969 in Bad Godesberg als geschlossene Veranstaltung abgehaltenen Kongreß wurde das Dilemma der Sozialdemokratie in ihrem Umgang mit der Jugendradikalisierung ganz deutlich. Den SDS hatte man gar nicht erst eingeladen, auch der 1960 als Gegengründung zum SDS entstandene, aber innerparteilich längst

<sup>22</sup> Protokoll der Sitzung des Parteirats der SPD am 13. Februar 1969, in: Archiv der sozialen Demokratie, Parteivorstand-Protokolle 11/68-3/69.

<sup>23</sup> Zitat ebd.

<sup>24</sup> Barling, Machtwechsel, S. 73f., 89ff.

<sup>25</sup> W. Brandt: Wir brauchen die Koalition der Reformwilligen, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 21. Februar 1969; auch in: Ders., Reden und Interviews 1968-1969, S. 147-150, hier S. 147.

scharf links-oppositionelle Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) erhielt erst Zutritt, nachdem die (angeblich irrümlliche) Mißachtung bei der Kartenvergabe öffentlich ruchbar geworden war. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen gelang es den APO-Sympathisanten unter den Teilnehmern, für mehrere SPD-kritische Resolutionen die Zustimmung der Mehrheit zu erhalten.<sup>26</sup>

## VI.

Dennoch war die Weiterentwicklung der Brandtschen Position unverkennbar. Weil die Analyse umfassender und präziser wurde – in ihren Mittelpunkt rückte seit Frühjahr 1968 das Auseinanderklaffen der generationsspezifischen Erfahrungen der Achtundsechziger einerseits und der Altersgruppen, die die politische Führungsschicht stellten, andererseits sowie die Schwierigkeit, Erfahrungen zu übertragen –, weil die Anliegen der oppositionellen jungen Menschen verstärkt als berechtigt anerkannt wurden, bekam das Werben um gegenseitiges Verstehen und um das Gespräch Substanz und gewann an Glaubwürdigkeit. Lange hatte in den Ansprachen und Briefen ein wenig elaboriertes Einerseits-Andererseits dominiert, wenn etwa die „Verhärtung des Denkens gegenüber der jungen Generation als ebenso schädlich wie eine Verweichlichung des Empfindens“<sup>27</sup> zurückgewiesen wurde.

Wohl auch infolge der Herausforderung durch die APO schärfte die SPD 1968/69 wieder ihr progressives, reformerisches Profil und ihre Frontstellung gegen den Konservatismus. Für die Hochschule erkannte Willy Brandt die grundsätzliche Berechtigung der Forderung aus der Studentenschaft und seitens des Mittelbaus nach einschneidender Reform an, wobei offenbar auch die Hoffnung mitspielte, auf diesem Weg einen Teil der studentischen Unruhe kanalisieren zu können. Daneben stand die Aufforderung an die kritische Jugend, sich in den bestehenden Parteien, und das hieß natürlich konkret: In der SPD, zu engagieren; ein Ruf, der in den Jahren um und nach 1970 bekanntlich in großer Zahl erhört wurde.

Klarer als andere, auch sozialdemokratische Politiker erkannte Willy Brandt die elementare Kraft der Jugendradikalisierung, in der er, so in einer Rede auf einer Konferenz der UNESCO am 6. November 1968, jetzt auch ein „Aufbegehren gegen

Phänomene der Entfremdung und Entseelung“ in der modernen Industriegesellschaft sah. Es gehe um einen Protest gegen das „Mißverhältnis zwischen veralteten Strukturen und neuen Möglichkeiten“, gegen die „innere Unwahrhaftigkeit des Staates und der Gesellschaft“. „Die Jugend mißt das, was ist, nicht an dem, was war [...], sondern an dem, was sein könnte.“ Es gelte, sich der Herausforderung durch die Protestbewegung der Jugend zu stellen, sich selbst in Frage zu stellen und hinzuzulernen.<sup>28</sup> Insbesondere von seiner Partei verlangte Willy Brandt die Fähigkeit und die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Die Sozialdemokratie sei „diejenige politische Gemeinschaft, die alle wichtigen Impulse, auch die ihrer Kritiker, in sich aufnimmt.“<sup>29</sup>

Zu dieser Erkenntnis trug der von Willy Brandt wiederholt hervorgehobene internationale Charakter der Studenten- und Jugendbewegung bei, der sich 1968 zwischen Mexiko und Japan offenbarte. Besonders scheinen die Ereignisse in Frankreich Willy Brandt beeindruckt zu haben, wo Studentenproteste im Mai 1968 den größten Generalstreik der französischen Geschichte auslösten – bis an die Schwelle des revolutionären Staatssturzes. Mit sicherem Gespür für Gemeinsamkeiten und Unterschiede ging er ferner auf Studentenunruhen in Osteuropa ein, über die manche im Westen sich gefreut hätten, die in ihren eigenen Ländern nur die Staatsautorität befestigen wollten, wie er anmerkte.<sup>30</sup>

Bei diesen Einschätzungen machte sich wohl auch der Einfluß des Staatssekretärs und früheren Freiburger Jura-Professors Horst Ehmke geltend, der damals um die 40 Jahre alt war und insofern in der sozialdemokratischen Führungsschicht zu den Jüngeren gehörte. Ohne die scharfe Kritik am SDS zu unterdrücken, warb Ehmke auf dem Nürnberger Parteitag um einen rationalen Umgang mit der APO, der er bescheinigte, „von guten Absichten, Enttäuschungen, Ängsten, berechtigter wie unberechtigter Kritik und auch von verstiegenen Ideen“ getragen zu sein. Im Anschluß an eine bemerkenswert klare und nüchterne Analyse prognostizierte er, die Unruhe habe „gerade erst begonnen“ und werde auch nicht auf die Studenten beschränkt bleiben, sondern sei dabei, Schüler und Lehrlinge zu erfassen.<sup>31</sup>

Die Jahre 1967-1969 zeigen Willy Brandt als einen lernfähigen Politiker, der auch

<sup>26</sup> W. Brandt: Rede auf der Konferenz der UNESCO in Paris am 6. November 1968, in: Ders., Reden und Interviews 1968-1969, S. 83-86, hier S. 85.

<sup>29</sup> W. Brandt: Dispositionen für Parteilat, 28. Juni 1969, in: Willy-Brandt-Archiv, Publizistische Äußerungen, Mappe 313.

<sup>30</sup> Parteitagsrede am 18. März 1968, in: Brandt, „... auf der Zinne der Partei...“, S. 144f. Vgl. Ders., Begegnungen und Einsichten, S. 262-273.

<sup>26</sup> SPD-Pressedienst, 13. Januar 1969; Vorwärts, 16. Januar 1969; Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, S. 471f.

<sup>27</sup> W. Brandt an K. Welshäupl, 3. Oktober 1968, in: Willy-Brandt-Archiv, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 83.



seine Partei dringend mahnte, eigenen Stillstand, eigene Versäumnisse zu überwinden und die Auseinandersetzung zu suchen. Dabei redete Brandt nie den jungen Linken nach dem Munde; er warnte wiederholt davor, die Probleme der modernen Welt mit dem Griff in ideologische „Mottenkisten“ lösen zu wollen. Für die Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution und der beschleunigten internationalen Verflechtung der Wirtschaft benötigte man neue Konzepte: „Computer lassen sich nicht mit Ideologien füttern.“<sup>32</sup>

Es waren neben Gustav Heinemann, dem die sozialistische Tradition ja fremd war, der aber aus den fünfziger Jahren die Erfahrung der Stigmatisierung einer politischen Randgruppe – seiner Gesamtdeutschen Volkspartei – kannte, und Heinrich Albertz, für den der 2. Juni 1967 zum Ausgangspunkt einer tiefgehenden selbstkritischen Besinnung wurde, linke und linksliberale Intellektuelle wie Günter Grass und Kurt Sontheimer, die Willy Brandt ermutigten, auf die protestierende Jugend zuzugehen, und ihm halfen, ein mehr als oberflächliches Verständnis von ihr zu gewinnen und zu formulieren.<sup>33</sup> In leicht idealisierender Interpretation stellte Grass den politischen Generationskonflikt zwischen Willy und Peter Brandt, der öffentlich stark beachtet und von gegnerischer Seite hochgespielt wurde, als eine „pädagogische Lektion“ hohen Ranges dar, die er als exemplarisch und vorbildlich propagiert wissen wollte. Meinungsumfragen hatten inzwischen belegt, daß – anders als allgemein vermutet – eine Mehrzahl der Westdeutschen Willy Brandts Toleranz gegenüber seinem ältesten Sohn positiv bewertete, aber annahm, mit dieser Meinung entschieden in der Minderheit zu sein.<sup>34</sup> Grass war hier ganz einig mit dem Chefredakteur der „Neuen Gesellschaft“, Leo Bauer, in dessen Zeitschrift Grassens Artikel Anfang 1969 erschien. Bauer hatte Willy Brandt im Mai 1968, auf dem Höhepunkt der Protestbewegung, vor der Neigung „der älteren Sozialdemokraten“ gewarnt, „In Kenntnis der im deutschen Volk bestehenden Emotionen“ permanent zurückzuweichen und sich anzupassen. Vielmehr müsse die SPD im Zusammenwirken mit den liberalen Medien eine offensive Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit betreiben.<sup>35</sup>

Die Motive, die der partiellen Einstellungsänderung Willy Brandts zur Jugend-

radikalisierung der späten sechziger Jahre zugrunde lagen, waren typischerweise gemischt. Man gewinnt im nachhinein den Eindruck, als ob außenpolitische, innenpolitische und innerparteiliche Nützlichkeitsabwägungen, intellektuelle Flexibilität bei der Beschäftigung mit den Problemen der Gesellschaft sowie die zunehmende Bereitschaft, nach sachlich und moralisch berechtigten Antrieben des Protests zu fragen (und diese nicht ohne weiteres als falsch und vorgeschoben abzutun), zusammen- und aufeinander einwirkten. Bloßes Zuhören und Ernstnehmen reichte nicht, gehe dem Dialog aber notwendigerweise voraus. „Wer vom Andersdenkenden annimmt, er könnte nur entweder dumm oder böswillig sein, mit dem ist schwer zu reden. Man muß wissen, daß man auch irren kann,“ sagte Willy Brandt eingangs seiner Rede auf dem mehrfach erwähnten SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969. „Ohne Verständigung, ohne Ausgleich gibt es keine Demokratie.“<sup>36</sup> Und bereits auf dem Nürnberger Parteitag zehn Monate früher hatte er in enger Anlehnung an Formulierungsvorschläge eines Zirkels um Günter Grass festgestellt: „Jugend ist kein Verdienst, Alter ist kein Verdienst. Nach meinen Erfahrungen ist Jugend ein Kredit, der jeden Tag kleiner wird. Die Selbstherrlichkeit junger Leute ist ebenso töricht wie die Besserwisserei der Alten. Das sollte man sich täglich als Vater sagen. Hoffentlich sagen sich das manchmal auch die Söhne.“<sup>37</sup> Mit dem Zitat dieses beinahe persönlichen Appells – im Entwurf von Grass und seinen Freunden hatte es „meine Söhne“ geheißen<sup>38</sup> – möchte ich schließen, nicht ohne hinzuzufügen, daß die darin ausgedrückte Haltung nach meiner festen Überzeugung nicht nur für mich, sondern auch für andere Junge Radikale – ungeachtet weiterbestehender Differenzen – das Tor für eine geistige Wiederbegegnung geöffnet hat.

31 H. Ehmke: *Der demokratische Verfassungsstaat als fortwährende Aufgabe*, Referat, in: *Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen, Hannover-Bonn 1968*, S. 515-530, hier S. 517.

32 Rede auf dem SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969, in: *Brandt, Reden und Interviews 1968-1969*, S. 122f.

33 Baring, *Machtwechsel*, S. 64ff (Baring gehörte selbst zu dem Kreis um Grass); J. Schuster: *Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie*, Berlin 1997, S. 183ff.

34 G. Grass: *Eine pädagogische Lektion*, in: *Die Neue Gesellschaft* 16 (1969) 1.

35 L. Bauer an W. Brandt, 14. Mai 1968, zit. nach P. Brandt u. a.: *Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972*, Bonn 1983, S. 262. – Leo Bauer überredete Willy und Peter Brandt auch zur Kooperation mit dem „Stern“, der in Nr. 20/1968 einen diesbezüglichen Artikel veröffentlichte.

36 Rede auf dem SPD-Jugendkongreß am 11. Januar 1969, in: *Brandt, Reden und Interviews 1968-1969*, S. 119, 124.

37 Parteitagsrede am 18. März 1968, in: *Brandt, „... auf der Zinne der Partei ...“*, S. 145.

38 Baring, *Machtwechsel*, S. 64

■ **SCHRIFTENREIHE  
DER BUNDESKANZLER -  
WILLY - BRANDT - STIFTUNG**

- Heft 1 *Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis*  
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2 *Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966*  
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3 *Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik*  
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4 *Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus*  
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5 *Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur  
Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969*  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6 *Carsten Tessmer (Hrsg.): Das Willy-Brandt-Bild in  
Deutschland und Polen*  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-05-9
- Heft 7 *Einhart Lorenz (Hrsg.): Perspektiven aus den Exiljahren*  
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7
- Heft 8 *Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?*  
Berlin 2000, ISBN 3-933090-07-5

■ **WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE**

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von  
Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Bände sollen eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände wird eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte – durchaus auch mit kritischen Akzenten – in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände – in Hardcover mit Schutzumschlag – umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Im September 2000 sind erschienen:

**Band 2 Zwei Vaterländer**

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947  
Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0302-6

**Band 4 Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947-1972  
Bearb. von Daniela Münkler, ISBN 3-8012-0304-2

Die Bände erhalten Sie über den Buchhandel oder, sollte keine Buchhandlung in Ihrer Nähe sein, direkt über:

**Verlag J. H. W. Dietz Nachf.**, In der Raste 2, 53129 Bonn  
Tel.: 0228/238083, Fax: 0228/234104



## ■ SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

### *Willy Brandt 1913 – 1992*

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus  
Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der  
sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.  
Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.  
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

## ■ DIE BUNDESKANZLER- WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

## ■ BILDNACHWEIS

Titelfoto: BPK. Alle abgedruckten Fotografien, deren Quellenangabe das Kürzel „WBA AdsD FES“ enthält, sind im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung überliefert. Trotz intensiver Recherchen ist es der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nicht gelungen, zu allen in diesem Heft abgedruckten Abbildungen die Fotografen bzw. Inhaber der Bildrechte zu ermitteln. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung fordert daher diejenigen, die Rechte an den abgedruckten Fotografien geltend machen können, ausdrücklich dazu auf, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Perspektiven aus den Exiljahren –  
Wissenschaftlicher Workshop in Zusammenarbeit mit dem Nordeuropa-Institut  
der Humboldt-Universität zu Berlin am 9. Februar 2000.**  
[Hrsg.: Einhart Lorenz. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].  
1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2000  
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 7)  
ISBN 3-933090-06-7